RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

05 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Europawahl 2014

Geowebdienste

Migrationshintergrund 2012

Fotonachweis

Titelfoto: © European Union 2013 - European Parliament

Am 25. Mai 2014 fand in den Ländern der Europäischen Union die Wahl zum achten direkt gewählten Europäischen Parlament statt. Die Wahlberechtigten in Deutschland konnten über 96 der 751 Sitze im Europaparlament bestimmen.

05 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

67. Jahrgang

kurz + aktuell 415

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bautätigkeit ■ Landwirtschaft
Bevölkerung ■ Bildung ■ Verkehr ■ Finanzen

Verbraucherpreise 426

Rheinland-Pfalz in Karten: Ledige Bevölkerung im Alter von 18 Jahren und älter am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken 427

Europawahl 2014 – Vorläufige amtliche Endergebnisse für Rheinland-Pfalz 428

Geowebdienste in der amtlichen Statistik 435

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2012 442

Daten zur Konjunktur 452

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 485

Neuerscheinungen 501

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50–100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe geringer als im Vormonat

Im Vergleich zum Vormonat sank die Produktion in der rheinland-pfälzischen Industrie im Februar 2014 um 1,4 Prozent. Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten einen niedrigeren Güterausstoß. Am deutlichsten blieb die Produktion im Investitionsgüterbereich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–2,8 Prozent). Die Konsumgüter- sowie die Vorleistungsgüterproduzenten schränkten ihren Output ebenfalls ein (–1,9 bzw. –0,4 Prozent). Bei den drei großen Branchen des Landes zeigte sich ein uneinheitliches Bild. Im Fahrzeugbau wurde der Güterausstoß am stärksten gedrosselt (–8,3 Prozent). In der Chemischen Industrie belief sich der Rückgang auf 1,9 Prozent. Dagegen zog die Produktion im Maschinenbau um 3,4 Prozent an.

Gegenüber dem Vorjahresmonat hat sich der bereinigte Output des Verarbeitenden Gewerbes um 2,3 Prozent erhöht. Die Vorleistungsgüterhersteller weiteten ihre Produktion um 4,6 Prozent aus. Die Konsumgüterproduzenten steigerten ihren Güterausstoß leicht um 0,3 Prozent. Bei den Investitionsgüterproduzenten wurde ein Rückgang um 0,4 Prozent registriert. In den drei großen Branchen des Landes verlief die Entwicklung ebenfalls uneinheitlich. Im Maschinenbau sowie in der Chemischen Industrie wurde mehr hergestellt als im Vorjahr (+10,5 bzw. +3,1 Prozent). Im Fahrzeugbau wurde die Produktion deutlich zurückgefahren (–11 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Feb. 2014		Jan. bis Feb. 2014
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Jan. 2014	Feb. 2013	Jan. bis Feb. 2013
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-1,4 % ↘	2,3 % ↑	3,3 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-0,4 % ↘	4,6 % ↑	5,5 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	-2,8 % ↓	-0,4 % ↘	0 % →
Konsumgüterproduzenten	-1,9 % ↘	0,3 % ↗	1,7 % ↗
Chemie	-1,9 % ↘	3,1 % ↑	6,2 % ↑
Fahrzeugbau	-8,3 % ↓	-10,7 % ↓	-8,8 % ↓
Maschinenbau	3,4 % ↑	10,5 % ↑	7,2 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-2,0 % ↓	2,9 % ↑	5,4 % ↑
Inland	1,2 % ↗	1,9 % ↗	2,7 % ↑
Ausland	-4,4 % ↓	3,5 % ↑	7,2 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-2,1 % ↓	4,9 % ↑	7,4 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	-1,1 % ↘	1,9 % ↗	4,1 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-5,9 % ↓	-3,4 % ↓	0,7 % ↗
Chemie	-0,9 % ↘	5,0 % ↑	7,0 % ↑
Fahrzeugbau	2,2 % ↑	-10,0 % ↓	-9,7 % ↓
Maschinenbau	-1,5 % ↘	21,1 % ↑	24,0 % ↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe höher als im Vorjahr – Rückgang gegenüber Vormonat

Im Vergleich zum Vormonat verschlechterte sich der Auftragseingang in der rheinland-pfälzischen Industrie im Februar 2014 um zwei Prozent. Während die Bestellungen aus dem Inland leicht stiegen (+1,2 Prozent), blieb die Auslandsnachfrage klar hinter dem Ergebnis vom Januar zurück (–4,4 Prozent). Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten sinkende Auftragszahlen. Den größten Rückgang meldeten die Konsumgüterproduzenten (–5,9 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten ergab sich ein Auftragsminus von 2,1 bzw. 1,1 Prozent. In den drei großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung uneinheitlich. Lediglich der Fahrzeugbau konnte zulegen (+2,2 Prozent). Im Maschinenbau sowie in der Chemischen Industrie gingen die Bestellungen dagegen zurück (–1,5 bzw. –0,9 Prozent).

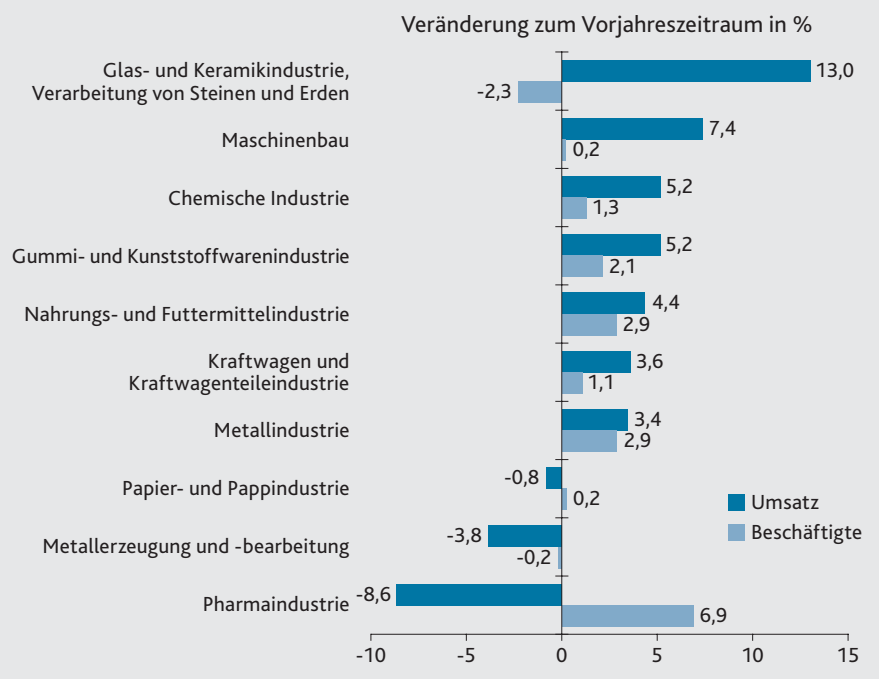
Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge um 2,9 Prozent. Sowohl im Inlands-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

als auch im Auslandsgeschäft wurde ein Anstieg registriert (+1,9 bzw. +3,5 Prozent). Vor allem die Vorleistungsgüterproduzenten meldeten mehr Aufträge als vor Jahresfrist (+4,9 Prozent). Bei den Investitionsgüterproduzenten erhöhten sich die Bestellungen ebenfalls (+1,9 Prozent). Im Konsumgüterbereich verschlechterte sich das Ordervolumen um 3,4 Prozent. Von den drei großen Branchen des Landes errechnete sich für den Maschinenbau ein kräftiger Anstieg der Bestellungen (+21 Prozent). Die Chemische Industrie konnte ebenfalls zulegen (+5 Prozent). Dagegen gingen die Auftragseingänge im Fahrzeugbau deutlich zurück (–10 Prozent).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Februar 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Industrieumsätze weiter im Plus – Starke Impulse aus dem Inlandsgeschäft

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte in den Monaten Januar und Februar 2014 Umsätze in Höhe von 13,8 Milliarden Euro. Das waren 3,4 Prozent mehr als in den beiden ersten Monaten des Vorjahres (Deutschland: +4,2 Prozent). Die Inlandserlöse stiegen deutlich um 5,4 Prozent (Deutschland: +2,7 Prozent), die Auslandsumsätze zogen um 1,7 Prozent an (Deutschland: +5,9 Prozent). Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – belief sich auf 53,6 Prozent (Deutschland: 48,3 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Februar 2014 bei 249 375 Personen, das waren fast 2 600 bzw. ein Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +0,7 Prozent). Im Januar und Februar 2014 lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz (64,7 Millionen) um zwei Prozent über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes (Deutschland: +1,4 Prozent).

Sieben der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten von Januar bis Februar 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Umsatzzuwächse. Die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie der Maschinenbau verzeichneten die höchsten Erlöszuwächse (+13 bzw. +7,4 Prozent). In diesen beiden Wirtschaftszweigen wurde die gute Entwicklung vom Inlands- (+15 bzw. +7 Prozent) und vom Auslandsgeschäft flankiert (+10 bzw. +7,6 Prozent). Der gute Jahresstart wurde zudem von den überdurchschnittlich hohen Umsatzzuwächsen bei den Herstellern von chemischen Erzeugnissen, Gummi- und Kunststoffwaren, Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen getragen, die allesamt auch gute Auslandsgeschäfte tätigten. Von einer positiven aber durchschnittlichen Umsatzentwicklung berichteten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen. Die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse, die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus verzeichneten weniger Umsatz als in den ersten beiden Monaten des Vorjahres.

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich im Februar 2014 in den wichtigsten Branchen überwiegend positiv: Die höchste Zunahme gegen-

über dem Vorjahresmonat registrierten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+6,9 Prozent), gefolgt von den Herstellern von Metallerzeugnissen sowie von Nahrungs- und Futtermitteln (jeweils +2,9 Prozent). Auch in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+2,1 Prozent) stieg die Beschäftigtenzahl deutlich. Einen Rückgang des Personalstandes meldeten hingegen die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (–2,3 Prozent).

Bauhauptgewerbe im Februar 2014: Aufträge sinken, Umsätze steigen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Februar 2014 im Vergleich zum Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 7,9 Prozent gesunken. Für den Hochbau wurde ein deutlicher Auftragseinbruch um elf Prozent beobachtet. Im Tiefbau fiel der Rückgang geringer aus (–4,3 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber war lediglich im öffentlichen Hochbau ein leichtes Auftragsplus zu verzeichnen (+1,5 Prozent). Dagegen mussten vor allem die Unternehmen im gewerblichen Hochbau kräftige Auftragseinbußen hinnehmen (–23 Prozent).

Der kalender- und saisonbereinigte baugewerbliche Umsatz verbesserte sich gegenüber dem Vormonat um 5,4 Prozent. Im Hochbau zog der Umsatz um 8,3 Prozent an, der Tiefbau registrierte einen Anstieg um 3,1 Prozent. Der gewerbliche Hochbau (+13 Prozent), der Wohnungsbau (+10 Prozent) sowie der Straßenbau (+8,1 Prozent) verzeichneten deutliche Umsatzzuwächse. Der gewerbliche Tiefbau (–5,7 Prozent) sowie der öffentliche Hochbau (–4,5 Prozent) blieben hinter dem Vormonatsergebnis zurück.

Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Baugewerbe um 7,1 Prozent gestiegen. Während der Auftragszuwachs im Hochbau bei 8,5 Prozent lag, erhöhten sich die Bestellungen im Tiefbau um 5,8 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber kam es zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Im gewerblichen Hoch- und Tiefbau gab es kräftige Auftragssteigerungen (+18 bzw. +13 Prozent). Dagegen erhielten der Wohnungsbau sowie der öffentliche Tiefbau weniger Bestellungen als im Vorjahr (–2,8 bzw. –1,5 Prozent).

Im Vergleich zum Februar 2013 legte der baugewerbliche Umsatz kalender- und saisonbereinigt um 23 Prozent zu. Diese erfreuliche Entwicklung zeigte sich sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+22 bzw. +25 Prozent). Alle Bereiche der Baubranche erzielten höhere Umsätze als im Vorjahr. Besonders hohe Zuwächse verzeichneten der Straßenbau sowie der Wohnungsbau (+33 bzw. +31 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Feb. 2014		Jan. bis Feb. 2014
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Jan. 2014	Feb. 2013	Jan. bis Feb. 2013
Auftragseingang	**-7,9 %**	**7,1 %**	**13,1 %**
Hochbau insgesamt	-11,4 %	8,5 %	14,0 %
Wohnungsbau	-5,9 %	-2,8 %	-7,6 %
gewerblicher Hochbau	-22,6 %	17,8 %	44,8 %
öffentlicher Hochbau	1,5 %	5,9 %	0,3 %
Tiefbau insgesamt	-4,3 %	5,8 %	12,1 %
gewerblicher Tiefbau	-4,3 %	13,3 %	20,0 %
öffentlicher Tiefbau	-5,5 %	-1,5 %	12,8 %
Straßenbau	-4,2 %	7,6 %	9,8 %
Baugewerblicher Umsatz	**5,4 %**	**23,3 %**	**18,9 %**
Hochbau insgesamt	8,3 %	22,0 %	14,9 %
Wohnungsbau	10,3 %	30,8 %	21,6 %
gewerblicher Hochbau	13,1 %	25,3 %	15,3 %
öffentlicher Hochbau	-4,5 %	3,8 %	8,3 %
Tiefbau insgesamt	3,1 %	24,6 %	21,6 %
gewerblicher Tiefbau	-5,7 %	9,0 %	15,6 %
öffentlicher Tiefbau	0,8 %	21,4 %	20,4 %
Straßenbau	8,1 %	33,3 %	25,0 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Der bereinigte baugewerbliche Umsatz erhöhte sich von Januar bis Februar 2014 gegenüber dem Vorjahresergebnis um 19 Prozent. Sowohl der Hochbau (+15 Prozent) als auch der Tiefbau (+22 Prozent) verzeichneten kräftige Umsatzsteigerungen. In allen Baubereichen wurden höhere Umsätze als im Vorjahreszeitraum erzielt. Im Straßenbau (+25 Prozent), im Wohnungsbau (+22 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+20 Prozent) zogen die Umsätze überdurchschnittlich an.

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau steigen 2013 leicht

Die Bauaktivitäten im rheinland-pfälzischen Nichtwohnbau nahmen im Jahr 2013 leicht zu. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten 1 510 neue Nichtwohngebäude, das waren 1,2 Prozent mehr als 2012. Die veranschlagte Investitionssumme lag mit –0,7 Prozent nur leicht unter dem Niveau des Vorjahres und weiterhin bei nahezu 1,1 Milliarden Euro. Je Neubauvorhaben gingen die veranschlagten Baukosten um 1,9 Prozent auf 709 488 Euro zurück. Der geplante Rauminhalt lag 16 Prozent unter dem Vorjahreswert, die vorgesehene Nutzfläche der Neubauten reduzierte sich um zehn Prozent.

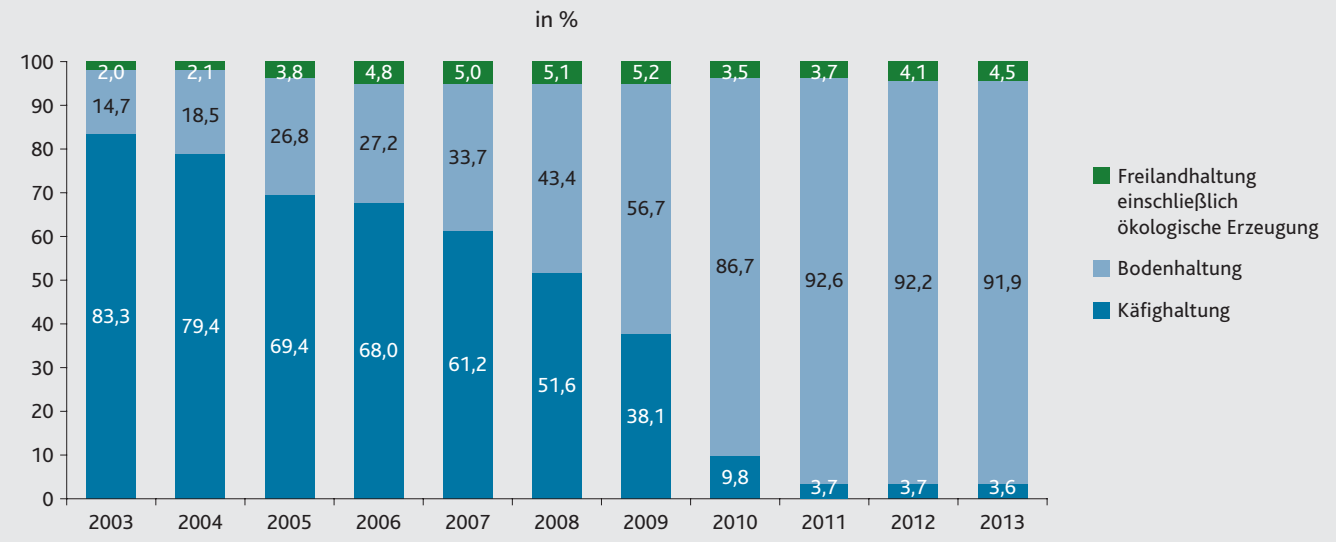
Mit insgesamt 881 Bauvorhaben wurden von den Bauaufsichtsbehörden am häufigsten nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude genehmigt. Neben 351 landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden wurden im Jahr 2013 für 113 Büro- und Verwaltungsgebäude und 145 sonstige Nichtwohngebäude Baugenehmigungen erteilt.

In den kreisfreien Städten lag die Investitionssumme höher als in den Landkreisen. Je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner errechnen sich für die Städte durchschnittliche Investitionen von 3,3 Millionen Euro, wobei Ludwigshafen mit 7,4 Millionen Euro den höchsten, Koblenz mit 274 000 Euro den niedrigsten Wert aufweist. In den Landkreisen waren je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner 2,5 Millionen Euro Investitionen vorgesehen, mit einer Spannweite von 6,1 Millionen Euro im Rhein-Hunsrück-Kreis bis zu 792 000 Euro im Landkreis Kaiserslautern.

174 Millionen Eier erzeugt – Im Durchschnitt verfügt ein Betrieb über 20 500 Haltungsplätze

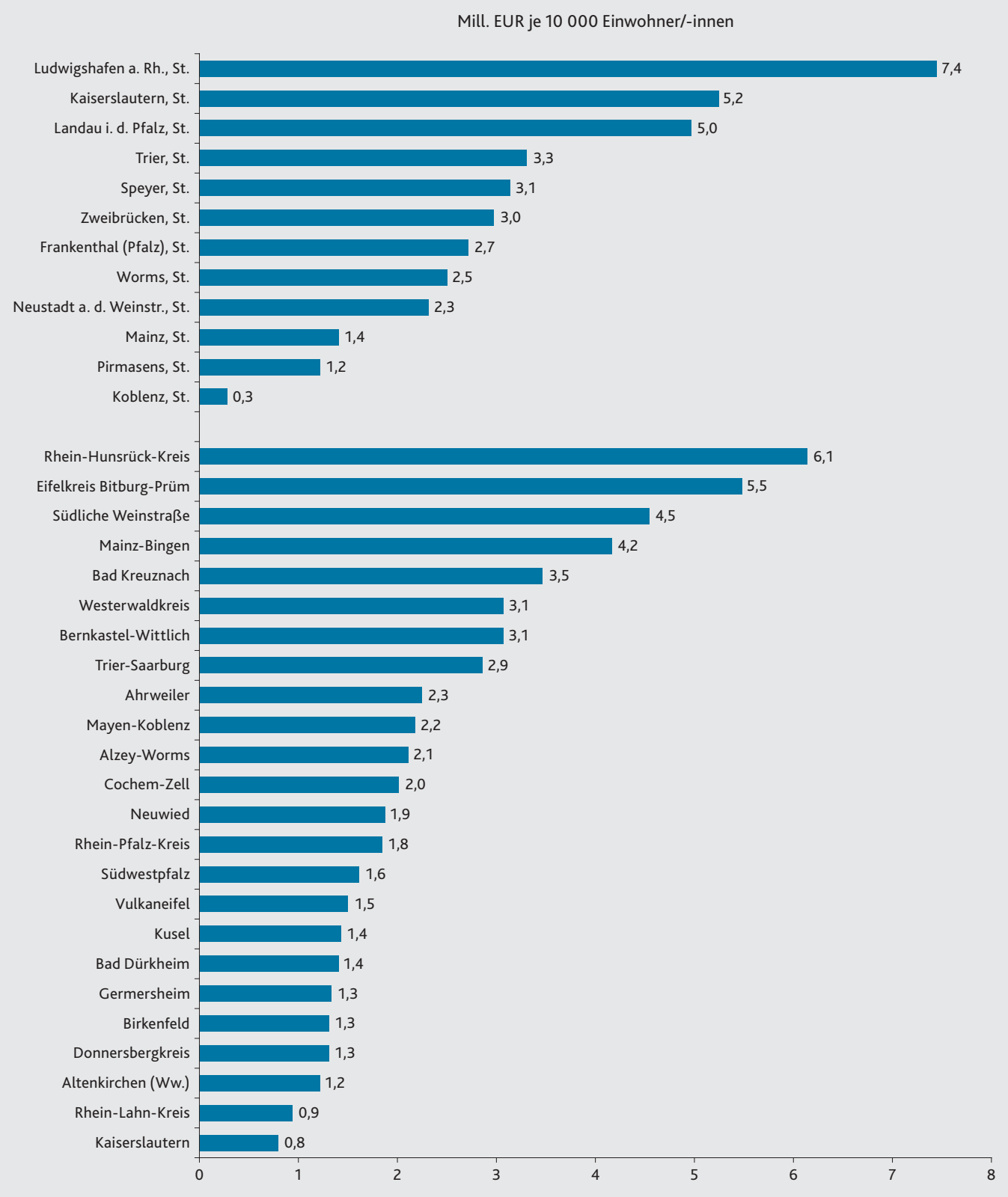
In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 rund 174 Millionen Eier in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen erzeugt. Die Produktion lag damit geringfügig über dem Wert

Haltungsformen von Legehennen 2003–2013



1 In Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen.

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude 2013 nach Verwaltungsbezirken



des Jahres 2012. Die Betriebe verfügten im Jahresdurchschnitt über knapp 737 000 Legehennenhaltungsplätze. Das waren 3,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist neben der Kapazitätsausweitung bei den erfassten Betrieben auch darauf zurückzuführen, dass 2013 mit 36 Betrieben vier mehr als im Jahr 2012 befragt wurden. Ein Betrieb verfügte im Durchschnitt über 20 500 Haltungsplätze. In Deutschland kam ein durchschnittlicher Betrieb im Jahr 2012 auf rund 31 200 Haltungsplätze.

Der rheinland-pfälzische Anteil an den in Deutschland gehaltenen Legehennen betrug im Jahr 2012 nur 1,7 Prozent. Der Anteil an den produzierten Eiern lag bei 1,6 Prozent. Die heimische Produktion konnte – bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 217 Eiern – den Bedarf nur zu gut einem Fünftel decken.

Die jährliche Legeleistung lag mit 282 Eiern je Henne um sechs Eier unter dem Vorjahreswert. Die Bodenhaltung hat sich als dominierende Haltungsform etabliert. Rund 92 Prozent der Haltungsplätze entfallen auf diese Haltungsform. Vor zehn Jahren lag der Anteilswert noch bei 15 Prozent. Seinerzeit überwog noch die Käfighaltung (83 Prozent). Diese Veränderung ist insbesondere auf das Verbot der konventionellen Käfighaltung zurückzuführen. Im Jahr 2013 entfielen 4,5 Prozent der Haltungsplätze auf die Freilandhaltung, die auch die ökologische Erzeugung umfasst.

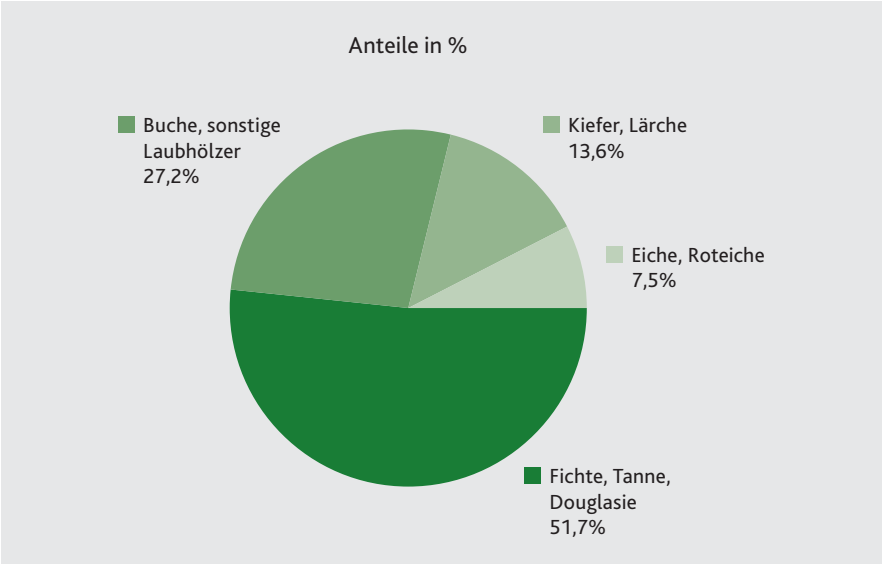
Fast zwei Drittel des Holzeinschlags entfallen 2013 auf Nadelhölzer

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 3,4 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen (gerechnet ohne Rinde). Das waren 4,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Auf Nadelhölzer wie Fichte, Tanne oder Douglasie entfielen fast zwei Drittel des Einschlags. Rund 684 000 Kubikmeter – das entspricht 20 Prozent des gesamten Holzeinschlags – wurden als Energieholz genutzt. Ein Wert, der sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat. Im Jahr 2002 waren erst 241 000 Kubikmeter (8,5 Prozent) für energetische Zwecke genutzt worden. Knapp die Hälfte des gesamten Einschlags erfolgte im kommunalen und kirchlichen Wald, ein weiteres Drittel im Landeswald.

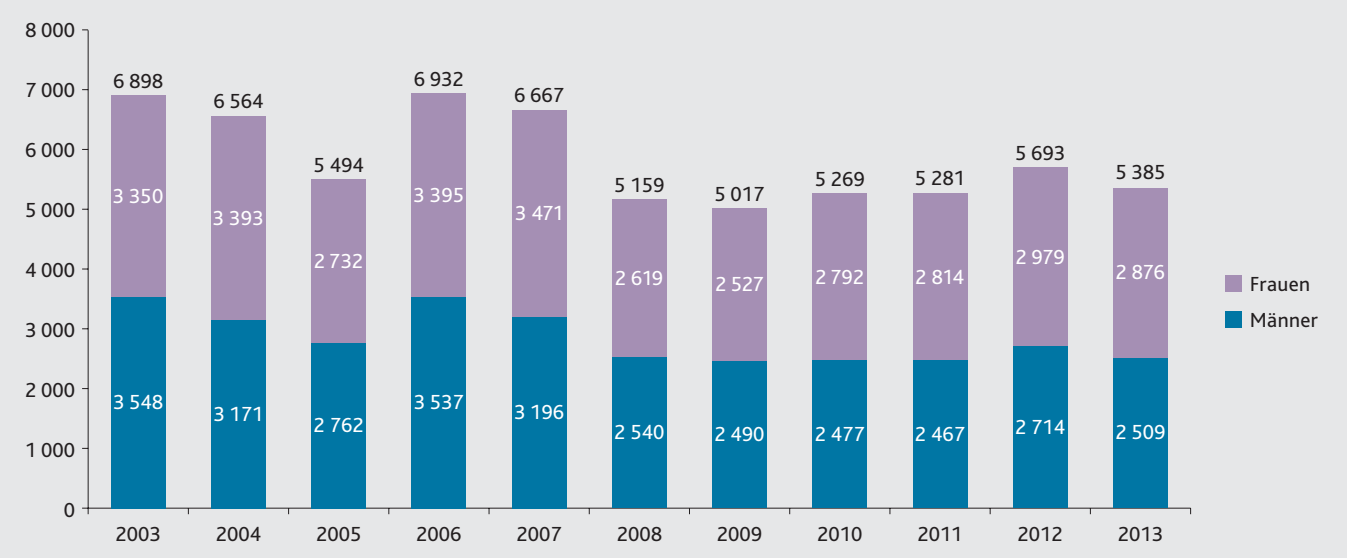
Im zeitlichen Vergleich ist eine Zunahme des Holzeinschlags festzustellen. Während im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2013 jährlich 4,2 Millionen Kubikmeter eingeschlagen wurden, waren es im Zeitraum 1994 bis 2003 durchschnittlich nur 2,9 Millionen Kubikmeter. Die jährlichen Holzeinschlagsmengen können auf Grund von Wetterereignissen stark schwanken. Beispielsweise mussten im Jahr 2010 fast 3,1 Millionen Kubikmeter Holz – überwiegend Nadelholz – aufgrund von Wind- oder Sturmeinflüssen wie dem Orkan Xynthia, eingeschlagen werden. Insgesamt betrug die Einschlagsmenge seinerzeit über 5,5 Millionen Kubikmeter.

Zum Vergleich: Nach den Ergebnissen der Anfang des Jahrtausends durchgeführten Bundeswaldinventur wird der jährliche Zuwachs in den rheinland-pfälzischen Wäldern auf rund 9,2 Millionen Kubikmeter einschließlich Rinde geschätzt. Dies belegt, dass nach wie vor eine nachhaltige Holznutzung erfolgt.

Holzeinschlag 2013 nach Holzarten



Einbürgerungen 2003–2013 nach Geschlecht



Zahl der Einbürgerungen 2013 leicht rückläufig

Im Jahr 2013 erhielten 5 385 in Rheinland-Pfalz lebende Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit einen deutschen Pass. Das waren 308 bzw. 5,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Von den 2 509 Männern und 2 876 Frauen lebten rund zwei Drittel mindestens zehn Jahre und knapp ein Viertel mindestens 20 Jahre in Deutschland. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei annähernd 16 Jahren.

Wie bereits 2012 wurde die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden in den kreisfreien Städten Mainz (614) und Ludwigshafen (525) überreicht, gefolgt von der kreisfreien Stadt Koblenz (295). Die wenigsten Einbürgerungen erfolgten im Landkreis Vulkaneifel (24), in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (25) und im Landkreis Kusel (28).

Gemessen an der Zahl der im Jahr 2013 jeweils im Ausländerzentralregister registrierten Personen belegte wie im Vorjahr die kreisfreie Stadt Koblenz den Spitzenplatz. Dort erhielten 2,8 Prozent der dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass. Es folgte die kreisfreie Stadt Kaiserslautern mit 2,2 Prozent. Relativ gesehen die wenigsten Einbürgerungen gab es im Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 0,4 Prozent.

Die mit Abstand meisten der im Jahr 2013 Eingebürgerten verfügten zuvor über die türkische Staatsangehörigkeit (1 293). Es folgten Menschen aus Polen (338), der Ukraine (241) und aus dem Kosovo (214).

Wird die Analyse auf Angehörige von Staaten beschränkt, für die jeweils mindestens 100 Einbürgerungen zu verzeichnen waren, erhielten – gemessen an der Zahl der 2013 im Ausländerzentralregister verzeichneten Personen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz – überproportional viele hier lebende Personen aus dem Irak (sechs Prozent), Marokko (5,3 Prozent), der Ukraine (4,7 Prozent) sowie Kasachstan (4,2 Prozent) einen deutschen Pass.

Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben insbesondere Personen, die mindestens acht Jahre in Deutschland leben, einen besonderen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Anforderungen erfüllen. Die Einbürgerung erfolgt nur auf Antrag. Durch die Einbürgerung werden die Betroffenen gleichberechtigte deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger mit allen Rechten und Pflichten. Sie können in den Gemeinden, in den Ländern und auf Bundesebene wählen, selbst für ein Parlament kandidieren und damit ihre Interessen aktiv vertreten.

Zensus 2011 zeigt strukturelle demografische Entwicklungen

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung ist in dem knappen Vierteljahrhundert zwischen der Volkszählung 1987 und dem Zensus 2011 deutlich gewachsen und älter geworden. Gleichzeitig ist das Geschlechterverhältnis ausgewogener und es leben mehr Ausländerinnen und Ausländer in Rheinland-Pfalz. „Die Zahlen unterstreichen zugleich, dass sich der demografische Wandel bislang regional sehr unterschiedlich vollzogen hat", erklärte der Präsident des Statistischen Landesamtes Jörg Berres aus Anlass der Veröffentlichung der endgültigen demografischen Merkmale aus dem Zensus 2011.

In dem genannten Zeitraum stieg die Bevölkerungszahl um rund 360 000 (+9,9 Prozent) auf 3 989 808. Regional fallen die Bevölkerungsveränderungen unterschiedlich aus. Während Städte und Landkreise entlang der Rheinschiene teilweise im zweistelligen Prozentbereich wuchsen, reduzierten sich die Einwohnerzahlen im Südwesten des Landes.

Zudem ist die Bevölkerung im Land deutlich gealtert. Die Zahl der Menschen im Seniorenalter (65 Jahre und älter) ist um 247 955 auf 812 108 angestiegen (+44 Prozent). Die Zunahme fiel in den Landkreisen (+50 Prozent) deutlich stärker aus als in den kreisfreien Städten (+29 Prozent). Die Zahl der unter 20-Jährigen sank im Vergleichszeitraum landesweit um 36 404 auf 756 998 (–4,6 Prozent). In den kreisfreien Städten lebten 11 750 junge Menschen weniger als 1987 (–6,2 Prozent). In den Landkreisen sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 24 654 (–4,1 Prozent).

Es leben sowohl absolut (+202 758) als auch relativ (+12 Prozent) gesehen mehr Männer im Land als 1987, sodass sich das Geschlechterverhältnis in der Bevölkerung angeglichen hat. Am 9. Mai 2011 kamen rechnerisch 95,6 Männer auf 100 Frauen und damit fast drei mehr als noch 1987.

Auch die Zahl der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer hat deutlich um 119 586 auf 272 006 zugenommen (+78,5 Prozent). Infolgedessen ist der Ausländeranteil im Vergleichszeitraum um 2,6 Punkte auf 6,8 Prozent gestiegen. In den kreisfreien Städten hat sich der Ausländeranteil seit 1987 um 4,1 Punkte auf elf Prozent, in den Landkreisen um 2,2 Punkte auf einen Wert von 5,3 Prozent erhöht.

Die endgültigen demografischen Daten ermöglichen auch einen Vergleich zwischen der bisherigen Fortschreibung der Bevölkerungszahlen auf Basis der Volkszählung 1987 und der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011, jeweils zum Stichtag 31. Dezember 2012.

Auf der Landesebene hat der Zensus das reale Bevölkerungswachstum seit 1987 in der bisherigen Fortschreibung fast punktgenau bestätigt. Diese weist zum Jahresende 2012 einen um lediglich 8 424 Personen höheren Bevölkerungsbestand aus, als die Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Das entspricht einer Abweichung von 0,2 Prozent.

Es leben weniger Seniorinnen und Senioren im Land als bisher ermittelt. Auf der Basis des Zensus 2011 ergibt sich zum Jahresende 2012 eine Gesamtzahl von 817 026 Menschen, die bereits das 65. Lebensjahr vollendet haben. Dies sind 8 608 bzw. ein Prozent weniger, als auf der Grundlage der Zählung von 1987 errechnet wurden. Ein Grund hierfür liegt im Fortzug von Ausländern, die nach dem Arbeitsleben Deutschland ohne Abmeldung verlassen haben.

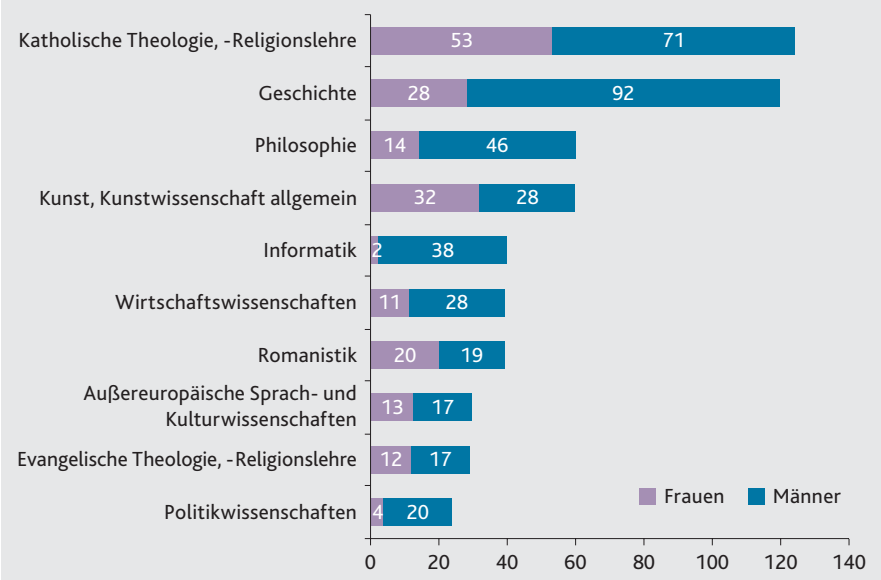
Fortzüge ohne Abmeldung sind auch eine Ursache dafür, dass der Anteil ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner bei Weitem nicht so stark zugenommen hat wie bislang errechnet. Der Ausländeranteil zum 31. Dezember 2012 liegt nach aktualisierter Fortschreibung mit 7,3 Prozent um 0,9 Prozentpunkte unter dem Wert, der sich bei Fortschreibung der Ergebnisse aus der Zählung von 1987 ergibt.

Insofern hat der Zensus 2011 – gleich einer Inventur – notwendige Korrekturen an der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung aufgezeigt, die bis zu der voraussichtlich im Jahr 2021 anstehenden nächsten Zählung sowohl in der aktualisierten Fortschreibung als auch in hierauf aufbauenden Rechensystemen grundlegend sind.

Sobald die auf der Basis des Zensus 2011 aktualisierten Fortschreibungsergebnisse zum Stichtag 31. Dezember 2013 vorliegen – voraussichtlich im dritten Quartal 2014 – wird eine neue regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung erstellt. Sie wird eine qualifizierte Abschätzung des fortschreitenden demografischen Wandels ermöglichen und darüber hinaus auch die Grundlage für Folgeberechnungen (z. B. Vorausberechnung der Schülerinnen und Schüler, Pflegebedarfsvorausberechnung) bieten. Die neue Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2013 wird die durch den Zensus festgestellten Veränderungen des Bevölkerungsbestands und der Altersstruktur der Bevölkerung nachvollziehen. Gravierende Veränderungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerungszahl – etwa stärkere Bevölkerungsrückgänge als bisher vorausberechnet – werden aber nicht erwartet. Dafür gibt es zurzeit keine Anhaltspunkte: Der Zensus ändert nichts an den laufend erhobenen Bevölkerungsbewegungen Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge, die für die Bevölkerungsfortschreibung genutzt werden und Grundlage für die Berechnung der Parameter der Bevölkerungsvorausberechnung (Geburtenziffern, Sterbeziffern, Zuzugs- und Fortzugsziffern) sind.

Kleinräumige Strukturdaten zu Haushalten und Familien sowie zum Gebäude- und Wohnungsbestand sollen bis Mitte des Jahres die Veröffentlichungen zu den Ergebnissen des Zensus 2011 vervollständigen.

Die zehn am häufigsten belegten Fachrichtungen von Gasthörern/-innen im Wintersemester 2013/14 nach Geschlecht



Weniger Gasthörerinnen und Gasthörer an Hochschulen

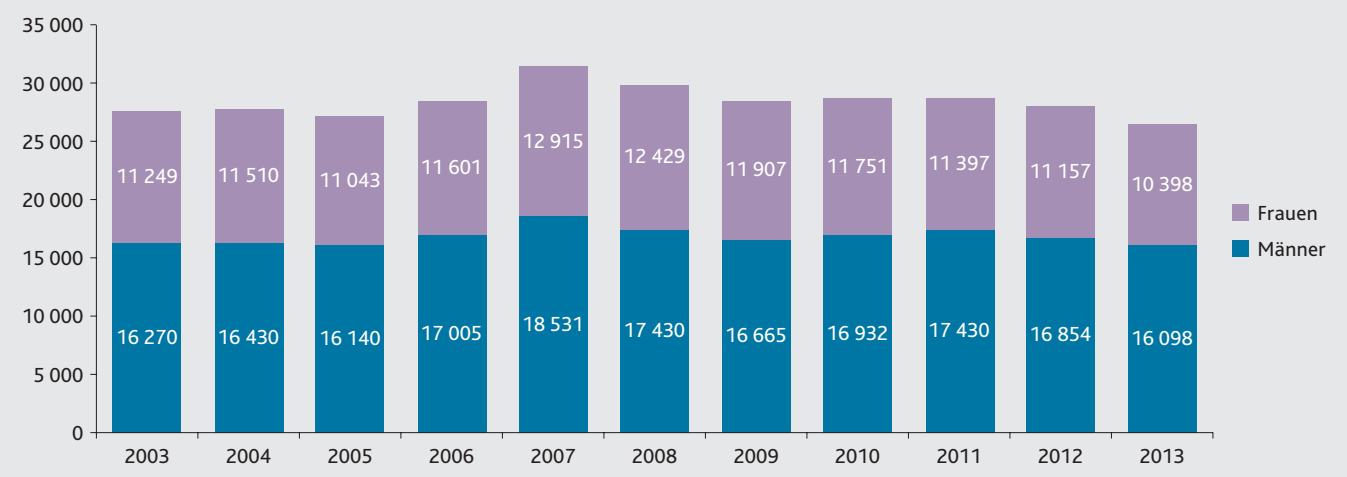
Im Wintersemester 2013/14 besuchten 213 Gasthörerinnen und 361 Gasthörer Lehrveranstaltungen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen. Das waren 77 Teilnehmerinnen und Teilnehmer weniger als im Wintersemester 2012/13 (–12 Prozent).

Viele der Gasthörerinnen und Gasthörer besuchten mehrere Kurse. Daher gab es insgesamt 734 Belegungen. Fast zwei Drittel dieser Belegungen entfielen auf die Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften" (65 Prozent). Ebenfalls häufig besucht wurden Angebote aus den Fächergruppen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" (zwölf Prozent) sowie „Kunst und Kunstwissenschaft" (elf Prozent). Zu den beliebtesten Fachrichtungen zählten katholische Theologie (124), Geschichte (120) und Philosophie (60).

Die meisten Gasthörerinnen und Gasthörer waren an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz (206), der Universität Trier (160) und der Theologischen Fakultät Trier (71) eingeschrieben. Das Durchschnittsalter der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen akademischen Bildungsangeboten lag bei 62,1 Jahren (2012: 58,5 Jahre).

Gasthörerinnen und Gasthörer dürfen – auch ohne allgemeine Hochschulreife – reguläre Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen, jedoch keine Prüfungen ablegen. Seit dem Wintersemester 2004/05 werden für das Gaststudium Gebühren erhoben, die sich auf bis zu 250 Euro je Semester belaufen können. Neben dem Gaststudium in regulären Studienangeboten bieten die Hochschulen zunehmend auch spezielle „Seniorenstudiengänge" an.

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2003–2013[1] nach Geschlecht



1 Jahr 2013 vorläufige Ergebnisse. Aus Geheimhaltungsgründen sind ab 2007 alle Daten jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet.

Duale Berufsausbildung: Zahl der Neuabschlüsse erreicht neuen Tiefststand

Im Jahr 2013 schlossen in Rheinland-Pfalz 26 493 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag im Dualen System ab. Das waren nach ersten Auswertungen der Berufsbildungsstatistik 1 515 weniger als im Vorjahr (–5,4 Prozent) und damit so wenige wie seit fast zwanzig Jahren nicht mehr. Einen ähnlich geringen Wert gab es zuletzt im Jahr 1994.

Maßgeblich für diese Entwicklung ist neben demografischen Ursachen vor allem ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen streben eine akademische Ausbildung an. Anders als in der Berufsausbildung hat sich die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger eines Studiums in den letzten zwanzig Jahren fast verdoppelt (Studienjahr 2013: 23 296).

Die meisten Neuabschlüsse gab es im Bereich Industrie und Handel (15 138) sowie im Handwerk (7 839). Die Mehrzahl der neuen Auszubildenden waren Männer (61 Prozent). Relativ betrachtet gab es mehr Frauen in den Bereichen „Freie Berufe" (94 Prozent), „Hauswirtschaft" (92,5 Prozent) und „Öffentlicher Dienst" (60 Prozent).

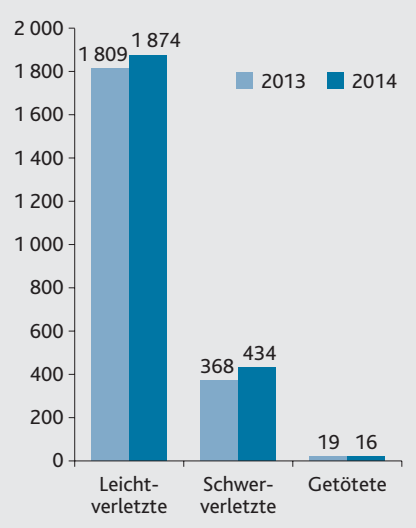
Nicht alle jungen Menschen, die im vergangenen Jahr nach einer Ausbildungsstelle suchten, wurden auch fündig. So waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit am 30. September 2013 landesweit insgesamt 727 „unversorgte" Bewerberinnen und Bewerber registriert, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten (2012: 514). Gleichzeitig wurden 1 285 unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet (2012: 1 122).

Auch die Zahl der Auszubildenden insgesamt sank gegenüber dem Vorjahr (–2,8 Prozent). Am 31. Dezember 2013 befanden sich 70 491 Auszubildende in einer dualen Ausbildung, Ende 2012 waren es noch 72 534.

Weniger Verkehrsunfälle, aber mehr Schwerverletzte

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2014 verloren in Rheinland-Pfalz 16 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das drei Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Februar 2013 und 2014



stieg um 18 Prozent auf 434. Leicht verletzt wurden 1 874 Personen, 3,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der von der Polizei registrierten Unfälle ging um 4,1 Prozent auf 19 535 zurück.

Umsatzsteuer: Umsätze der Unternehmen im Jahr 2012 auf neuem Höchststand

Die Umsätze rheinland-pfälzischer Unternehmen stiegen im Jahr 2012 im dritten Jahr in Folge. Umsätze aus Lieferungen und Leistungen wurden in Höhe von 212 Milliarden Euro vorangemeldet, das waren gut 1,8 Milliarden bzw. 0,9 Prozent mehr als der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2011.

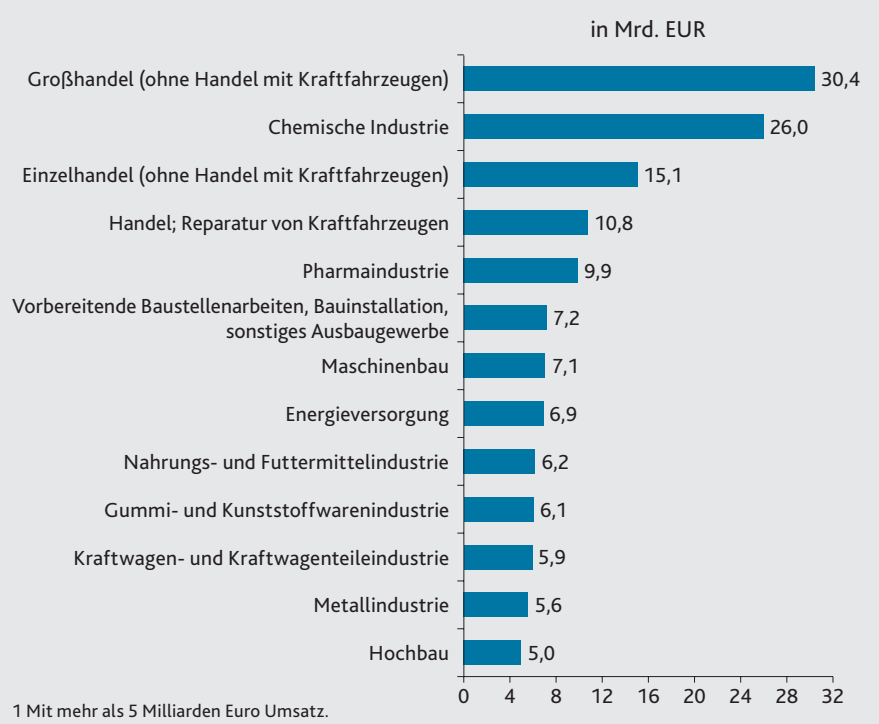
Die positive Entwicklung ist wesentlich auf Zuwächse bei den Unternehmen mit mehr als 250 Millionen Euro Jahresumsatz zurückzuführen. Diese Unternehmen steigerten ihre Umsätze gegenüber dem Jahr 2011 um knapp 2,2 Milliarden bzw. 2,5 Prozent; sie waren damit für gut 41 Prozent aller Umsätze verantwortlich, obwohl sie nur 0,1 Prozent aller Unternehmen ausmachten. Rückgänge um 0,5 Prozent gab es bei den Unternehmen mit Umsätzen von weniger als 100 000 Euro. Sie stellten 47,5 Prozent der Unternehmen und erwirtschafteten 1,7 Prozent des Umsatzes.

Die Unternehmen des mit Abstand umsatzstärksten Wirtschaftsabschnitts, des Verarbeitenden Gewerbes, schlossen das Jahr mit einem Umsatzminus von 1,4 Prozent ab. Die Unternehmen aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" sowie des Baugewerbes erzielten mit 2,6 bzw. 6,2 Prozent überdurchschnittliche Zuwächse.

Die vorangemeldeten Umsätze eines in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmens lagen im Jahr 2012 im Durchschnitt bei 1,4 Millionen Euro. Der Durchschnitt über alle Bundesländer betrug 1,8 Millionen Euro. Damit belegt Rheinland-Pfalz unter allen Bundesländern Rang neun. Die höchsten Umsätze je Unternehmen wurden mit 4,8 Millionen Euro in Hamburg erzielt, gefolgt von Bremen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Der niedrigste Durchschnittswert war mit knapp 736 000 Euro in Thüringen zu verzeichnen.

In den kreisfreien Städten haben 25 Prozent der Unternehmen ihren Sitz; sie trugen 2012 zusammen rund 46 Prozent zum Umsatz bei. Wesentlich beeinflusst wird dieser Wert von der Stadt Ludwigshafen, auf die fast 15 Prozent der vorangemeldeten Umsätze entfiel. Mit jeweils 0,8 Prozent verzeichneten Neustadt an der Weinstraße und Zweibrücken die geringsten Umsatzanteile der zwölf kreisfreien Städte. In den 24 Landkreisen lag die Spannweite der Umsatzanteile zwischen 7,5 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen und 0,5 Prozent im Landkreis Kusel.

Umsatz aus Lieferungen und Leistungen 2012 nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen[1]



1 Mit mehr als 5 Milliarden Euro Umsatz.

Verbraucherpreise im April 2014

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im April 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit bleibt die Teuerungsrate weiterhin deutlich unter der für die Geldpolitik wichtigen Marke von zwei Prozent. Einen wesentlichen Einfluss auf die moderate Preisentwicklung hatten, wie schon in den Vormonaten, die rückläufigen Preise für Kraftstoffe (–4,6 Prozent) und für Heizöl (–4,9 Prozent). Gegenläufige Entwicklungen gab es im Bereich Haushaltsenergie (insgesamt +0,2 Prozent). Während sich neben Heizöl auch Gas (–1,3 Prozent) und die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme (–1 Prozent) verbilligten, stiegen die Preise für Strom (+3,8 Prozent) und für feste Brennstoffe (+3,2 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen binnen Jahresfrist weniger stark als der Gesamtindex (+1 Prozent).

Zwar waren insbesondere Molkereiprodukte und Eier (+10 Prozent) deutlich teurer als im April 2013, nahezu unverändert blieben jedoch die Preise für Fleisch und Fleischwaren (–0,2 Prozent) sowie für Obst (+0,3 Prozent). Gemüse war sogar merklich billiger als im April 2013 (–5,9 Prozent). Beispielsweise gingen die Preise für Blumenkohl um 31 Prozent, für Paprika um 24 Prozent zurück.

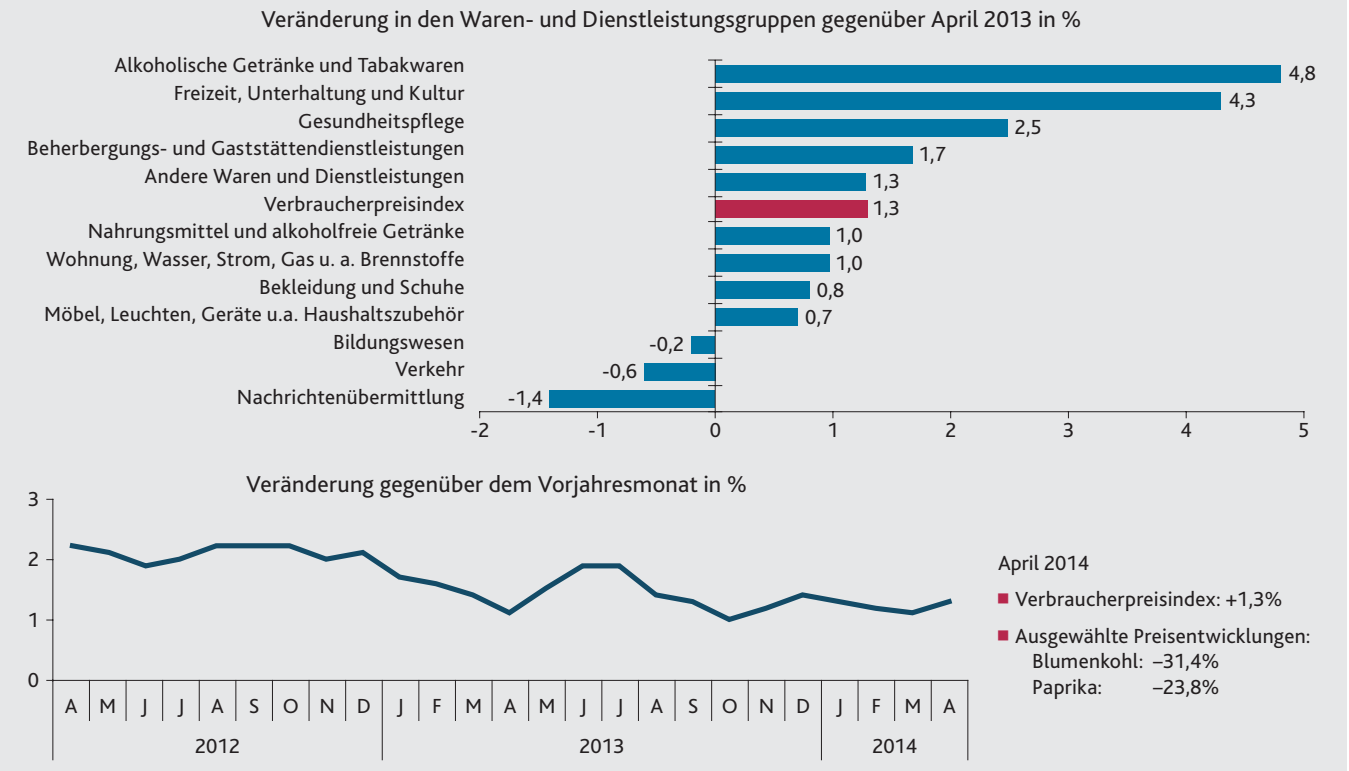
Im Vergleich zum Vormonat sanken die Verbraucherpreise im April 2014 um 0,3 Prozent. So gab es Preissenkungen bei Bekleidung und Schuhen sowie bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränke (jeweils –0,4 Prozent). Gestiegen sind im Vormonatsvergleich unter anderem die Preise in der Hauptgruppe Verkehr (+0,6 Prozent; darunter Kraftstoffe: +0,6 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2014

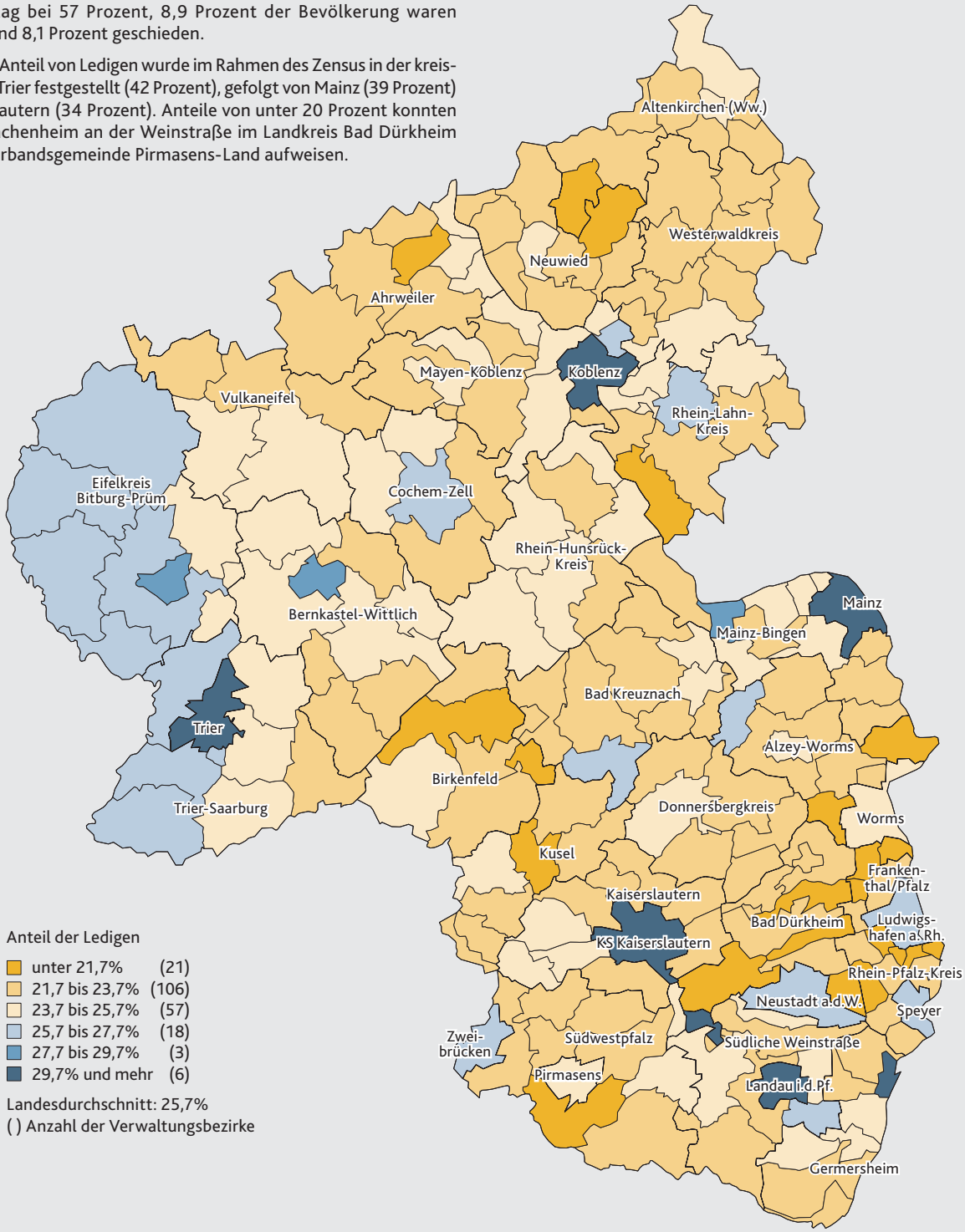


Ledige Bevölkerung im Alter von 18 Jahren und älter am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken

Ein Viertel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ist ledig

Am 9. Mai 2011 waren fast 26 Prozent aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Alter ab 18 Jahren ledig. Der Anteil der Verheirateten lag bei 57 Prozent, 8,9 Prozent der Bevölkerung waren verwitwet und 8,1 Prozent geschieden.

Der höchste Anteil von Ledigen wurde im Rahmen des Zensus in der kreisfreien Stadt Trier festgestellt (42 Prozent), gefolgt von Mainz (39 Prozent) und Kaiserslautern (34 Prozent). Anteile von unter 20 Prozent konnten dagegen Wachenheim an der Weinstraße im Landkreis Bad Dürkheim sowie die Verbandsgemeinde Pirmasens-Land aufweisen.



Europawahl 2014

Vorläufige amtliche Endergebnisse für Rheinland-Pfalz

Von Romy Siemens und Dr. Ludwig Böckmann

Zum achten Mal wurden die Abgeordneten des Europaparlaments von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedsländer der Europäischen Union direkt gewählt. Die Wahl fand in den 28 EU-Mitgliedsländern zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 statt. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland konnten über die Besetzung von 96 der 751 Mandate im Europäischen Parlament bestimmen. Um die deutschen Mandate bewarben sich 24 Parteien. Erstmals gab es bei der Europawahl in Deutschland keine explizite Sperrklausel für den Einzug in das Parlament.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen in Rheinland-Pfalz auf die CDU 38,4 Prozent, auf die SPD 30,8 Prozent, auf die Grünen 8,1 Prozent, auf die AfD 6,6 Prozent sowie auf die FDP und die Partei DIE LINKE jeweils 3,7 Prozent der gültigen Stimmen. Die übrigen Parteien kommen zusammen auf 8,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung ist gestiegen; sie belief sich auf 56,9 Prozent.

Rheinland-Pfalz mit höchster Wahlbeteiligung unter den Bundesländern

56,9 Prozent der Wahlberechtigten geben ihre Stimme ab

Bei dieser Europawahl waren in Rheinland-Pfalz 3,09 Millionen Bürgerinnen und Bürger zur Stimmabgabe aufgerufen. Von diesem demokratischen Grundrecht haben 1,76 Millionen Wahlberechtigte Gebrauch gemacht. Damit lag die Wahlbeteiligung bei 56,9 Prozent. Gegenüber der letzten Europawahl erhöhte sich das Wahlinteresse um 1,3 Prozentpunkte. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer die höchste Wahlbeteiligung auf. Im Bundesdurchschnitt lag die Wahlbeteiligung mit 48,1 Prozent trotz kräftiger Steigerung (+4,8 Prozentpunkte) deutlich niedriger. Das überdurchschnittliche Wahlinteresse in Rheinland-Pfalz erklärt sich auch durch die zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen; das war jedoch in mehreren anderen Bundesländern ebenfalls der Fall.

Mehr als 39 Prozent bevorzugen Briefwahl

Die Zahl der Briefwählerinnen und Briefwähler ist gegenüber der Europawahl 2009 beträchtlich gestiegen. Ihr Anteil an allen Wählerinnen und Wählern lag bei 39,3 Prozent und damit um 10,4 Prozentpunkte höher als vor fünf Jahren. Noch nie haben in Rheinland-Pfalz so viele Wählerinnen und Wähler von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht.

T 1 Wahlberechtigte, Wähler/-innen, gültige und ungültige Stimmen sowie Stimmen der Parteien bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz 2009 und 2014

Merkmal	2009		2014		Veränderung 2014 zu 2009	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Prozentpunkte
Wahlberechtigte	3 104 297	x	3 093 660	x	-10 637	x
Wähler/-innen	1 726 377	55,6	1 760 386	56,9	34 009	1,3
Ungültige Stimmen	69 342	4,0	41 911	2,4	-27 431	-1,6
Gültige Stimmen	1 657 035	96,0	1 718 475	97,6	61 440	1,6
CDU	660 252	39,8	660 512	38,4	260	-1,4
SPD	426 272	25,7	528 750	30,8	102 478	5,1
FDP	184 838	11,2	63 621	3,7	-121 217	-7,5
GRÜNE	157 966	9,5	138 848	8,1	-19 118	-1,4
DIE LINKE	57 455	3,5	62 745	3,7	5 290	0,2
AfD*	x	x	114 169	6,6	x	x
Sonstige	170 252	10,3	149 830	8,7	-20 422	-1,6

* Erstmals 2014 angetreten.

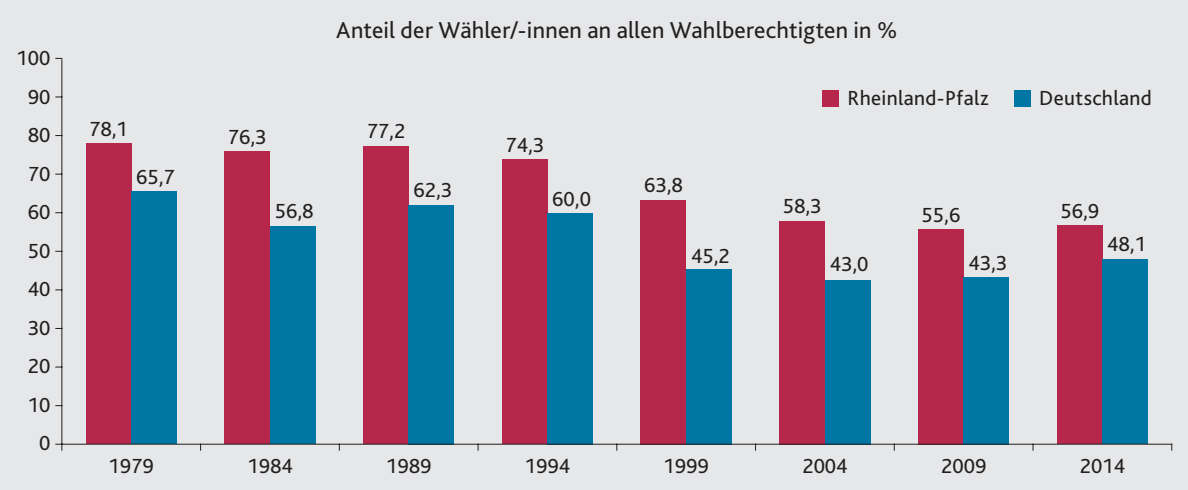
Wahlbeteiligung in Landkreisen höher als in Städten

Das Wahlinteresse war in den Landkreisen (59,4 Prozent) wesentlich höher als in den kreisfreien Städten (49,2 Prozent). Es hat aber in den kreisfreien Städten etwas stärker zugenommen als in den Landkreisen (+1,6 bzw. +1,2 Prozentpunkte). In den Landkreisen wurde die höchste Wahlbeteiligung in der Südwestpfalz erreicht (66,9 Prozent), die niedrigste in Birkenfeld (53 Prozent). In den kreisfreien Städten war das Wahlinteresse in Mainz und in Neustadt an der Weinstraße am höchsten (55,1 Prozent), in Kaiserslautern war es am niedrigsten (43,6 Prozent).

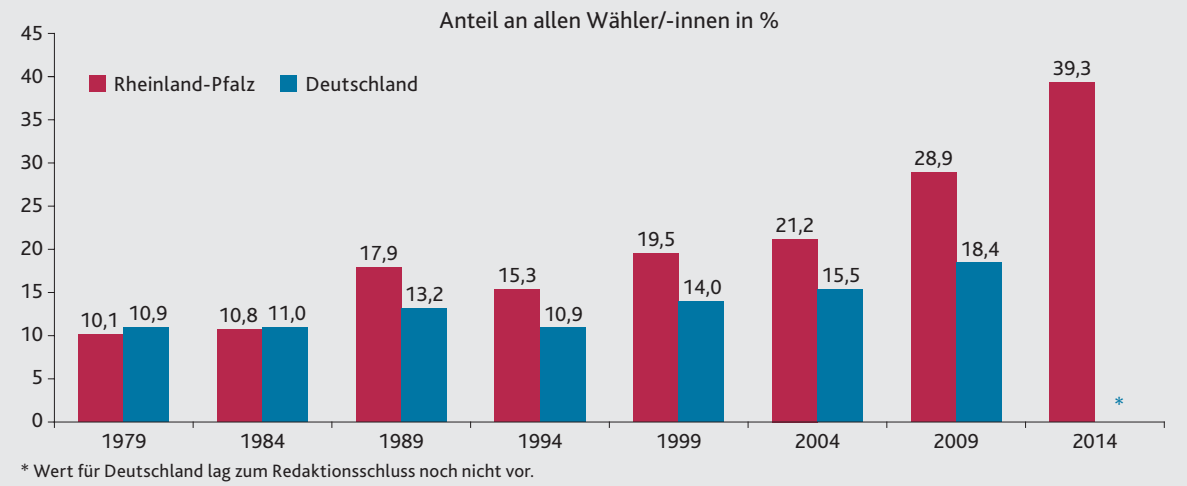
Zahl der ungültigen Stimmen sinkt

Von den 1,76 Millionen abgegebenen Stimmen waren 97,6 Prozent gültig und demnach 2,4 Prozent ungültig. Damit verringerte sich der Anteil der ungültigen Stimmen gegenüber der vorangegangenen Europawahl um 1,6 Prozentpunkte. In den kreisfreien Städten wurden seltener ungültige Stimmen abgegeben (1,6 Prozent) als in den Landkreisen (2,6 Prozent).

G 1 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1979–2014



G 2 Briefwähler/-innen bei den Europawahlen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1979–2014



* Wert für Deutschland lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

CDU geht aus der Europawahl als stärkste Partei hervor

Die CDU ist aus dieser Wahl erneut als stärkste Partei hervorgegangen. Sie gewann 660 512 der gültigen Stimmen. Damit ist die Stimmenzahl der Partei gegenüber der Europawahl 2009 leicht gestiegen (+260 Stimmen). Wegen der stärker gestiegenen Wahlbeteiligung nahm der Stimmenanteil der CDU aber um 1,4 Prozentpunkt auf 38,4 Prozent ab. Bundesweit schnitt die Union schlechter ab als in Rheinland-Pfalz. Sie erzielte deutschlandweit 35,3 Prozent der gültigen Stimmen (–2,5 Prozentpunkte).

Geringere Stimmenanteile in fast allen Verwaltungsbezirken

Die CDU schneidet bei Wahlen in den Landkreisen stets deutlich besser ab als in den kreisfreien Städten. Bei dieser Europawahl kam sie in den Landkreisen auf 39,9 Prozent, in den kreisfreien Städten dagegen nur auf 33,1 Prozent der gültigen Stimmen. In 32 der 36 Verwaltungsbezirke musste die Partei Stimmenverluste hinnehmen. Die Verluste fielen in den Landkreisen mit durchschnittlich –1,1 Prozentpunkten halb so hoch aus wie in den kreisfreien Städten (–2,2 Prozentpunkte). Traditionell erzielt die Union in den Kreisen im nördlichen Rheinland-Pfalz überdurchschnittliche Wahlergebnisse, und zwar vor allem in der Eifel. Eine langjährige Hochburg der CDU ist der Landkreis Cochem-Zell. Auch diesmal übertrafen die Christdemokraten in diesem Landkreis mit 52,8 Prozent ihr Landesergebnis um 14,4 Prozentpunkte. Allerdings mussten sie im Vergleich zur Wahl 2009 auch hier Verluste hinnehmen (–1,5 Prozentpunkte). Im Südwesten des Landes erzielt die Partei deutlich schlechtere Wahlergebnisse. Den niedrigsten Stimmenanteil bekam sie auch diesmal im Landkreis Kusel (27,7 Prozent). Dort konnte sie im Vergleich zur letzten Europawahl aber leicht zulegen (+0,2 Prozentpunkte). Den höchsten Zugewinn verbuchte die CDU im Landkreis Vulkaneifel (+1,8 Prozentpunkte), besonders starke Verluste musste sie dagegen im Landkreis Ahrweiler hinnehmen (–3,5 Prozentpunkte). In den kreisfreien Städten reicht die Spannweite der Anteilsergebnisse für die Christdemokraten von jeweils 29,3 Prozent in Kaiserslautern und Zweibrücken bis 39,9 Prozent in Frankenthal. Einen Anteilsgewinn gab es für die CDU nur in der kreisfreien Stadt Pirmasens (+1,7 Prozent).

Bestes Ergebnis in Cochem-Zell

In allen anderen Städten kam es zu Verlusten, die eine Spannweite von –0,3 Prozent in Zweibrücken bis zu –4,3 Prozent in Frankenthal aufwiesen.

Stimmenanteile der SPD steigen in allen Verwaltungsbezirken

Der SPD gaben 528 750 Wählerinnen und Wähler ihre Stimme; das waren rund 102 500 mehr als vor fünf Jahren. Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten nahm damit um 5,1 Prozentpunkte auf 30,8 Prozent zu. Deutschlandweit verbesserte die Partei ihr Ergebnis um 6,5 Prozentpunkte auf 27,3 Prozent.

Kaum Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen

Seit den 90er-Jahren gibt es bei den Sozialdemokraten zwischen den Wahlergebnissen in den kreisfreien Städten und den Landkreisen nur noch geringe Unterschiede – so auch bei dieser Europawahl. Die SPD holte in den Landkreisen 30,8 Prozent und in den kreisfreien Städten 30,6 Prozent der gültigen Stimmen. Eine Hochburg der Sozialdemokraten ist seit Jahrzehnten der Landkreis Kusel, und zwar bei allen Wahlen. Auch diesmal erzielte die SPD hier ihr mit Abstand bestes Ergebnis: Mit 41,6 Prozent lag sie im Kreis um fast elf Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis. Im Vergleich zur Europawahl 2009 konnte sie ihr Ergebnis im Kreis auch noch deutlich steigern (+5,4 Prozentpunkte).

Schlechte Ergebnisse in der Eifel

Besonders schlecht schneiden die Sozialdemokraten stets in den Landkreisen der Eifel ab. Das war auch bei dieser Europawahl der Fall. Den niedrigsten Stimmenanteil musste die SPD in der CDU-Hochburg Cochem-Zell hinnehmen (22,9 Prozent). Allerdings konnte sie sich hier gegenüber 2009 stark verbessern (+4,7 Prozentpunkte). Im Vergleich der kreisfreien Städte errang die Partei ihr bestes Ergebnis in Zweibrücken (37,3 Prozent) und ihr schlechtestes in Koblenz (27,4 Prozent).

Stärkstes Plus in Ahrweiler

Die SPD verbesserte ihr Ergebnis in allen kreisfreien Städten und Landkreisen. Die Spannweite der Zugewinne reicht dabei von +2,3 Prozentpunkten in der kreisfreien Stadt Worms bis +7,1 Prozentpunkten im Landkreis Ahrweiler.

GRÜNE legen nur in Landau zu

Die GRÜNEN erhielten 138 848 Stimmen. Das waren rund 19 000 bzw. zwölf Prozent weniger als 2009. Dadurch verringerte sich ihr Stimmenanteil um 1,4 Prozentpunkte auf 8,1 Prozent. Bundesweit kamen die GRÜNEN auf einen Stimmenanteil von 10,7 Prozent (–1,4 Prozentpunkte).

Bestes Ergebnis wieder in Mainz

Die GRÜNEN sind in den Städten stärker als in den ländlichen Regionen; der Unterschied ist seit der ersten Beteiligung der GRÜNEN an Wahlen in Rheinland-Pfalz – Ende der 70er-Jahre – fast kontinuierlich größer geworden. Auch bei dieser Europawahl erreichte die Partei in den kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz einen erheblich höheren Anteilswert (12,1 Prozent) als in den Landkreisen (sieben Prozent). Ihre besten Ergebnisse erreichen die GRÜNEN traditionell in der Universitätsstadt Mainz (17,4 Prozent). Am schlechtesten schnitt die Partei im Vergleich aller kreisfreien Städte in Pirmasens ab, und zwar zum vierten Mal in Folge seit 1999. Dort erhielt die Partei nur vier Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und musste im Vergleich zu 2009 sogar weitere Verluste hinnehmen (–2,3 Prozentpunkte). Bezogen auf die 24 Landkreise war der Stimmenanteil der GRÜNEN – wie bei allen Europawahlen seit 1984 – im Kreis Mainz-Bingen am höchsten (10,4 Prozent). Ihr schlechtestes Anteilsergebnis mussten sie im Landkreis Südwestpfalz hinnehmen

T 2 Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz 2014

Partei	Stimmenanteil in %	Veränderung zu 2009 in Prozentpunkten
CDU	38,4	-1,4
SPD	30,8	5,1
FDP	3,7	-7,5
GRÜNE	8,1	-1,4
DIE LINKE	3,7	0,2
REP	0,5	-1,5
Tierschutzpartei	1,7	0,2
FREIE WÄHLER	2,0	0,9
FAMILIE	0,6	-0,3
PIRATEN	1,2	0,4
PBC	0,2	-0,1
ÖDP	0,4	0,1
Volksabstimmung	0,4	0,1
CM	0,1	0,0
AUF	0,1	0,0
BP	0,1	0,0
DKP	0,0	-0,1
BüSo	0,0	0,0
PSG	0,0	0,0
AfD*	6,6	
PRO NRW*	0,1	
MLPD*	0,0	
NPD*	0,7	
Die PARTEI*	0,5	

* 2009 nicht angetreten.

Zweitbestes Ergebnis wird in Landau erreicht

(4,6 Prozent). Im Vergleich aller Verwaltungsbezirke konnten die GRÜNEN lediglich in der Universitätsstadt Landau in der Pfalz einen Anteilsgewinn erringen. In allen anderen Verwaltungsbezirken war das Ergebnis der GRÜNEN schlechter als bei der Europawahl 2009. Die Spannweite reichte von –0,4 Prozentpunkten in Worms bis zu –3,6 Prozentpunkten in Trier. Dadurch wurde das zweitbeste Ergebnis der GRÜNEN erstmals nicht in Trier (14,8 Prozent), sondern in Landau (15,9 Prozent) erreicht.

AfD tritt erstmals an

Ein besonderes Interesse gab es diesmal am Abschneiden der AfD und der FDP. Die AfD stand im Fokus, weil sie im Herbst nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasst hatte, und die FDP, weil sie – erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik – an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und nicht mehr in den Bundestag einziehen konnte.

Bestes Ergebnis in Ludwigshafen

Die Anfang 2013 gegründete AfD erreichte bei ihrer ersten Europawahl in Rheinland-Pfalz rund 114 170 gültige Stimmen und kam damit aus dem Stand auf einen Stimmenanteil von 6,6 Prozent. Sie blieb in Rheinland-Pfalz aber hinter ihrem Bundesergebnis zurück (sieben Prozent). Die Partei verbuchte in den kreisfreien Städten (sieben Prozent) etwas höhere Stimmenanteile als in den Landkreisen (6,6 Prozent). Im Vergleich der kreisfreien Städte lag ihr Stimmenanteil zwischen 5,9 Prozent in Trier und 9,6 Prozent in Ludwigshafen am Rhein. In den Landkreisen erzielte die AfD im Rhein-Pfalz-Kreis einen

besonders hohen Stimmenanteil (8,5 Prozent); am niedrigsten war ihr Anteilsergebnis im Eifelkreis Bitburg-Prüm (4,5 Prozent). Überdurchschnittliche Ergebnisse bekam die AfD vor allem in der Rheinpfalz, aber auch in Rheinhessen, im Taunus und im Westerwald.

Hohe Verluste für die FDP

Liberale verlieren 120 000 Stimmen

Die Liberalen mussten im Vergleich zur Europawahl 2009 sehr hohe Stimmenverluste hinnehmen. Mit 63 620 Stimmen erhielten sie etwa 121 000 Stimmen weniger als vor fünf Jahren. Damals erzielte die FDP – im Vorfeld der Bundestagswahl im September 2009 – noch ein außerordentlich gutes Ergebnis (11,2 Prozent). Ihr Stimmenanteil verringerte sich bei dieser Wahl um 7,5 Prozentpunkte auf nur noch 3,7 Prozent. Damit lag die Partei in Rheinland-Pfalz aber noch 0,3 Prozentpunkte über ihrem Bundesergebnis. Die Liberalen erreichten in den kreisfreien Städten (3,8 Prozent) ein fast gleich hohes Stimmenergebnis wie in den Landkreisen (3,7 Prozent).

Kräftige Verluste in allen Verwaltungsbezirken

Ihr mit Abstand bestes Ergebnis erzielten die Liberalen mit 4,7 Prozent im Kreis Ahrweiler. Das schlechteste Anteilsergebnis unter den Landkreisen musste die Partei im Kreis Kusel hinnehmen (2,3 Prozent). Bei den kreisfreien Städten wurde das beste Ergebnis in Neustadt an der Weinstraße (4,6 Prozent), das schlechteste in Landau in der Pfalz (2,1 Prozent) erreicht. Die FDP verlor in allen Verwaltungsbezirken deutlich Stimmenanteile. Die Verluste waren mit –7,6 Prozentpunkten in den Landkreisen höher als in den kreisfreien Städten (–6,7 Prozentpunkte). Die Spannweite der Verluste lag dabei zwischen –5,7 Prozentpunkten in der kreisfreien Stadt Frankenthal (Pfalz) und –10,4 Prozentpunkten im Kreis Vulkaneifel.

DIE LINKE mit leichtem Plus

Anteil nur halb so hoch wie bundesweit

DIE LINKE erreichte in Rheinland-Pfalz rund 62 750 der gültigen Stimmen. Dadurch verbesserte sich ihr Anteilsergebnis um 0,2 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent. Die Partei blieb in Rheinland-Pfalz aber deutlich unter ihrem Bundesergebnis (7,4 Prozent).

Bestes Ergebnis in der Stadt Kaiserslautern

DIE LINKE verbuchte in den kreisfreien Städten (4,8 Prozent) höhere Stimmenanteile als in den Landkreisen (3,3 Prozent). Die Spannweite in den kreisfreien Städten lag zwischen 3,2 Prozent in Landau in der Pfalz und 6,3 Prozent in Kaiserslautern. In den Landkreisen erzielte die Partei ihr bestes Ergebnis in Kusel (fünf Prozent). Am schlechtesten schnitt die Partei im Eifelkreis Bitburg-Prüm ab (2,4 Prozent).

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, FDZ“. Romy Siemens, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Veröffentlichungen“.

Wahlen Aktuell

Diese und weitere interessante Informationen zur Europawahl 2014 erhalten Sie in der Publikation „Wahlen aktuell“ im Internet zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wahlen/ew/wahlen_aktuell_ew2014.pdf

Darin finden Sie neben einer kurzen textlichen Kommentierung der allgemeinen Ergebnisse auch ausführliche Tabellen mit grafischen Elementen für alle Parteien auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Darüber hinaus werden die Ergebnisse ausgewählter Parteien kartografisch dargestellt.

WAHLEN AKTUELL

RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

Europawahl am 25. Mai 2014 – Vorläufige Ergebnisse

CDU geht als stärkste Partei aus der Europawahl hervor, SPD legt kräftig zu

- Das **Europäische Parlament** wurde zum achten Mal direkt gewählt. Zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 konnten die Bürgerinnen und Bürger der 28 Mitgliedsländer der EU über die Besetzung von 751 Mandate entscheiden. Um die 96 Mandate, die von den Wählerinnen und Wählern in Deutschland vergeben werden durften, bewarben sich 24 Parteien.
- In Rheinland-Pfalz ist das **Wahlinteresse** erstmals seit der Europawahl 1989 wieder gestiegen. Von den 3,09 Millionen Wahlberechtigten gingen 1,76 Millionen zur Stimmabgabe an die Wahlurnen. Das waren etwa 34 000 Wählerinnen und Wähler mehr als vor fünf Jahren. Die Wahlbeteiligung stieg um 1,3 Prozentpunkte auf 56,9 Prozent.
- Die **CDU** verschlechterte sich gegenüber der Europawahl 2009. Sie wurde in Rheinland-Pfalz dennoch deutlich vor der SPD stärkste Partei. Die Christdemokraten bekamen 660 512 Stimmen und damit 260 Stimmen mehr als vor fünf Jahren. Dennoch sank ihr Stimmenanteil wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung auf 38,4 Prozent (–1,4 Prozentpunkte).
- Die **SPD** erzielte erhebliche Stimmengewinne. Sie konnte 528 750 der abgegebenen gültigen Stimmen für sich verbuchen. Das ist ein Plus von gut 102 000 Stimmen (+24 Prozent). Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten stieg um 5,1 Prozentpunkte auf 30,8 Prozent. Der Rückstand der SPD auf die CDU hat sich dadurch fast halbiert. Er liegt nur noch bei 7,6 Prozentpunkten; vor fünf Jahren hatte er noch bei 14,1 Prozentpunkten gelegen.
- Die **GRÜNEN** mussten Einbußen hinnehmen. Sie kamen auf 138 848 Stimmen; das sind rund 19 000 Stimmen weniger als vor fünf Jahren (–12 Prozent). Ihr Stimmenanteil sank um 1,4 Prozentpunkte auf 8,1 Prozent.
- Zu den Gewinnern der Europawahl zählt die **AfD**. Die Partei verbuchte in Rheinland-Pfalz bei ihrer ersten Bewerbung um die Mandate des Europaparlaments 114 169 Stimmen. Sie kommt damit auf einen Stimmenanteil von 6,6 Prozent.
- Die **FDP** hat erhebliche Verluste erlitten. Gegenüber der Europawahl 2009 verlor die Partei in Rheinland-Pfalz zwei Drittel ihrer Stimmen. Sie kam bei dieser Wahl nur noch auf 63 621 gültige Stimmen (–121 000 Stimmen). Dadurch sank der Anteil der Liberalen um 7,5 Prozentpunkte auf nur noch 3,7 Prozent.
- Die Partei **DIE LINKE** verbucht leichte Gewinne. Die Zahl der errungenen Stimmen stieg um knapp 5 300 auf 62 745 (+9,2 Prozent). Ihr Stimmenanteil erhöhte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent.

Vorankündigung: Statistische Analyse N° 33 „Europawahl am 25. Mai 2014 – Repräsentative Wahlstatistik“

Wie haben Frauen und Männer unterschiedlicher Altersgruppen bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz abgestimmt? Das Statistische Landesamt wertet die tatsächliche Stimmabgabe von rund fünf Prozent aller Wählerinnen und Wählern aus. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für die Europawahl 2009 werden im September in der Statistischen Analyse „Europawahl am 25. Mai 2014 – Repräsentative Wahlstatistik“ im Internet unter www.statistik.rlp.de veröffentlicht.

RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

N° 33 2014

STATISTISCHE ANALYSEN

Statistik nutzen

EUROPAWAHL 2014
Repräsentative Wahlstatistik

Geowebdienste in der amtlichen Statistik

Beitrag zur Geodateninfrastruktur und Ergänzung des Regionaldatenangebotes

Von Martin Vogel und Jürgen Hammerl

Die amtliche Statistik beteiligt sich aktiv am Aufbau einer einheitlichen, transparenten und interoperablen Geodateninfrastruktur in Europa. Nach den Vorgaben der sogenannten INSPIRE-Richtlinie macht der Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Ergebnisse von Erhebungen zugänglich. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz präsentiert hierzu technisch kompatibel Geowebdienste, die das Regionaldatenangebot unter www.statistik.rlp.de und das Geodatenangebot des Landes Rheinland-Pfalz ergänzen.

Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie

Mit der Richtlinie „INSPIRE" haben das Europaparlament und der Rat der Europäischen Union im März 2007 den Grundstein für den Aufbau einer einheitlichen, transparenten und interoperablen Geodateninfrastruktur in der EU gelegt. In ihr sollen raumbezogene Informationen – zunächst für umweltpolitische Zwecke – organisiert, bereitgestellt und auch über Verwaltungs- und nationale Grenzen hinweg genutzt werden.

Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten

Die rechtliche Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie geschieht in Deutschland durch das „Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten" (GeoZG) und die entsprechenden Gesetze in den Bundesländern. Die Durchführungsbestimmungen zur INSPIRE-Richtlinie sind fachliche, technische und organisatorische Konkretisierungen – insbesondere zu Metadaten, europäisch harmonisierten Datenmodellen und Netzdiensten – und als EU-Verordnungen unmittelbar geltendes Recht in Deutschland.

Öffentliche Verwaltungen müssen Geowebdienste bereitstellen

Die INSPIRE-Richtlinie wendet sich an öffentliche Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die jeweils eigene relevante Geodatensätze identifizieren und über Geowebdienste bereitstellen müssen.

Die Sicherstellung der Interoperabilität ergibt sich insbesondere

- technisch durch die Vorgaben der Durchführungsbestimmungen zu den Netzdiensten, welche die geforderten Funktionen der Such-, Darstellungs-, Download- und Transformationsdienste spezifizieren,
- semantisch durch die Vorgaben der Durchführungsbestimmung zur Interoperabilität von Geodatensätzen und Geodatendiensten, und zwar insbesondere durch europäisch harmonisierte Datenmodelle für die insgesamt 34 Themenbereiche, die INSPIRE umfasst.

INSPIRE-Zeitplan[1]

Datum	Maßnahme	Erläuterung
03.12.2010	Metadaten zu den Themen der Anhänge I und II	Geodatensätze und -dienste, die unter die Themen der Anhänge I und II der INSPIRE-Richtlinie fallen, sind konform zur Verordnung (EG) Nr. 1205/2008 zur Durchführung der INSPIRE-Richtlinie hinsichtlich Metadaten mit Metadaten zu beschreiben.
03.12.2013	Metadaten zu den Themen des Anhang III	Geodatensätze und -dienste, die unter die Themen des Anhang III der INSPIRE-Richtlinie fallen, sind konform zur Verordnung (EG) Nr. 1205/2008 zur Durchführung der INSPIRE-Richtlinie hinsichtlich Metadaten mit Metadaten zu beschreiben. Die Erstellung der Metadaten beinhaltet die unmittelbare Bereitstellung über konforme Such- und Darstellungsdienste sowie Downloaddienste aufgrund der Verordnung zu Netzdiensten.
21.10.2015	Neu erhobene oder weitgehend umstrukturierte Geodatensätze zu den Themen der Anhänge II und III	Geodatensätze, die unter die Themen der Anhänge II und III der INSPIRE-Richtlinie fallen, sind konform zu den Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatensätzen und -diensten (Datenspezifikationen) bereitzustellen. Die Bereitstellung bezieht sich nicht auf bereits existierende Geodatensätze, sondern nur auf solche, die nach Oktober 2013 (Zeitpunkt der Verabschiedung der entsprechenden Änderungsverordnung) neu erstellt oder weitgehend umstrukturiert worden sind.
21.10.2020	Vorhandene Geodaten zu den Themen der Anhänge II und III	Geodatensätze, die unter die Themen der Anhänge II und III der INSPIRE-Richtlinie fallen, sind konform zu den Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatensätzen und -diensten (Datenspezifikationen) bereitzustellen. Die Bereitstellung bezieht sich auf die Geodatensätze, die vor Oktober 2013 (Zeitpunkt der Verabschiedung der entsprechenden Änderungsverordnung) bereits existierten.

1 Mit spezieller Berücksichtigung der für statistische Daten maßgeblichen Bereitstellungszeitvorgaben. Angelehnt an: GDI-DE: Zeitplanung für die Umsetzung von INSPIRE. Unter www.geoportal.de/DE/GDI-DE/INSPIRE/Zeitplan/zeitplan.html?lang=de (abgerufen am 08.04.2014).

Vervollständigt werden die Vorgaben der Durchführungsbestimmungen durch entsprechende technische Handlungsanleitungen, die im einzelnen Wege zur Implementierung aufzeigen. Generell basiert der Aufbau der Geodateninfrastruktur auf der Anwendung internationaler Standards und Normen, z. B. von ISO (International Standardization Organisation) oder OGC (Open Geospatial Consortium).

Die Einhaltung dieser technischen Vorgaben kann über frei verfügbare Testsuiten überprüft werden (z. B. INSPIRE-Validator).

Regelmäßiges Controlling

Die Organisation des INSPIRE-Prozesses enthält neben den organisatorischen und technischen Vorgaben ein regelmäßiges Controlling, welches ein jährliches Monitoring und ab 2010 alle drei Jahre ein Reporting umfasst.

Zu weiteren Details zu INSPIRE sei auf die Informationen der GDI-DE, des GeoPortal.rlp und des INSPIRE-Portals verwiesen.

Karten der amtlichen Statistik

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben eine gemeinsame Vorgehensweise und eine gemeinsame Bereitstellung der amtlichen Statistik für INSPIRE vereinbart und über die Regionaldatenbank (www.regionalstatistik.de) umgesetzt.

Hierzu wurden die INSPIRE-relevanten Daten der amtlichen Statistik unter dem Thema „Verteilung der Bevölkerung – Demografie“ (Anhang-III der INSPIRE-Richtlinie) länderübergreifend kategorisiert, gemeldet und bereitgestellt.

Angebot für breites Datenspektrum

Über die INSPIRE-Anforderungen hinausgehend sind inzwischen alle in der Regionaldatenbank verfügbaren, kartenfähigen

Weitere Informationen

Unter www.statistik.rlp.de/geowebdienste/links finden Sie eine Sammlung von Links zu weiterführenden Informationen über Geowebdienste.

Tabellen als Datensätze, Darstellungs- und Downloaddienste kompatibel umgesetzt.

Diese Inhalte der Regionaldatenbank sind über diverse Portale (Geoportale und Open-Government-Data-Portale) auffindbar und aufrufbar, z. B. über

- Geoportal Deutschland: www.geoportal.de,
- INSPIRE-Geoportal: http://inspire-geoportal.ec.europa.eu/discovery/ (nur INSPIRE-relevante Daten) und
- Open-Government-Data-Portal-Deutschland: www.govdata.de

Zusätzlich zu der Regionaldatenbank sind weitere oder anders zugeschnittene statistische Inhalte auf ähnlicher technologischer Basis und hierzu technisch kompatibel als Geowebdienste im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz über die Homepage (www.statistik.rlp.de) realisiert worden.

Zugang über weitere Portale

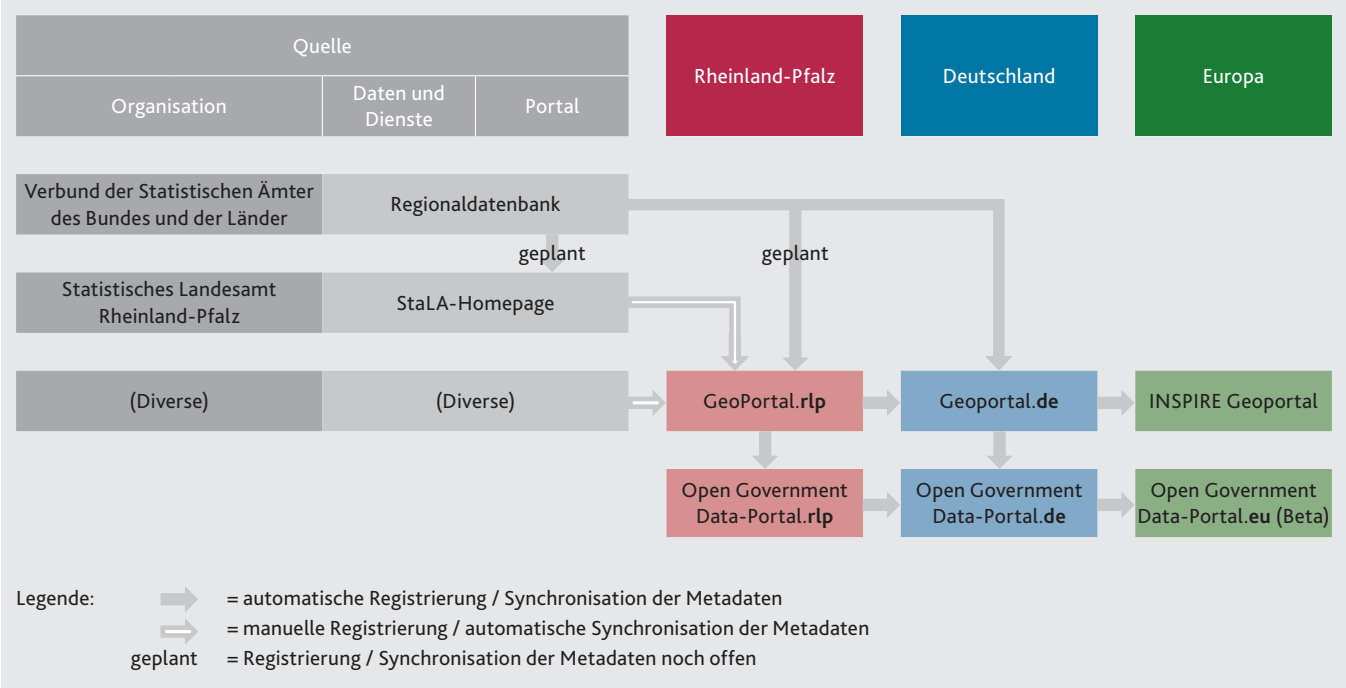
Auch diese Inhalte sind standardmäßig über die Homepage des Statistischen Landesamtes, zusätzlich aber auch über weitere Portale (Geoportale und Open-Government-Data-Portale) auffindbar und aufrufbar, insbesondere über das Geoportal des Landes Rheinland-Pfalz (www.geoportal.rlp.de). Die folgende Grafik zeigt diese Portale mit Daten der amtlichen Statistik.

Kartenzusammenstellungen

Mehrere Einzelkarten, Reihenfolgen, Transparenzgrade und Kartengrenzen festlegen

Durch die einheitliche Verwendung dieser kompatiblen („interoperablen") Technologien bei der Kartenbereitstellung lassen sich mehrere (Einzel-)Karten, auch unterschiedlicher Anbieter, zu einer in überdeckenden Ebenen organisierten Kartenzusammenstellung (WMC-Dokument) zusammenfassen. Eine vorbereitete Kartenzusammenstellung ermöglicht es den Nutzerinnen und Nutzern, diese mit einem Klick zu starten, und zwar in vorher definierten Darstellungsgrenzen mit

Ü 1 Registrierung und Synchronisation (Aktualisierung) von Metadaten zu Geodaten und Geowebdiensten zwischen Portalen



S 1 Kartenzusammenstellung zum Thema „Ältere Menschen“

allen darin enthaltenen (Einzel-)Karten, festgelegter Überdeckungsreihenfolge und optional je Karte definierten Transparenzwerten.

Die kartografierten Merkmale und damit auch die thematischen Karten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz beziehen sich jeweils auf Gebietskörperschaften der Kreis-, der Verbandsgemeinde- oder der Gemeindeebene.

Die Fläche jeder Gebietskörperschaft wird in der Farbe der Klasse eingefärbt, die den Wert der Gebietskörperschaft zum kartografierten Merkmal enthält.

Mehrere flächige Darstellungen nicht sinnvoll

Die Darstellung mehrerer dieser flächig eingefärbten Karten übereinander ergeben jedoch keine zufriedenstellende zusätzliche Aussage. Entweder überdecken die Flächen der obersten Karte die der darunter liegenden Einzelkarten oder – bei Einstellung einer Teiltransparenz der überdeckenden Karte – die Interpretation der Farben der überlagernden Flächen wird nahezu unmöglich.

Eine Kombination flächig eingefärbter thematischer Karten des Statistischen Landesamtes oder der Regionaldatenbank mit anderen, diese nur teilweise überdeckenden Punktobjekten aus anderen Karten ist jedoch möglich und bei thematischem Bezug auch sinnvoll.

Zur Veranschaulichung wurde eine Kartenzusammenstellung zum Thema „Ältere Menschen“ angelegt.

Zusätzliche Möglichkeiten für fortgeschrittene Nutzer

Der Aufruf der Kartenzusammenstellungen erfolgt hierbei im Geoportal Rheinland-Pfalz. Fortgeschrittene Nutzerinnen und Nutzer können auch weitere kompatible Karten hinzufügen und die Überdeckungsreihenfolge oder den Transparenzgrad überdeckender Karten an eigene Wünsche anpassen. Kompatible Karten können über die Recherche z. B. in Geoportalen oder Open-Government-Data-Portalen gefunden werden. Die so nach eigenen Wünschen angepasste Kartenzusammenstellung kann von der Nutzerin bzw. dem Nutzer auch wieder als neue Kartenzusammenstellung gespeichert werden.

Ergänzung des Regionaldatenangebots

Strukturen auf einen Blick

Die Geowebdienste stellen für das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz eine wichtige Ergänzung des umfangreichen Re-

gionaldatenangebots dar. Sie sind ein gutes Mittel, um kleinräumige Strukturen und Veränderungen auf einen Blick erfassen zu können. Die in den Kartendarstellungen des Statistischen Landesamtes übliche Verwendung von zwei Farben (blau für Werte über dem Durchschnitt, gelb für Werte unter dem Durchschnitt) sowie die entsprechenden farblichen Abstufungen zeigen die Stärke der Ausprägung in den verschiedenen Regionen an. Das gilt für die Verbandsgemeinde- und die Kreisebene uneingeschränkt, bei der Gemeindeebene ergeben sich Restriktionen, auf die weiter unten näher eingegangen wird.

Wer sich die Geowebangebote über die Homepage des Statischen Landesamtes erschließt, erhält zusätzlich zur Kartenansicht eine HTML-Tabelle. In der Regel werden die Indikatoren zu mehreren verwandten Karten – beispielsweise Altersklassen – in einer gemeinsamen Tabelle dargestellt.

Gestartet sind die Geowebdienste im Jahr 2013 mit den Themenfeldern Bevölkerung, Bildung, Wahlen und Trinkwassergebühren. Bis 2015 sollen die übrigen Bereiche, die sich für diese Darstellung eignen, umgesetzt werden. Realisiert werden Themen, für die Regionaldaten möglichst flächendeckend – also ohne geheim zu haltende Werte – vorliegen.

Zwei Zeitvergleiche

Die Auswahl der Indikatoren ist ein Kompromiss zwischen umfassender Darstellung und Übersichtlichkeit. Die drei kommunalen Ebenen (Kreis, Verbandsgemeinde und Gemeinde) sowie die Vielzahl denkbarer Indikatoren und Zeitspannenvergleiche bergen die Gefahr, zu viele Indikatoren anzubieten, sodass die Nutzerinnen und Nutzer viel Zeit und Konzentration aufwenden müssen, um an die gewünschte Information zu gelangen. Daher wurden vor allem die Betrachtungen zur zeitlichen Entwicklung beschränkt. Angeboten wird in der Regel ein mittelfristiger Vergleich (zehn Jahre) und eine Betrachtung der Veränderung binnen 20 Jahren.

Indikatorenauswahl am Beispiel der Bevölkerungsstatistik

Die Auswahl der Indikatoren sowie die Handhabung des Angebots sollen am Beispiel des Themenfeldes Bevölkerung verdeutlicht werden.

Gängige Altersgruppen

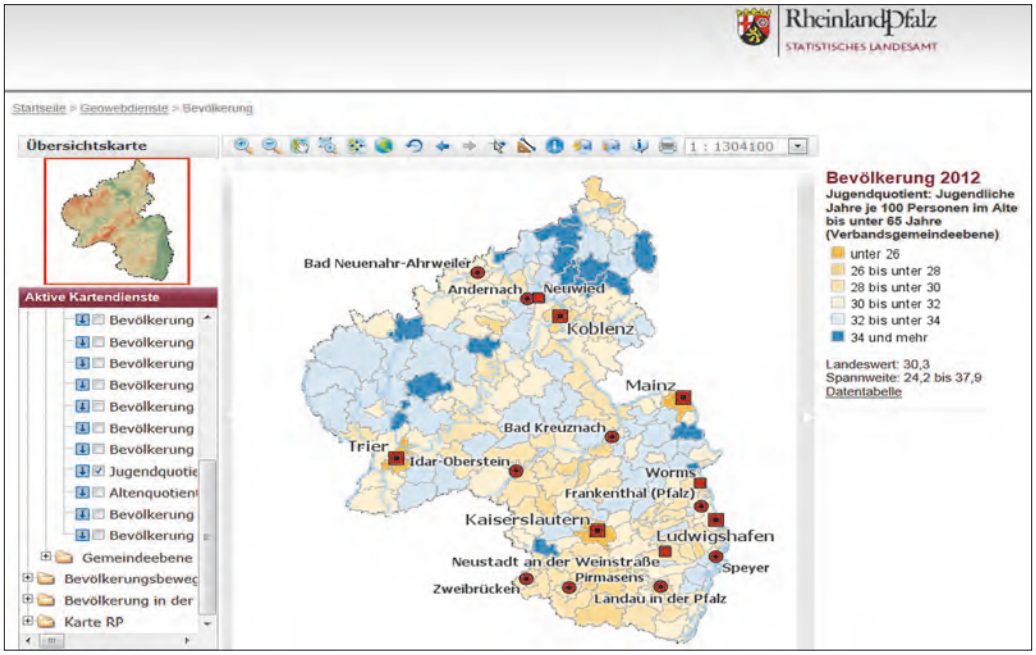
Geowebdienste zur Bevölkerung gibt es für die Ebenen der Landkreise, der Verbandsgemeinden und der Ortsgemeinden, wobei die Nutzerinnen und Nutzer in einem ersten Schritt die Ebene auswählen. Der jeweils aktuelle Bevölkerungsstand wird dann in Form verschiedener Altersgruppen dargestellt – unter drei Jahre, unter 20 Jahre, 20 bis unter 65 Jahre, 65 Jahre und älter sowie 80 Jahre und älter. Die drei mittleren Altersgruppen bilden die gebräuchliche Abgrenzung von „noch nicht erwerbsfähig/-tätig", „erwerbsfähig/-tätig" und „nicht mehr erwerbsfähig/-tätig". Der Jugend- und der Altenquotient – also das Verhältnis der unter 20-Jährigen bzw. der 65-Jährigen und älteren zu den 20- bis unter 65-Jährigen – ergänzen diese Darstellung.

Hilfe bei Planung der Kinderbetreuung und der Pflegeinfrastruktur

Die Gruppe der unter Dreijährigen wurde ausgewählt, weil sie eine wichtige Größe für die Planung der Kindertagesbetreuung sind. Die über 80-Jährigen wurden entsprechend mit Blick auf die Planung der Pflegeinfrastruktur aufgenommen. Für diese Altersgruppen sind – wie bereits erläutert – Kombinationen beispielsweise mit den Standorten von Pflegeeinrichtungen oder Kindertagesstätten denkbar.

Der Block Bevölkerungsbewegung stellt – jeweils für das aktuell verfügbare Jahr – die

S 2 Indikatorenauswahl zum Thema „Bevölkerung“



Zahl der Gestorbenen, der Geborenen sowie der Zu- und der Fortzüge je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner dar. Auf der Verbandsgemeinde- und der Kreisebene wird zusätzlich der Vergleich mit den Werten von vor zehn und von vor 20 Jahren angeboten, und zwar in Form der Veränderungen in Prozent. Der Zeitvergleich auf Ortsgemeindeebene ist wegen der in den kleinen Orten mitunter sehr geringen Fallzahlen und der dadurch bedingten sehr hohen prozentualen Abweichungen nicht sinnvoll.

Verbandsgemeindeebene liefert die brauchbarsten Ergebnisse

Für die Betrachtung der Strukturen und Veränderungen ist ohnehin die Verbandsgemeindeebene die sinnvollste Wahl. In der Kartenansicht sind die rund 200 Gebiete ohne Vergrößerungen auf einen Blick zu erfassen und regionale Schwerpunkte zu identifizieren. Auf dieser Ebene spielt auch die hinterlegte Druckfunktion ihre größte Stärke aus. Die Nutzerinnen und Nutzer können eine PDF-Datei erzeugen, die neben der Karte auch die entsprechende Legende enthält und sich beispielsweise für die Einbindung in Präsentationen oder zum Ausdrucken bis zum Format DIN A3 eignen.

Grenzen der Darstellung

Die Darstellung auf Gemeindeebene stößt in mancherlei Hinsicht an Grenzen. So sind die Strukturen für das gesamte Land wegen der Kleinteiligkeit nur schwer zu erfassen. An dieser Stelle wird die Zoomfunktion interessant. So lässt sich etwa das nähere Umfeld eines bestimmten Ortes betrachten, einschließlich der Möglichkeit, den gewünschten Ausschnitt zu drucken.

Große Spannweiten durch Ausreißer

Die vielen kleinen Gemeinden in Rheinland-Pfalz wirken sich in einigen Fällen nachteilig auf die Bildung der Klassenbreiten aus, insbesondere dort, wo Kenngrößen mithilfe der Bevölkerungszahlen gebildet werden. Wenn die Spannweiten durch Ausreißer nach oben oder unten bestimmt werden – in der Regel sind das kleine Gemeinden – entstehen sehr große Klassenbreiten. Die oberen und unte-

S 3 Indikatorenauswahl zum Thema „Bildung“

ren Klassen sind in diesen Fällen meist sehr schwach besetzt, während sich die Masse der Gebiete in ein oder zwei Klassen ballt. Strukturen werden auf diese Weise nur schwer sichtbar.

Diese Effekte werden bei der Konzeption und Umsetzung der weiteren Themenfelder eine wesentliche Rolle spielen.

Weitere Indikatoren

Derzeit wird an der Umsetzung der Indikatoren aus den Bereichen Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitsmarkt gearbeitet. Soziales, Gesundheit, Zensus 2011, Industrie, Baugewerbe, Handwerk, Landwirtschaft, Bautätigkeit, Verkehr, Tourismus, Kommunalfinanzen, Energie und Umwelt sind die weiteren Themen, die sich für die Darstellung in den Geowebdiensten eignen und in den kommenden Monaten sukzessive ergänzt werden sollen.

„Meine-Heimat-Dienst“

Umfangreiche Daten für alle Kommunen

Neben der Darstellung kleinräumiger Strukturen und Veränderungen versteht das Statistische Landesamt die Geowebdienste auch als Möglichkeit, das regionalstatistische Angebot „Meine Heimat“ über das Geoportal des Landes und andere kompatible Portale zugänglich zu machen. Dazu wurde ein – stark verkürztes – Abbild dieses datenbankgestützten Internetservices geschaffen, der „Meine-Heimat-Dienst“. Über den Infobutton lassen sich per Mausklick ausgewählte Eckdaten zu der jeweils angesteuerten Gemeinde anzeigen. Neben Ergebnissen aus häufig nachgefragten Statistikbereichen enthält die Kurzinfo einen Link zum vollständigen Datenangebot aus „Meine Heimat“ für die ausgewählte Kommune.

Im Geoportal des Landes und anderen kompatiblen Portalen kann der „Meine-Heimat-Dienst“ unter dem Namen (Titel) „Statistik-RP“ aufgerufen werden. Nach Auswahl des Info-Werkzeugs (im GeoPortal.rlp: „Datenabfrage“, im Geoportal.de: „Objektinformationen“) können die Informationen zur angesteuerten Gebietskörperschaft (als sogenannte „GetFeatureInfo“-Anfrage) angezeigt werden.

Martin Vogel, Diplom-Informatiker, leitet das Sachgebiet „IT-Sicherheitsbeauftragter, Geowebdienste – Inspire“. Jürgen Hammerl, Diplom-Sozialwirt, leitet das Referat „Presse, Auskunftsdienst, Vertrieb“.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2012

Im Schnitt deutlich jünger als die übrige Bevölkerung

Von Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2012 haben knapp 20 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Das sind rund 785 000 Menschen. Sie sind entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten. Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als Menschen ohne Migrationshintergrund. Zudem haben sie häufig eine geringere schulische bzw. berufliche Qualifikation als die übrige Bevölkerung und sind in geringerem Maße am Erwerbsleben beteiligt. Mit gut 25 Prozent war die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2012 fast doppelt so hoch wie in der übrigen Bevölkerung.

Mikrozensus als Datengrundlage

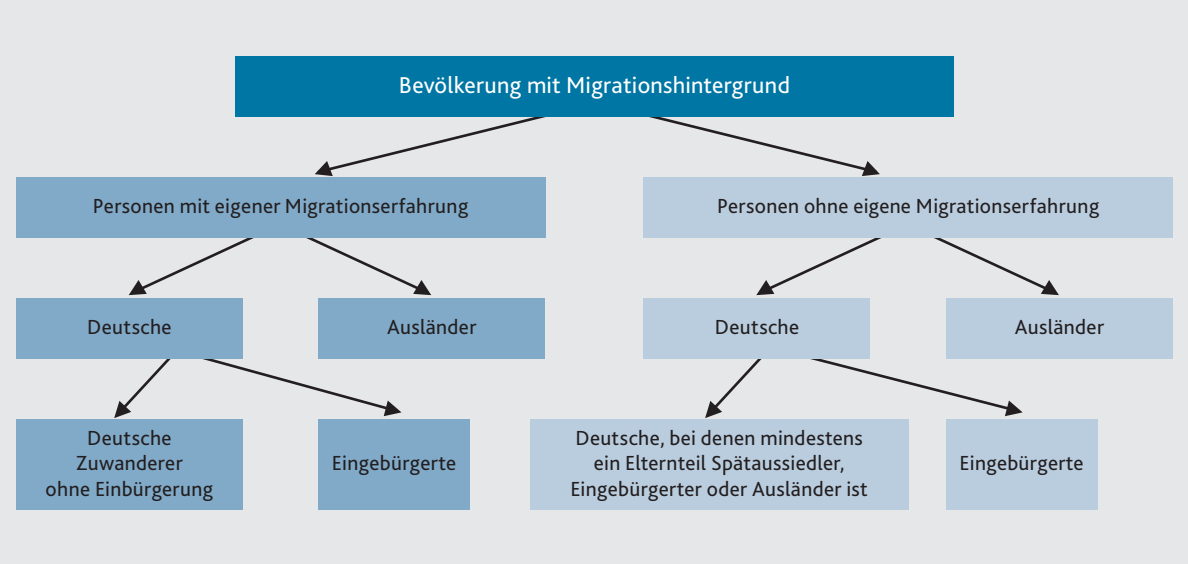
Bis vor wenigen Jahren konnten Untersuchungen zum Thema „Migrationshintergrund" in weiten Teilen nur auf dem „Ausländerkonzept" aufsetzen. Die Zuweisung eines Migrationshintergrundes war lediglich über das Merkmal „Staatsangehörigkeit" möglich. Eine Analyse allein auf der Grundlage des „Ausländerkonzepts" kann aber nur unvollständige Ergebnisse liefern. So werden z. B. eingebürgerte Personen in der Statistik nur noch als Deutsche erfasst, obwohl sie nach herrschender Meinung einen Migrationshintergrund haben oder sogar über eigene Migrationserfahrung verfügen. Nach einer Änderung im Mikrozensusgesetz wurden auch Fragen in die Erhebung aufgenommen, die Aufschluss über die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund geben und darüber hinaus weitere Auswertungen ermöglichen.

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Zu der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören also sowohl Personen mit eigener Migrationserfahrung, als auch Personen, die keine eigene Migrationserfahrung haben. Der detaillierte Migrationsstatus gibt an, zu welcher Gruppe eine Person gehört.[1]

Migrationshintergrund schließt die Migrationserfahrung von Vorfahren begrifflich mit ein

1 Der vorliegende Fachbeitrag befasst sich ausschließlich mit den Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne. Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne" umfasst zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmbarem Migrationsstatus. Sie werden hier nicht berücksichtigt.

Ü 1 Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Fast jede bzw. jeder Fünfte hat Migrationshintergrund

Im Jahr 2012 lebten in den rheinland-pfälzischen Privathaushalten rund vier Millionen Menschen. Von diesen hatten rund 785 000 einen Migrationshintergrund; das waren 19,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Fast jede bzw. jeder Fünfte in Rheinland-Pfalz ist also entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder Nachfahre von Einwanderern.

Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund knapp unter Bundesdurchschnitt

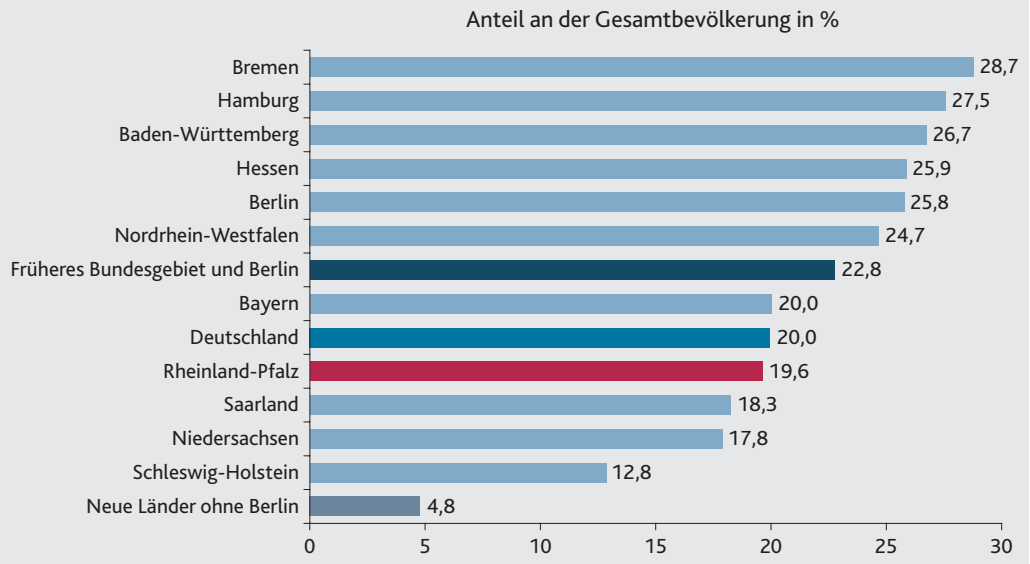
Damit lag der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz nahe am Bundesdurchschnitt (20 Prozent), aber deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer einschl. Berlin (23 Prozent). Mit knapp 29 Prozent bzw. rund 28 Prozent wiesen Bremen und Hamburg die höchsten Anteile auf, in Schleswig-Holstein war der Anteil mit weniger als 13 Prozent unter den alten Bundesländern am niedrigsten.

Hinsichtlich des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich in Deutschland ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. So lag im Jahr 2012 in den neuen Bundesländern der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei 4,8 Prozent und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Grund hierfür dürfte zum einen sein, dass in der Zeit vor der „Wende" nur wenige Ausländerinnen und Ausländer in die DDR eingewandert sind. Zum anderen zogen auch nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nur relativ wenige Ausländerinnen und Ausländer in die neuen Bundesländer. Das hatte vor allem ökonomische Gründe.

Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Rheinland-Pfalz leben, setzte sich 2012 aus 471 100 Personen mit deutscher (zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung) und 313 400 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (7,8 Prozent der Gesamtbevölkerung) zusammen.

G 1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2012 nach Ländern



Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund hat deutsche Staatsangehörigkeit

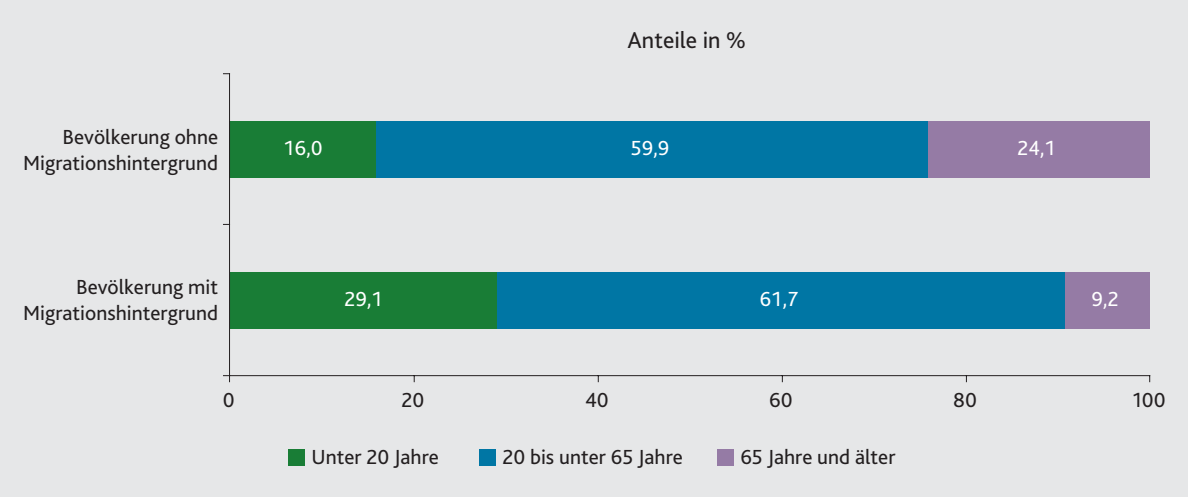
Über eigene Migrationserfahrung verfügten 13 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, d. h. in Rheinland-Pfalz lebten 2012 rund 530 000 Menschen, die in der Vergangenheit aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert sind. In diesem Personenkreis überwiegen die Deutschen (6,9 Prozent der Gesamtbevölkerung) leicht gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern (6,4 Prozent der Gesamtbevölkerung). In der Gruppe der nicht Zugewanderten, also der Personen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung, haben die Deutschen mit 4,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ebenfalls den größeren Anteil gegenüber Ausländerinnen und Ausländern mit 1,5 Prozent. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund dürfte es sich zum überwiegenden Teil um sogenannte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Nachkommen handeln, die vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kamen.

T 1 Bevölkerung 2012 nach detailliertem Migrationsstatus

Bevölkerungsgruppe	Bevölkerung	
	1 000	Anteil in %
Menschen ohne Migrationshintergrund	3 214	80,4
Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne[1]	785	19,6
Zugewanderte (Menschen mit eigener Migrationserfahrung)	530	13,2
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	254	6,4
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	275	6,9
Nicht Zugewanderte (Menschen ohne eigene Migrationserfahrung)	255	6,4
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	59	1,5
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	196	4,9
Insgesamt	3 998	100,0

1 In Abgrenzung hierzu umfasst die Bevölkerungsgruppe „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne" zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmbarem Migrationsstatus.

G 2 Bevölkerung 2012 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen



Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat niedrigeres Durchschnittsalter

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erheblich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund waren 2012 im Durchschnitt 35 Jahre, diejenigen ohne Migrationshintergrund über 46 Jahre alt.

Deutlich höherer Anteil an jüngeren Menschen

Im Ergebnis ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der Jüngeren deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Über 29 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren 2012 jünger als 20 Jahre, während der entsprechende Anteil in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur 16 Prozent betrug. Dagegen war bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren mit 9,2 Prozent deutlich geringer als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (24 Prozent). Die Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren unterschieden sich hingegen kaum.

Vor allem bei Merkmalen wie Bildung und Erwerbstätigkeit, die im Folgenden dargestellt werden, ist das Alter eine wichtige Determinante. Dabei erschweren stark unterschiedliche Altersstrukturen Vergleiche zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Altersspezifische Anteilswerte bzw. Quoten konnten im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht berücksichtigt werden.

Elf Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss

Bei der Erhebung im Jahr 2012 gaben rund elf Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen Schulabschluss zu besitzen.[2] In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil der Personen ohne Schulabschluss dagegen auf lediglich zwei Prozent. Über einen Haupt- oder Volksschulabschluss verfügten rund 37 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund und gut 48 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund.

2 Betrachtet wird hier nur der Bevölkerungsteil, der einen Schulabschluss besitzen kann, d. h. die Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter ohne Personen, die sich noch in allgemeinbildender schulischer Ausbildung befinden. Gleiches gilt für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus" stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährlichen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 180 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

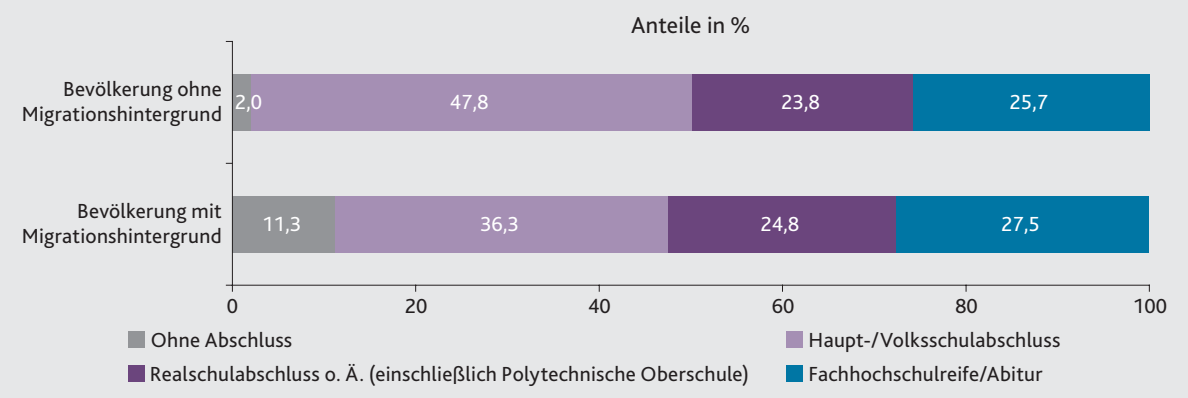
Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung erfolgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 3 Bevölkerung 2012 nach Migrationshintergrund und höchstem schulischen Abschluss



Kaum Unterschiede bei mittlerer und höherer Schulbildung

Im Bereich der mittleren und höheren Schulbildung zeigten sich kaum Unterschiede: Die mittlere Reife erreichten knapp 25 Prozent der Personen mit und fast 24 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund. Einen höheren Bildungsabschluss konnten rund 28 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund und knapp 26 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund vorweisen.

40 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss

Berufliche Bildung wichtig für Integrationserfolg

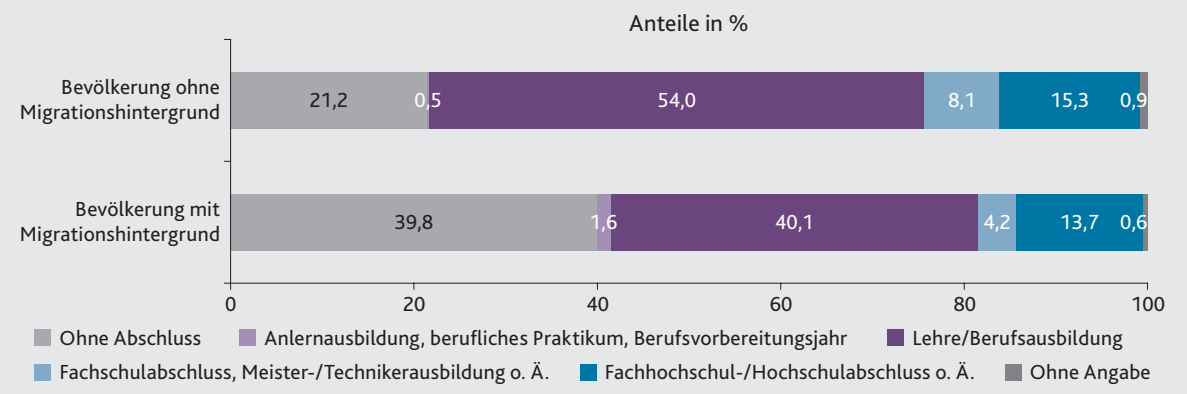
Ein wesentliches Kriterium für die Integration junger Menschen in das Berufsleben und den Arbeitsmarkt ist neben der schulischen auch die berufliche Ausbildung. Die Überwindung der so genannten ersten Schwelle des Arbeitsmarktes, d. h. der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung, ist von großer Bedeutung für die künftigen beruflichen Chancen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus können Menschen mit Migrationshintergrund weitaus seltener einen Berufsabschluss vorweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund.[3]

Bei der Befragung 2012 gaben knapp 40 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen beruflichen Abschluss zu besitzen. Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund betrug dieser Anteil nur gut 21 Prozent. Über eine Anlernausbildung, ein berufliches Praktikum oder ein Berufsvorbereitungsjahr berichteten 0,5 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund und 1,6 Prozent derjenigen mit Migrationshintergrund. Eine Lehre oder eine vergleichbare Berufsausbildung hatten knapp 54 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund absolviert, bei den Menschen mit Migrationshintergrund waren es nur 40 Prozent. Auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die eine Meister- bzw. Technikerausbildung absolviert oder einen Fachschulabschluss erworben haben (4,2 Prozent), ist deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund (8,1 Prozent). Bei den höheren Abschlüssen (Fachhochschul-/Hochschulabschluss bzw. Promotion) fallen die Unterschiede geringer aus: knapp 14 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und gut 15 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund besaßen einen solchen Abschluss. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die schulischen und beruflichen Abschlüsse von Menschen mit

3 Betrachtet werden hier nur diejenigen, die einen Berufsabschluss besitzen können; d. h. die Bevölkerung ab 15 Jahren ohne Schüler, Studierende und Auszubildende.

G 4 Bevölkerung 2012 nach Migrationshintergrund und höchstem beruflichen Abschluss



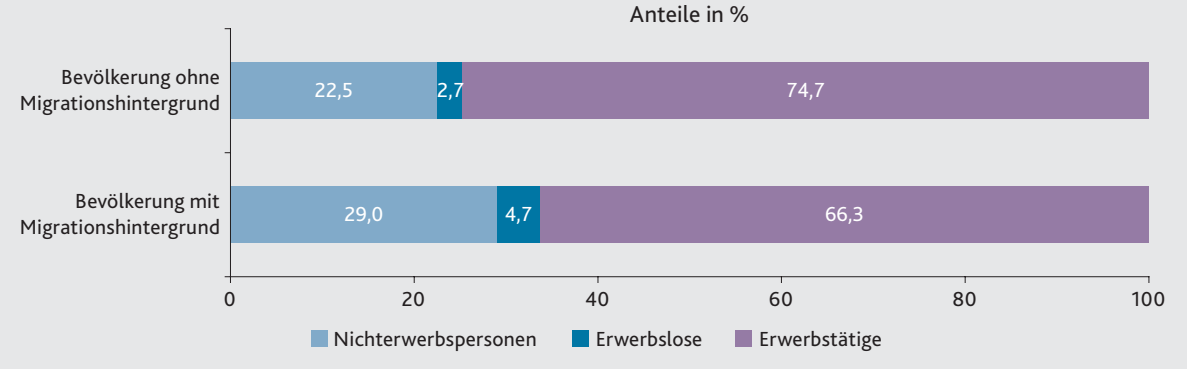
Migrationshintergrund teilweise bereits im Herkunftsland erworben wurden und damit auf dem deutschen Arbeitsmarkt tendenziell weniger gefragt sind.

Menschen mit Migrationshintergrund seltener erwerbstätig

Von den rund 4 Millionen Menschen, die im Jahr 2012 in Rheinland-Pfalz wohnten, waren 2,05 Millionen – also etwas mehr als die Hälfte – Erwerbspersonen. Davon waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1,97 Millionen erwerbstätig und 82 800 erwerbslos.

Menschen mit Migrationshintergrund sind aufgrund der nach wie vor bestehenden Disparitäten bei den erreichten Schul- und Ausbildungsabschlüssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zum Teil deutlich benachteiligt. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen einer Anstellung. Geringqualifizierte stellen dagegen seit Längerem die Hauptproblemgruppe am Arbeitsmarkt in Deutschland dar. Vor dem Hintergrund des sinkenden Bedarfs an gering qualifizierten Arbeitskräften wird sich deren Situation tendenziell weiter verschlechtern. Weil sich unter den Geringqualifizierten überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden, sind diese von der Entwicklung auch stärker betroffen.

G 5 Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2012 nach Migrationshintergrund und Beteiligung am Erwerbsleben



Unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt spiegeln sich in unterschiedlichen Erwerbslosenanteilen wider

Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 2012 häufiger erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund (4,7 Prozent gegenüber 2,7 Prozent).

Auch der Anteil der Nichterwerbspersonen war bei den 15- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund mit 29 Prozent deutlich höher als in der gleichen Altersgruppe ohne Migrationshintergrund (23 Prozent). Entsprechend lag die Erwerbstätigenquote der Menschen ohne Migrationshintergrund zwischen 15 und 65 Jahren in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 bei knapp 75 Prozent und damit deutlich über der Erwerbstätigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund gleichen Alters (66 Prozent).

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig

Die soziale und wirtschaftliche Lage wird maßgeblich von der beruflichen Situation bestimmt, welche wiederum in starkem Maße von der Qualifikation abhängig ist. Auch die Stellung im Beruf wird im Wesentlichen von der Qualifikation bestimmt. Dem Mikrozensus 2012 ist zu entnehmen, dass Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell andere berufliche Positionen bekleiden als Personen ohne Migrationshintergrund.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig

Ein Großteil der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren ohne Migrationshintergrund, nämlich knapp 61 Prozent, arbeitete 2012 als Angestellte. 17 Prozent waren als Arbeiterinnen

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

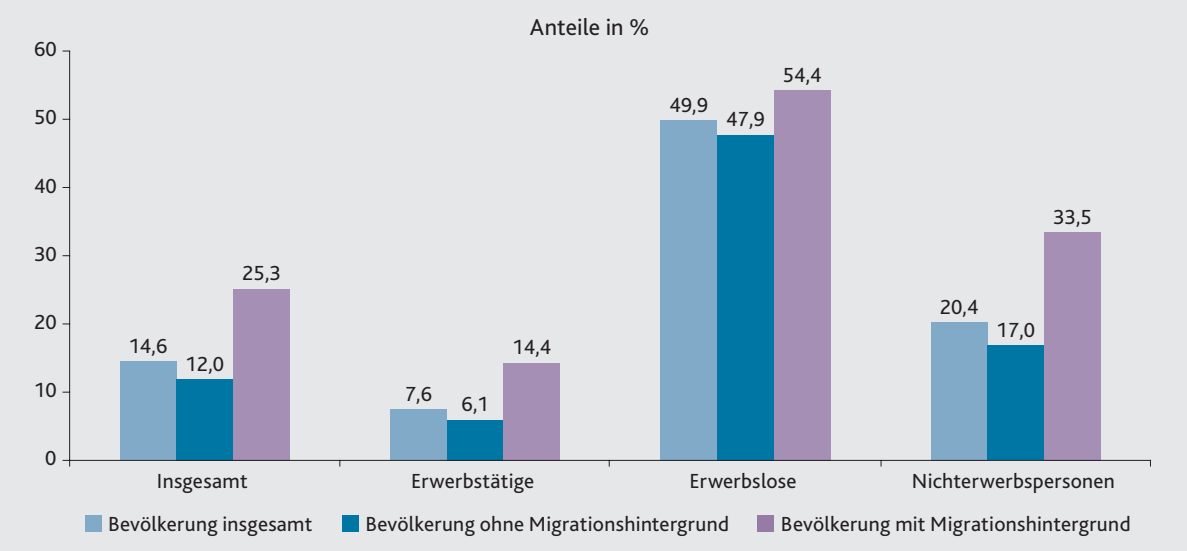
Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige
Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung" im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten.

Erwerbslose
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und z. Z. nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos" ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen
Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

G 6 Armutsgefährdungsquoten 2012 nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung



und Arbeiter und 7,7 Prozent als Beamtinnen und Beamte tätig. Jede bzw. jeder Zehnte dieser Bevölkerungsgruppe ging einer selbstständigen Tätigkeit nach, 0,5 Prozent waren mithelfende Familienangehörige. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren dagegen deutlich häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig (35 Prozent) als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund. Der höhere Arbeiteranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beruht hauptsächlich auf der geringeren Qualifikation, die ein Großteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund aufweist.

Vor allem Angestellte (49 Prozent) waren in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vergleichsweise seltener vertreten. Bei den Selbstständigen (9,3 Prozent) unterschieden sich die Anteilswerte hingegen kaum.

In geringerem Umfang waren Erwerbstätige mit Migrationshintergrund als Beamtinnen bzw. Beamte beschäftigt. Letzteres dürfte mit den gesetzlichen Zugangsbeschränkungen zu Beamtenpositionen zusammenhängen, für die in der Regel die deutsche oder zumindest eine EU-Staatsangehörigkeit gefordert ist.

Höhere Armutsgefährdung

Das im Durchschnitt geringere berufliche Ausbildungsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund führt nicht nur zu geringeren Arbeitsmarktchancen, es hat auch ein geringeres Einkommen bzw. eine höhere Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zur Folge.

Jede bzw. jeder Vierte mit Migrationshintergrund gilt als armutsgefährdet

Im Ergebnis weisen Personen mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko[4] auf. Mit einer Armutsgefährdungsquote von gut 25 Prozent lag der Wert mehr als doppelt so hoch wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (zwölf Prozent). Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung lag 2012 bei 15 Prozent.

4 Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren deutlich häufiger als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund lag 2012 bei 14 Prozent. Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund wiesen demgegenüber eine Armutsgefährdungsquote von 6,1 Prozent auf. Von den Nichterwerbspersonen mit Migrationshintergrund galt sogar rund jeder Dritte als armutsgefährdet. Von den Nichterwerbspersonen ohne Migrationshintergrund traf dies hingegen nur auf jeden Sechsten zu. In besonderem Maße armutsgefährdet waren Erwerbslose, unabhängig davon, ob es sich um Erwerbslose mit oder ohne Migrationshintergrund handelt.

Fazit

Migration und Integration sind für unsere Gesellschaft in hohem Maße bedeutsam. Im statistischen Vergleich wird deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Qualifikation ungünstiger abschneiden und weniger Erfolg am Arbeitsmarkt haben. Dies wirkt sich offenbar auch auf die Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund aus. Sie sind deutlich stärker armutsgefährdet als die übrige Bevölkerung. Dies trifft auch dann zu, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M.A.), leitet das Referat „Mikrozensus, Haushaltserhebungen“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Bessere Stimmung in den Unternehmen

Geschäftsklimaindex steigt

Trotz widriger Rahmenbedingungen hat sich die Stimmung in den Unternehmen in Deutschland im April verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex erhöhte sich um 0,5 auf 111,2 Punkte. Ursache hierfür waren im Wesentlichen deutlich bessere Erwartungen über den weiteren Geschäftsverlauf; der Erwartungsindex stieg um 0,9 Punkte. Angesichts der Krise in der Ukraine und drohender Wirtschaftssanktionen gegen Russland kam diese Verbesserung für viele Konjunkturexperten unerwartet. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage blieb nahezu unverändert. Der Lageindex erhöhte sich um lediglich 0,1 Punkte. Im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Großhandel war die Stimmung besser als im Vormonat. Im Einzelhandel hat sich das Klima verschlechtert.

ZEW-Index gibt weiter nach

Die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten, die monatlich vom ZEW Mannheim befragt werden, haben sich im April dagegen weiter verschlechtert. Der ZEW-Indexwert gab auf 43,2 Punkte nach. Die Einschätzung der Finanzmarktexperten wurde offensichtlich stärker durch den Konflikt in der Ukraine beeinflusst. Der Indikator liegt trotz des vierten Rückgangs in Folge immer noch deutlich über dem langfristigen Mittelwert von 24,6 Punkten.

Stimmung der Verbraucher unverändert

Bei den Konsumenten in Deutschland zeigt die Stimmungslage auch im April keine eindeutige Tendenz. Die Einkommenserwartung der Verbraucher hat sich verbessert und ist auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung gestiegen. Die Konjunkturerwartung und die Anschaffungsneigung verringerten sich dagegen. Der Prognosewert des GfK-Konsumklimaindex für Mai liegt unverändert bei 8,5 Punkten.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge rückläufig

Die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes basieren, zeigen im Berichtsmonat Februar 2014 einen Produktionsrückgang gegenüber dem Vormonat an. Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten einen geringeren Output. Zudem war die Auftragslage ungünstiger als im Januar: Zwar gingen im Februar mehr Bestellungen aus dem Inland ein, die kräftigere Abnahme der Auftragseingänge aus dem Ausland führte jedoch insgesamt zu einer sinkenden Nachfrage.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: –1,4 Prozent

Im Februar 2014 lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie um 1,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Im Vergleich zum Februar 2013 fiel der Güterausstoß allerdings höher aus (+2,3 Prozent).

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: –0,4 Prozent

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes 2013: 56 Prozent). Im Februar 2014 war der bereinigte Output der Hersteller von Vorleistungsgütern um 0,4 Prozent geringer als im Vormonat. Gegenüber Januar 2013 konnte die Produktion hingegen um 4,6 Prozent gesteigert werden.

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: –2,8 Prozent

Auch die Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuert, produzierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt weniger als im Januar (–2,8 Prozent). Gegenüber Februar 2013 ging der Output ebenfalls zurück (–0,4 Prozent).

Produktion in der Konsumgüterindustrie: –1,9 Prozent

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil: 18 Prozent) fiel der bereinigte Produktionsindex im Februar um 1,9 Prozent niedriger aus als im Januar. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein geringes Plus von 0,3 Prozent.

Produktion in der Chemischen Industrie: –1,9 Prozent

Die Chemische Industrie, die mit einem Umsatzanteil von einem Drittel die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz ist, stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Der Ausstoß an chemischen Erzeugnissen blieb im Februar preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,9 Prozent hinter der Produktion des Vormonats zurück. Im Vergleich zum Februar 2013 verbesserte sich das Ergebnis hingegen um 3,1 Prozent.

Produktion im Fahrzeugbau: –8,3 Prozent

Im Investitionsgüterbereich ist der Fahrzeugbau die bedeutendste Branche (Umsatzanteil: 14 Prozent). Er verzeichnete im Februar preis-, kalender- und saisonbereinigt einen kräftigen Produktionsrückgang (–8,3 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat gab es ebenfalls starke Einbußen (–11 Prozent).

Produktion im Maschinenbau: +3,4 Prozent

Allein im Maschinenbau, der ebenfalls zum Investitionsgüterbereich zählt und 2013 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, wurde im Februar mehr produziert: Der Güterausstoß war 3,4 Prozent höher als im Januar und überstieg das Ergebnis des Vorjahresmonats um elf Prozent.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe: –2 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Februar 2014 fiel das Volumen an neuen Aufträgen preis-, kalender- und saisonbereinigt um zwei Prozent niedriger aus als im Monat zuvor. Dieser Rückgang ist auf die nachlassende Auslandsnachfrage zurückzuführen (–4,4 Prozent), die durch den Anstieg der Bestellungen aus dem Inland um 1,2 Prozent nicht ausgeglichen werden konnte. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stellte sich die Auftragslage günstiger dar (+2,9 Prozent). Die Auslandsnachfrage fiel um 3,5 Prozent höher aus als ein Jahr zuvor; aus dem Inland kamen 1,9 Prozent mehr Aufträge.

Sinkende Auftragseingänge in allen Industriehauptgruppen

Im Februar 2014 wurden die Erzeugnisse aller drei Industriehauptgruppen preis-, kalender- und saisonbereinigt weniger nachgefragt als im Vormonat. Den kräftigsten Rückgang mussten die Hersteller von Konsumgütern hinnehmen (–5,9 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten waren die Einbußen mit –2,1 bzw. –1,1 Prozent geringer. Im Vergleich zum Vorjahresmonat verbuchten Vorleistungs- und Investitionsgüterhersteller steigende Auftragszahlen: Im Februar 2014 wurden 4,9 Prozent mehr Vorleistungsgüter und 1,9 Prozent mehr Investitionsgüter bestellt als ein Jahr zuvor. Allein im Konsumgüterbereich war die Nachfrage niedriger als im Februar 2013 (–3,4 Prozent).

Auftragseingänge in der Chemischen Industrie: –0,9 Prozent

Die Chemische Industrie musste im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verschlechterung ihrer Auftragslage hinnehmen (–0,9 Prozent). Ursache ist ein Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland (–1,4 Prozent); die Bestellungen aus dem Inland blieben gegenüber Januar fast unverändert (–0,1 Prozent). Allerdings konnten im Vergleich zum Februar 2013 deutlich mehr Aufträge akquiriert werden (+5 Prozent).

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: +2,2 Prozent

Unter den drei großen Branchen im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe verzeichnete allein der Fahrzeugbau einen Nachfrageanstieg. Die Auftragseingänge nahmen gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,2 Prozent zu, wobei sich Inlands- und Auslandsnachfrage gegenläufig entwickelten: Während die Bestellungen aus dem Inland kräftig um 18 Prozent anzogen, ging das Auslandsgeschäft um 9,4 Prozent zurück. Im Vergleich zum Februar 2013 war das Auftragsvolumen im Berichtsmonat deutlich niedriger (–10 Prozent).

Auftragseingänge im Maschinenbau: –1,5 Prozent

Im Maschinenbau gingen die bereinigten Auftragseingänge im Februar 2014 leicht zurück (–1,5 Prozent). Die Nachfrage aus dem Inland gab um 2,1 Prozent und das Ordervolumen aus dem Ausland um 1,4 Prozent nach. Trotz des kurzfristigen Rückgangs stellte sich die

Auftragslage wesentlich günstiger dar als ein Jahr zuvor (+21 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe rückläufig

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: –7,9 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Februar 2014 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 7,9 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich dagegen ein Auftragsplus von 7,1 Prozent.

Auftragseingänge im Hochbau: –11 Prozent

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2013: 48 Prozent) war im Februar gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um elf Prozent zu verzeichnen. Vor allem im gewerblichen Hochbau (–23 Prozent) mussten die Unternehmen kräftige Auftragseinbußen hinnehmen. Im Wohnungsbau belief sich das Minus gegenüber Januar auf 5,9 Prozent. Lediglich im öffentlichen Hochbau war ein leichtes Auftragsplus zu verzeichnen (+1,5 Prozent). Im Vergleich zum Februar 2013 sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau deutlich gestiegen (+8,5 Prozent). Besonders stark erhöhten sich die Bestellungen im gewerblichen Hochbau (+18 Prozent). Im öffentlichen Hochbau war ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen (+5,9 Prozent). Dagegen gab es im Wohnungsbau einen Rückgang um 2,8 Prozent.

Auftragseingänge im Tiefbau: –4,3 Prozent

Im Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 52 Prozent) waren im Februar im Vormonatsvergleich sinkende Auftragseingänge zu verzeichnen (–4,3 Prozent). In den Bereichen des Tiefbaus zeigten sich nur geringe Unterschiede. Den höchsten Rückgang meldete der öffentliche Tiefbau (–5,5 Prozent), den niedrigsten der Straßenbau (–4,2 Prozent). Gegenüber Februar 2013 erhöhten sich die Bestellungen im Tiefbau bereinigt um 5,8 Prozent. Starke Zuwächse gab es vor allem im gewerblichen Tiefbau (+13 Prozent). Aber auch der Straßenbau konnte sein Vorjahresergebnis verbessern (+7,6 Prozent). Im öffentlichen Tiefbau lagen die Auftragseingänge dagegen unter dem Vorjahresniveau (–1,5 Prozent).

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatzsteigerungen im Kfz-Handel und im Großhandel

Umsatz im Einzelhandel: –1,2 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) wies im Januar 2014 einen Rückgang um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Damit werden im Einzelhandel bereits seit August 2012 sinkende Umsatzzahlen registriert.

Umsatz im Kfz-Handel: +7,7 Prozent

Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete im Januar 2014 ein Umsatzplus von 7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Bereits von August bis Dezember 2013 waren die bereinigten Umsätze im Kraftfahrzeughandel in einem Bereich von +0,3 bis +5,4 Prozent gestiegen. Davor hatte es seit Dezember 2011 rückläufige Umsatzzahlen gegeben.

Umsatz im Großhandel: +1,4 Prozent

Im Großhandel sind die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Januar 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,4 Prozent gestiegen. Seit Mai 2013 schwanken die Änderungsraten in einem engen Korridor zwischen –2,4 und +2,6 Prozent.

Umsatz im Gastgewerbe: –8,1 Prozent

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Januar 2014 gegenüber dem Vorjahreswert um 8,1 Prozent. Die Umsätze sind in diesem Wirtschaftsbereich seit Januar 2012 rückläufig.

Jahresteuerungsrate im April bei 1,3 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex weiterhin deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im April 2014 um 1,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich die Teuerung wieder geringfügig erhöht (März 2014: +1,1 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz seit Januar 2013 unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke.

Bei den Energiepreisen (–1,4 Prozent) zeigten sich auch im April 2014 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise mit +3,8 Prozent weiter anzogen, waren Heizöl (–4,9 Prozent) und Kraftstoffe (–4,6 Prozent) deutlich günstiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie" wies einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" (+4,8 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (+4,3 Prozent), „Gesundheitspflege" (+2,5 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen" (+1,7 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Bildungswesen" (–0,2 Prozent), „Verkehr" (–0,6 Prozent) sowie „Nachrichtenübermittlung" (–1,4 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosenzahl im April gesunken

Zahl der Arbeitslosen niedriger als im Vormonat

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im April weiter verbessert. Im April waren 117 400 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosenzahl um 5 000 Personen gesunken (–4,1 Prozent). Im Vergleich zum April 2013 hat sich ihre Zahl um etwa 1 200 Personen verringert (–1 Prozent).

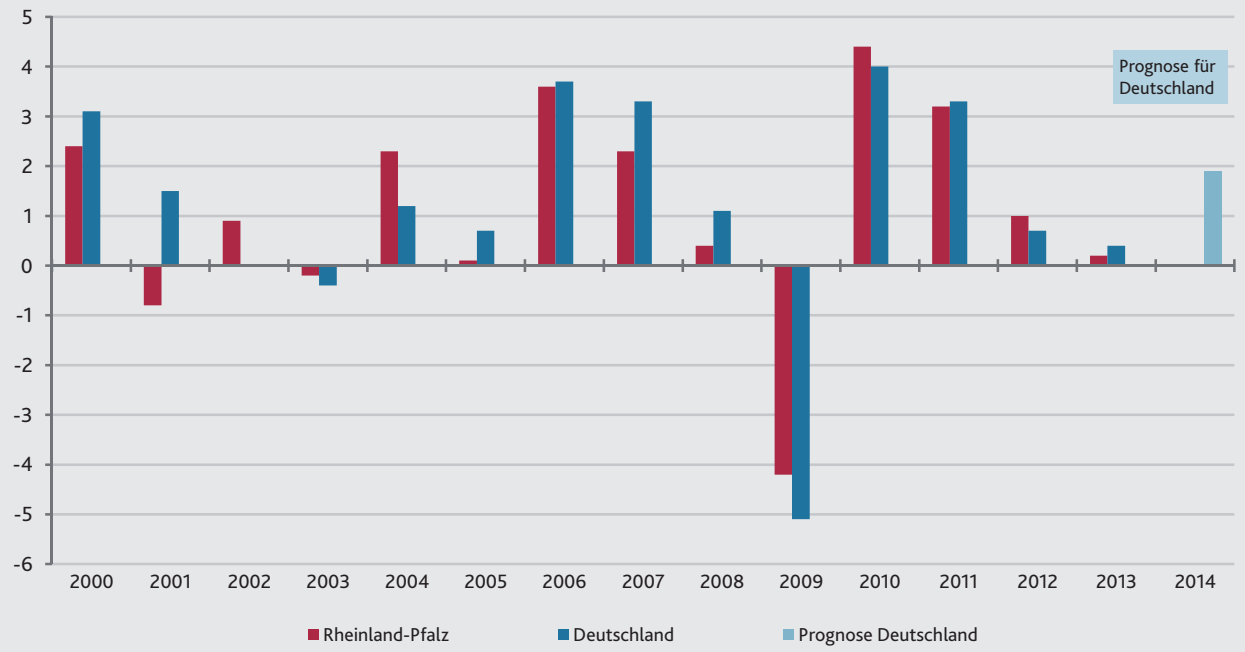
Arbeitslosenquote sinkt auf 5,5 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen ist im April 2014 auf 5,5 Prozent gesunken. Im Vormonat lag die Quote bei 5,7 Prozent; im April 2013 hatte sie 5,6 Prozent betragen.

Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit ist diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit typisch für den Monat April.

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum". Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen" tätig.

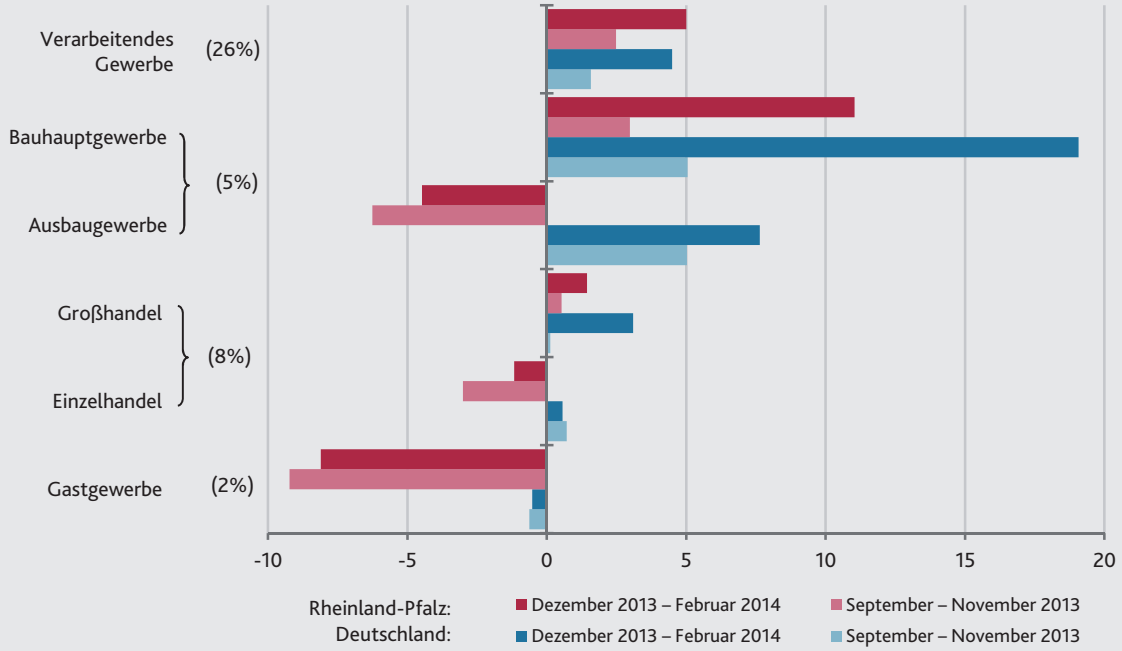
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2014; nächster Fortschreibungstermin: September 2014. Quelle Prognosewert 2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2,3] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

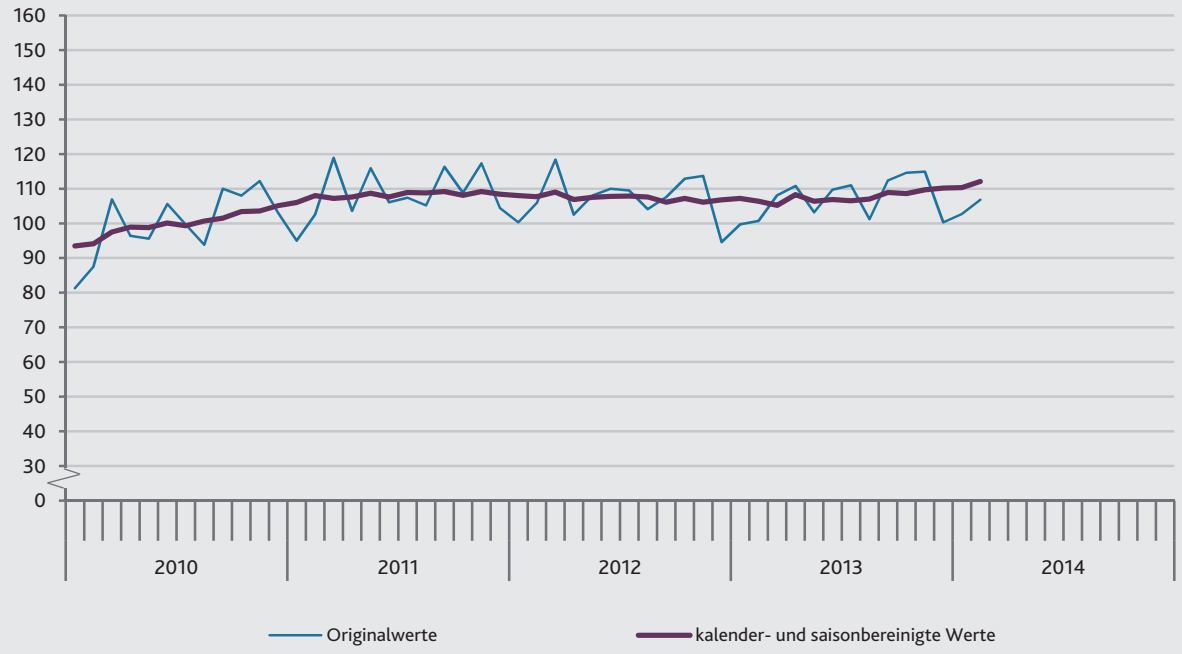


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

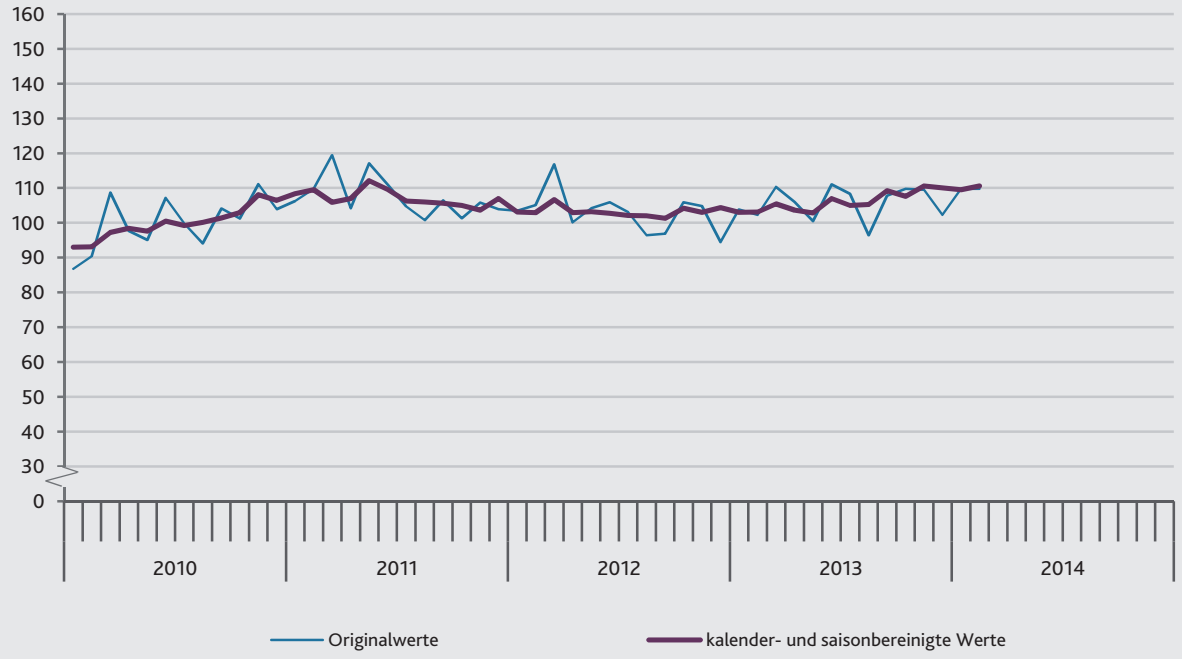


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

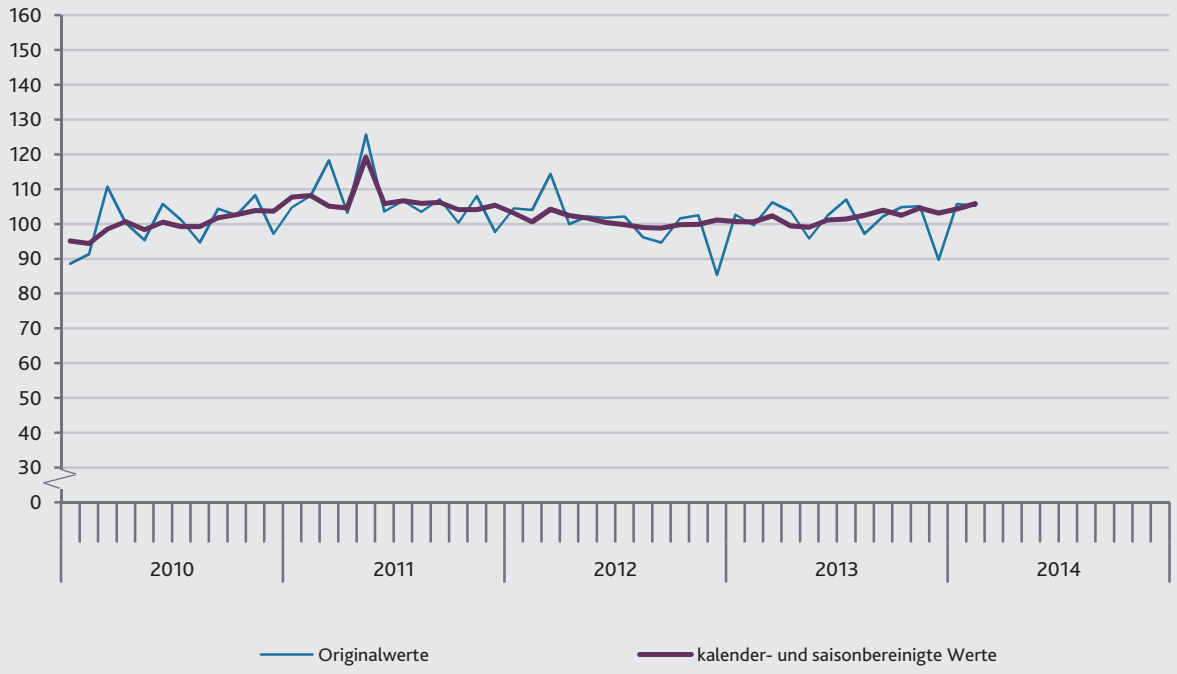
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

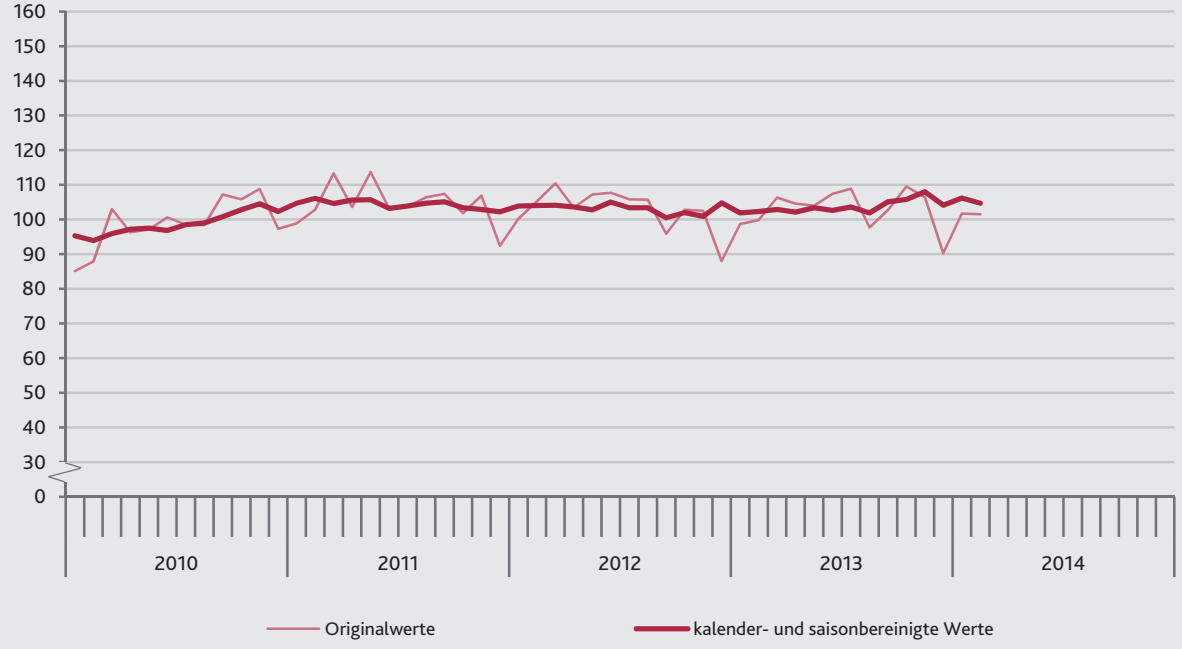
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

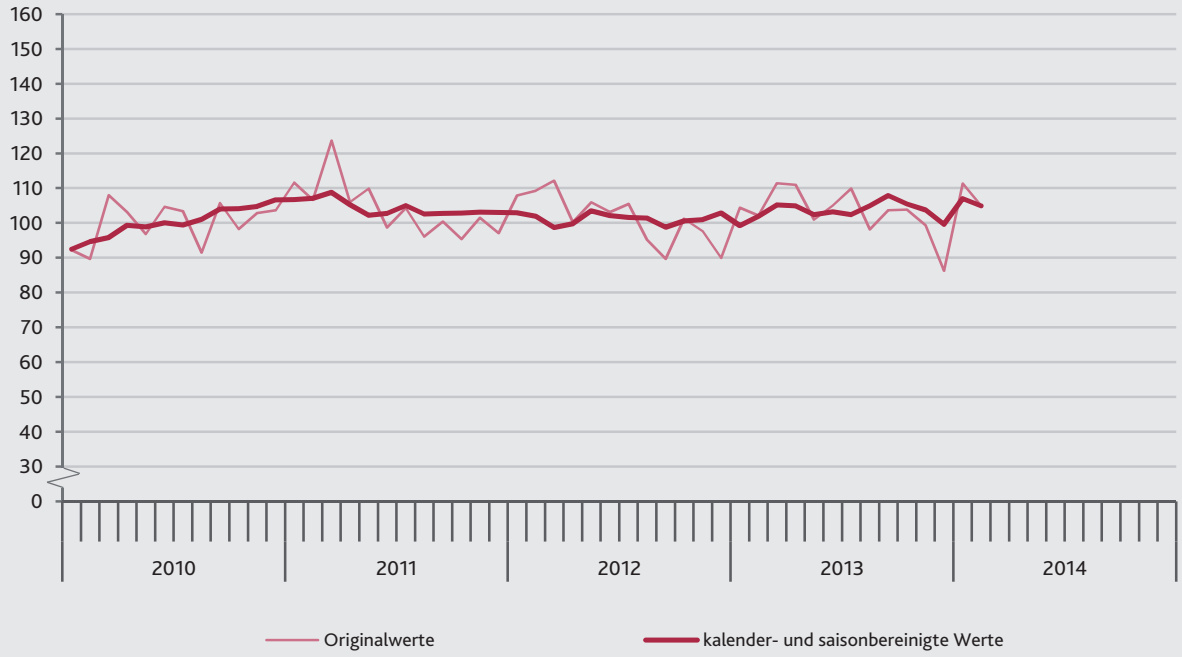
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

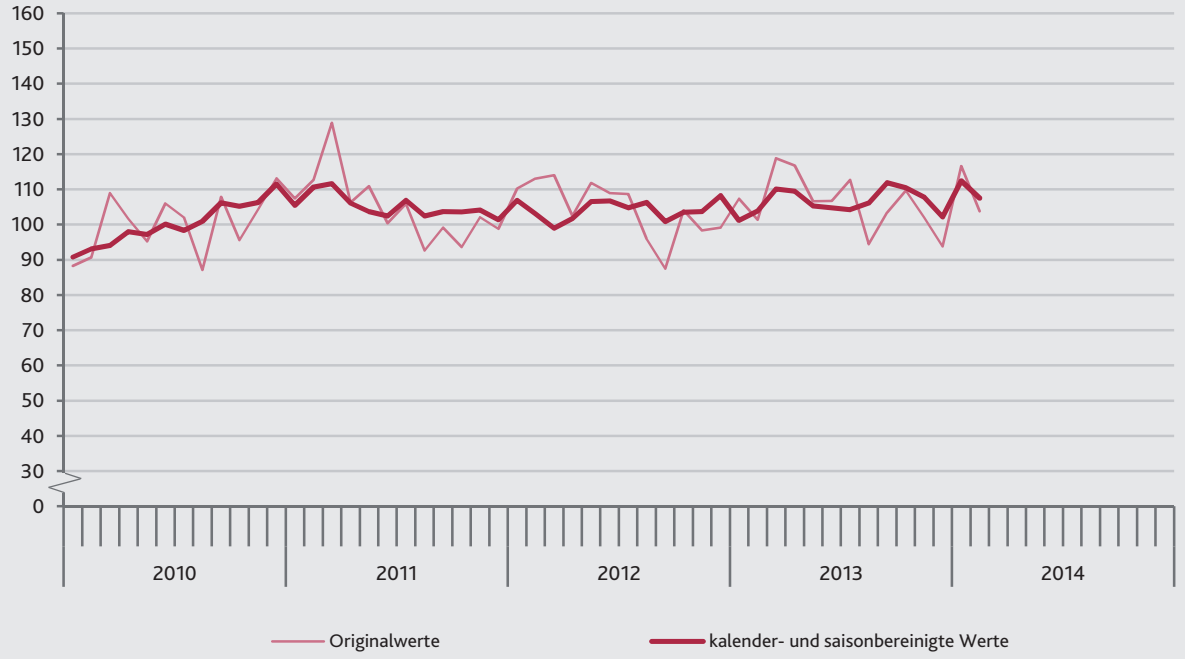
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

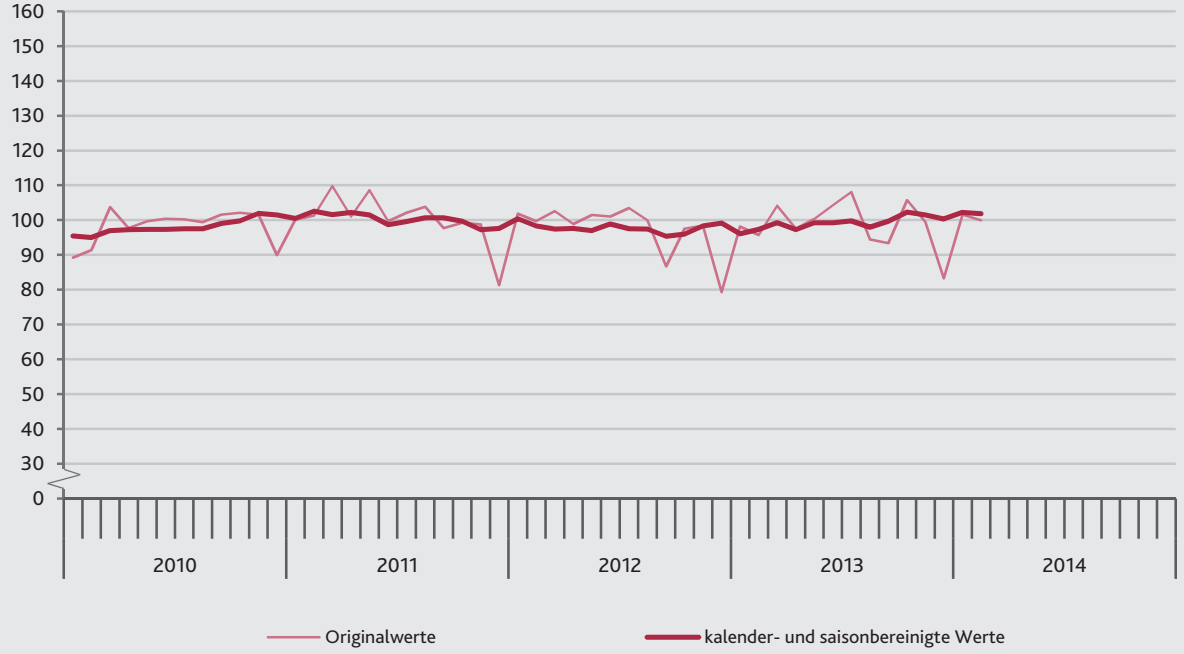
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

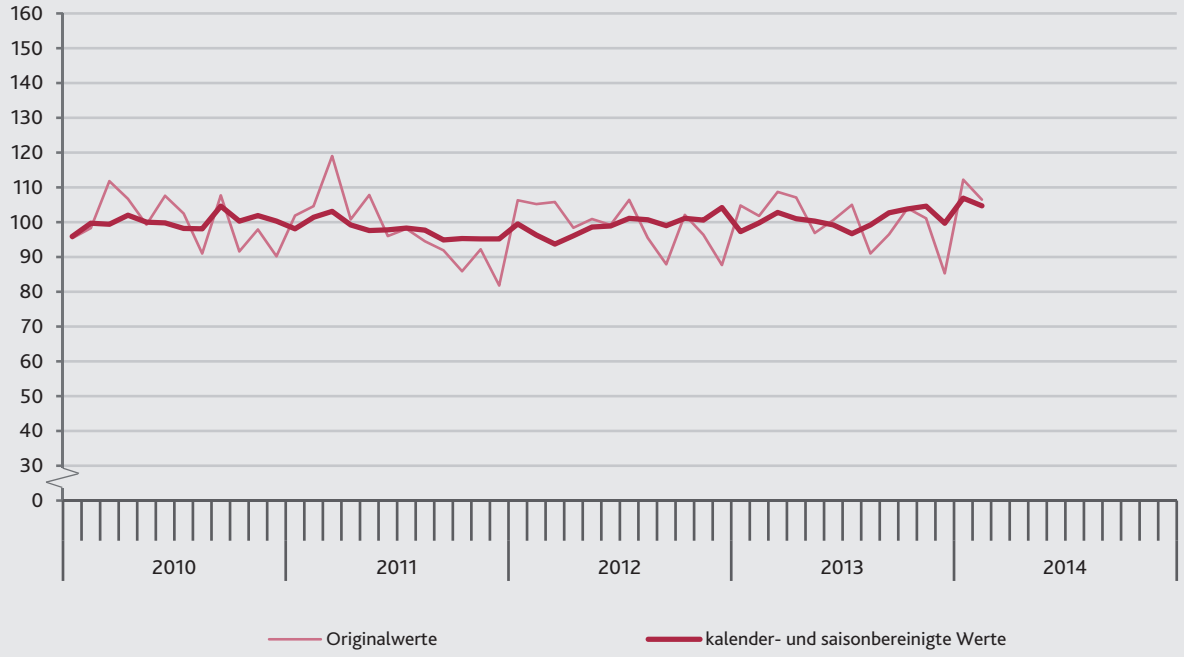
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

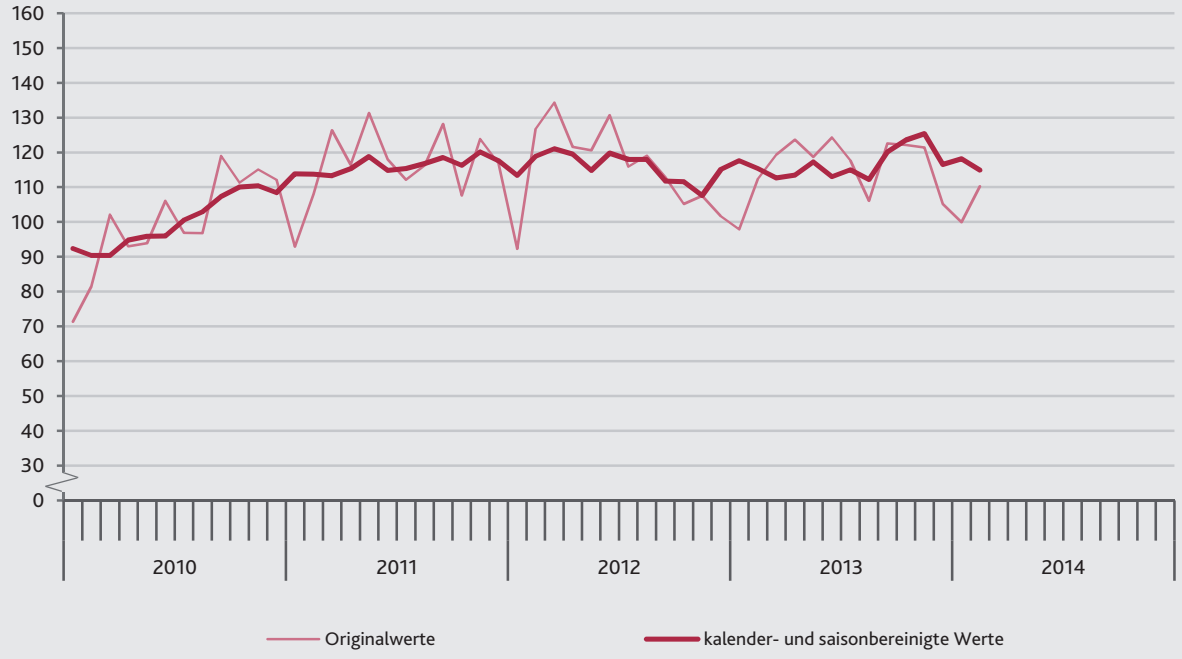
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

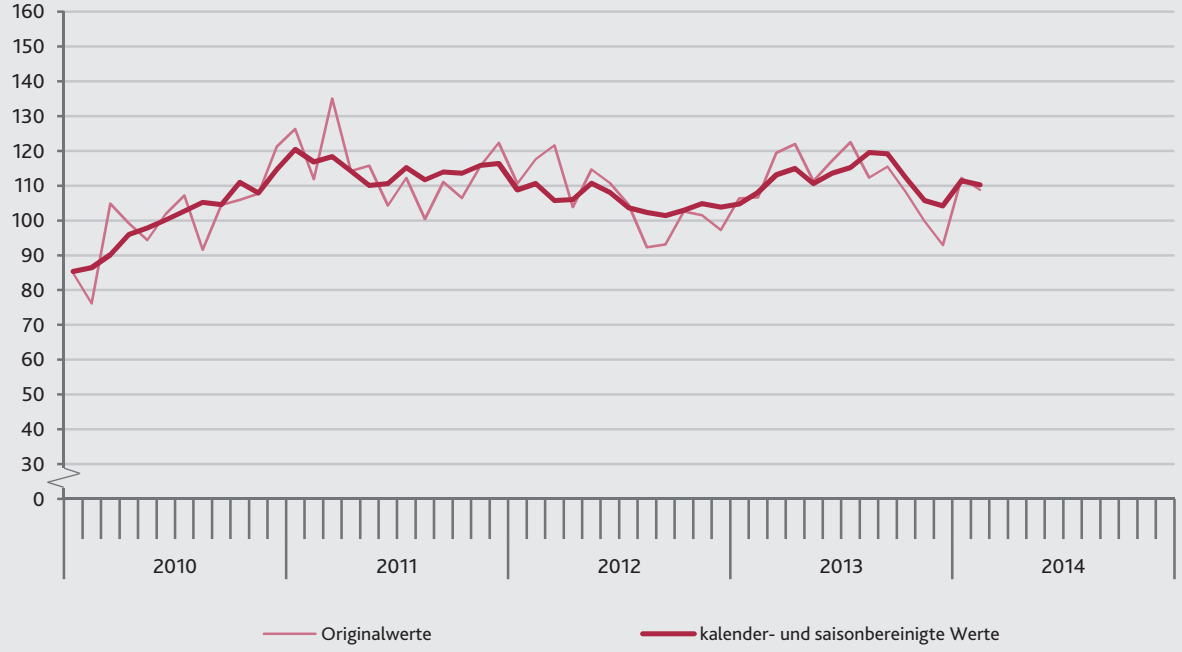
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

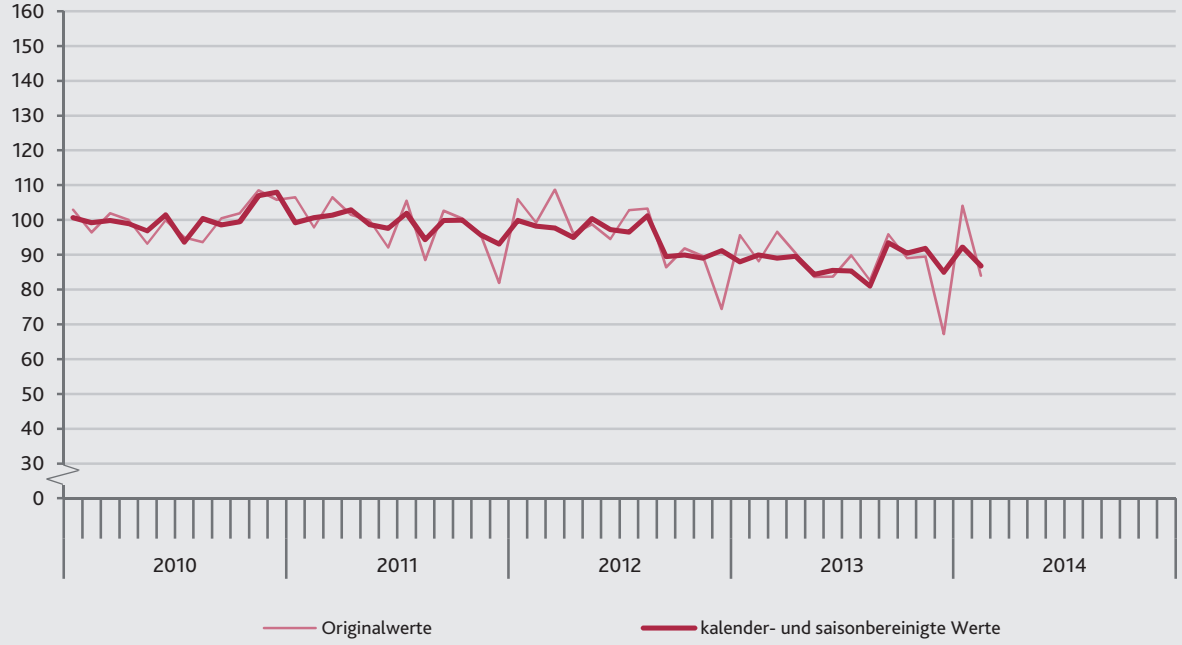
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

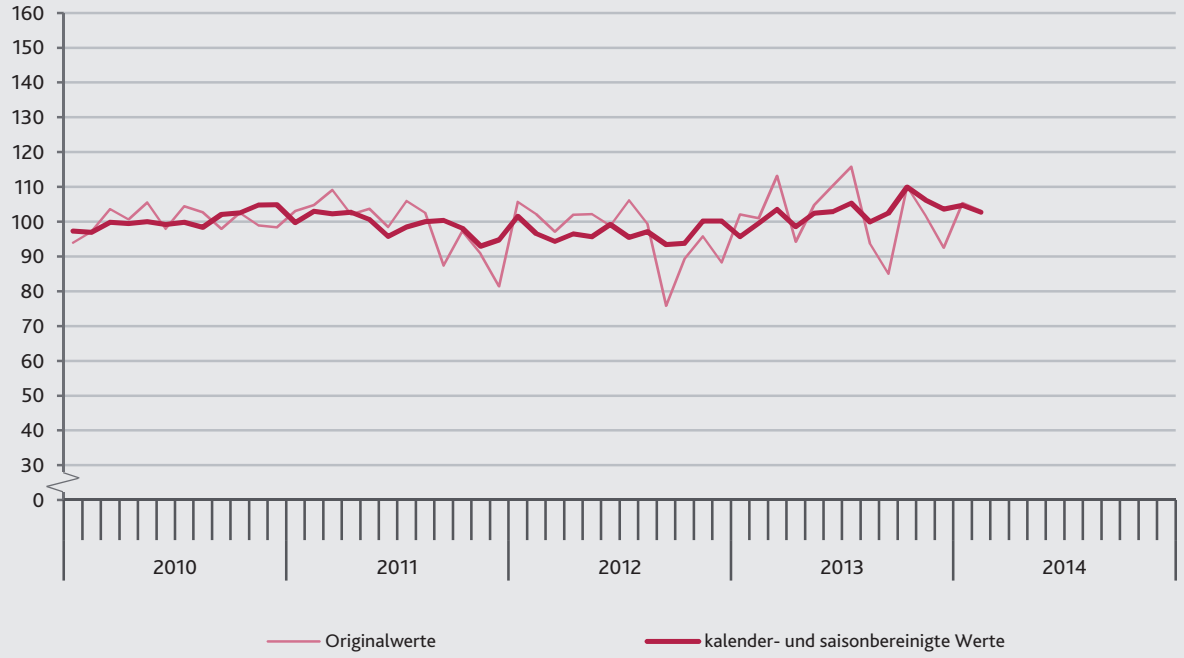
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

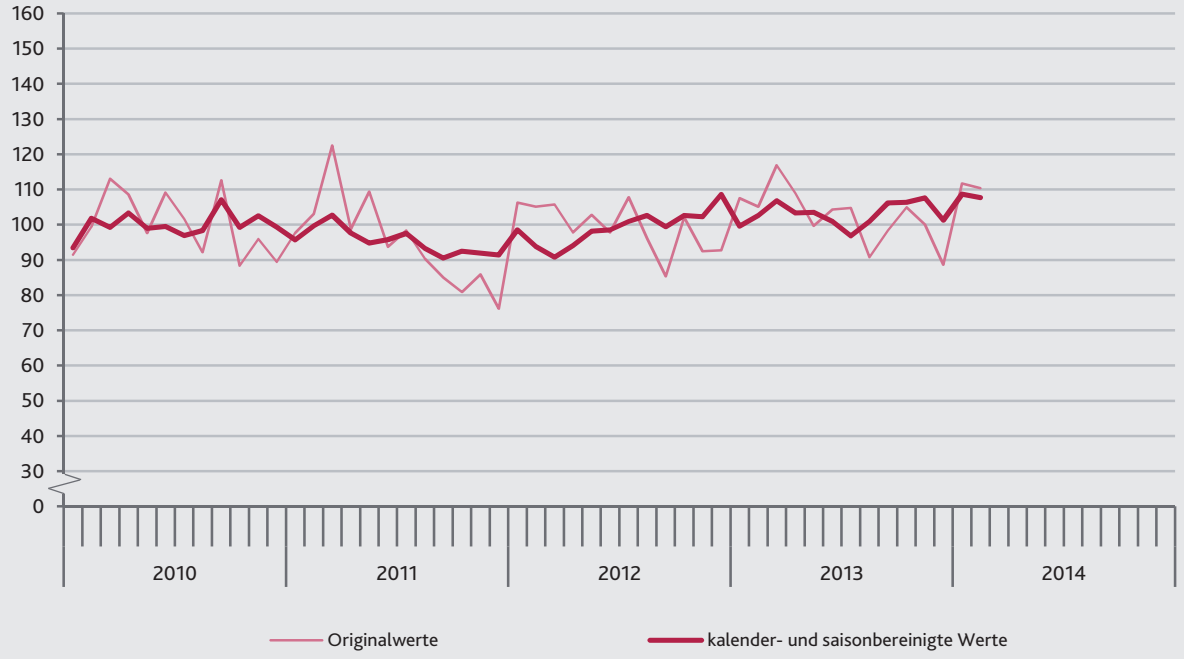
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

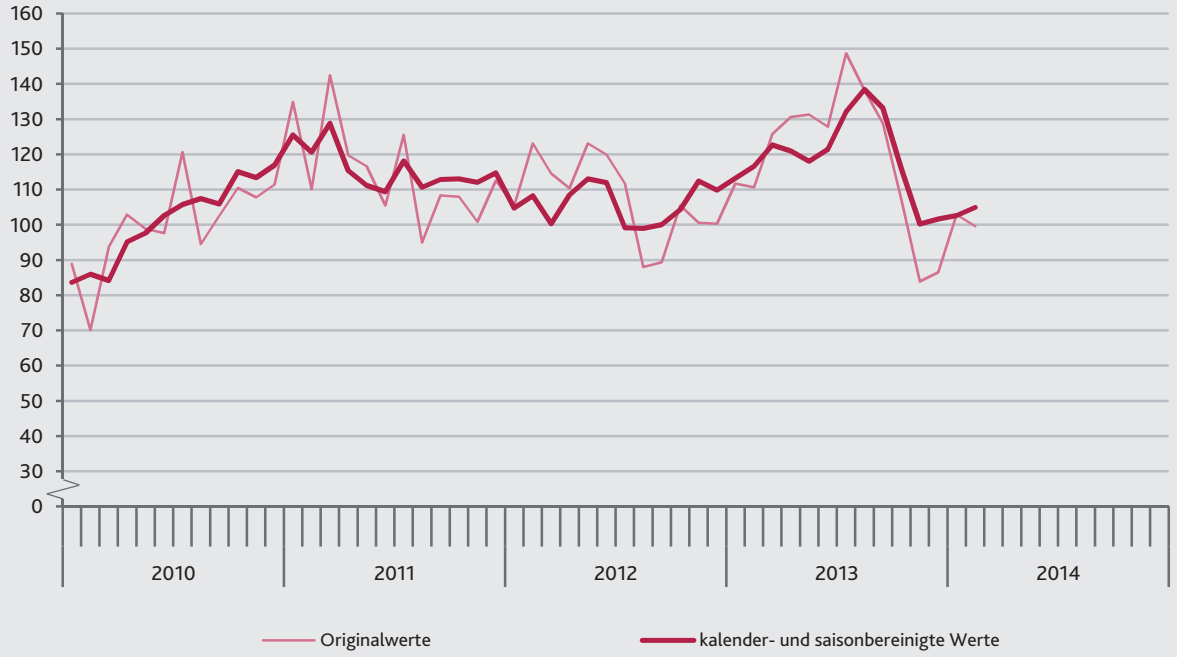
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

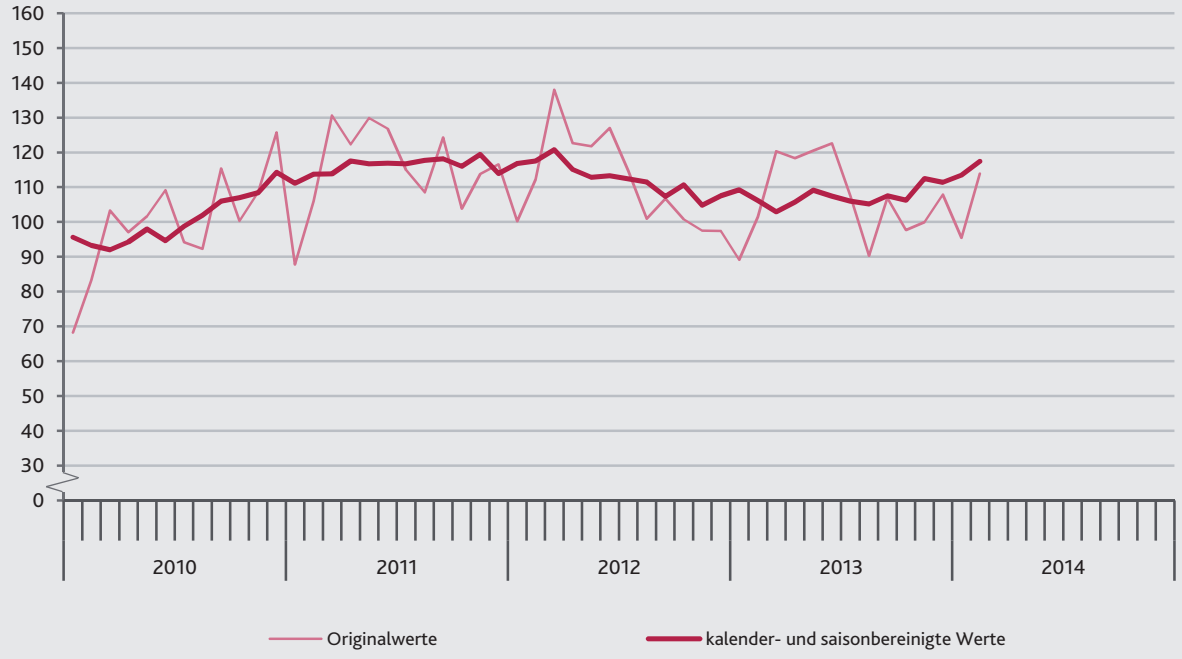
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

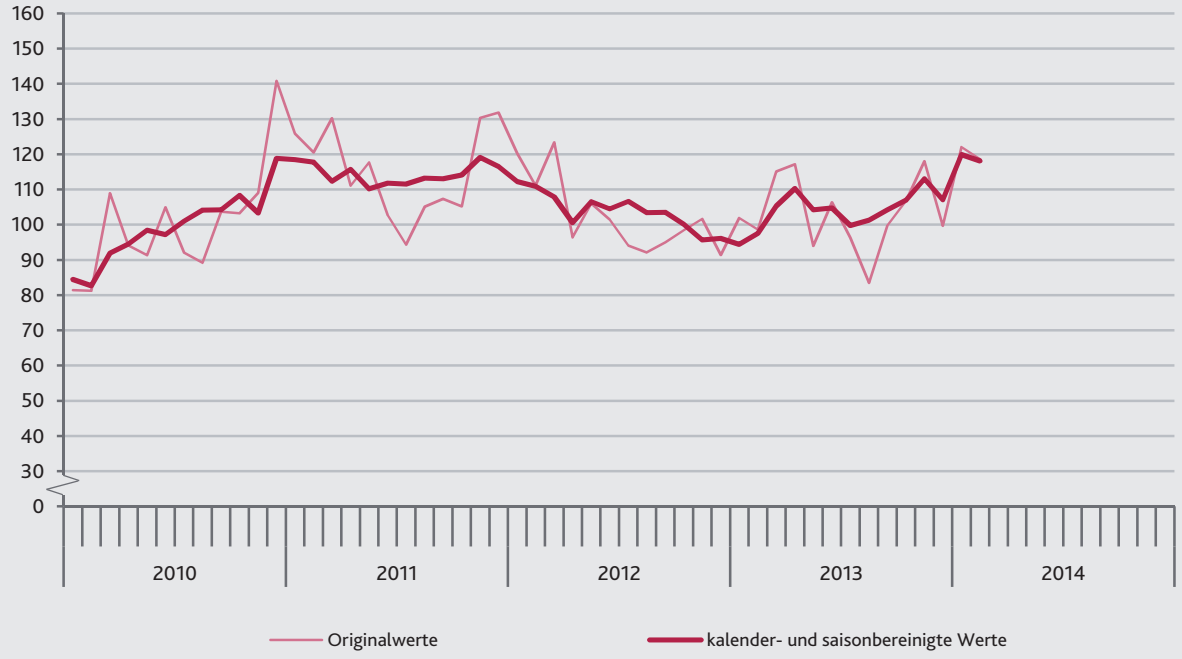
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

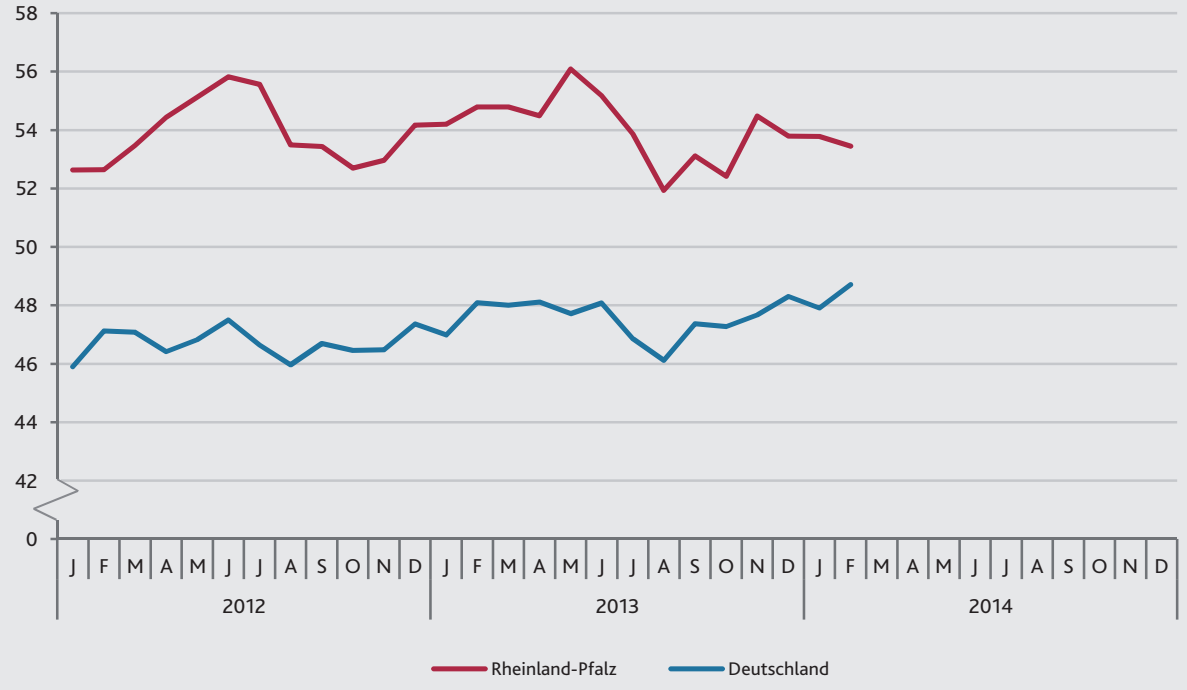
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

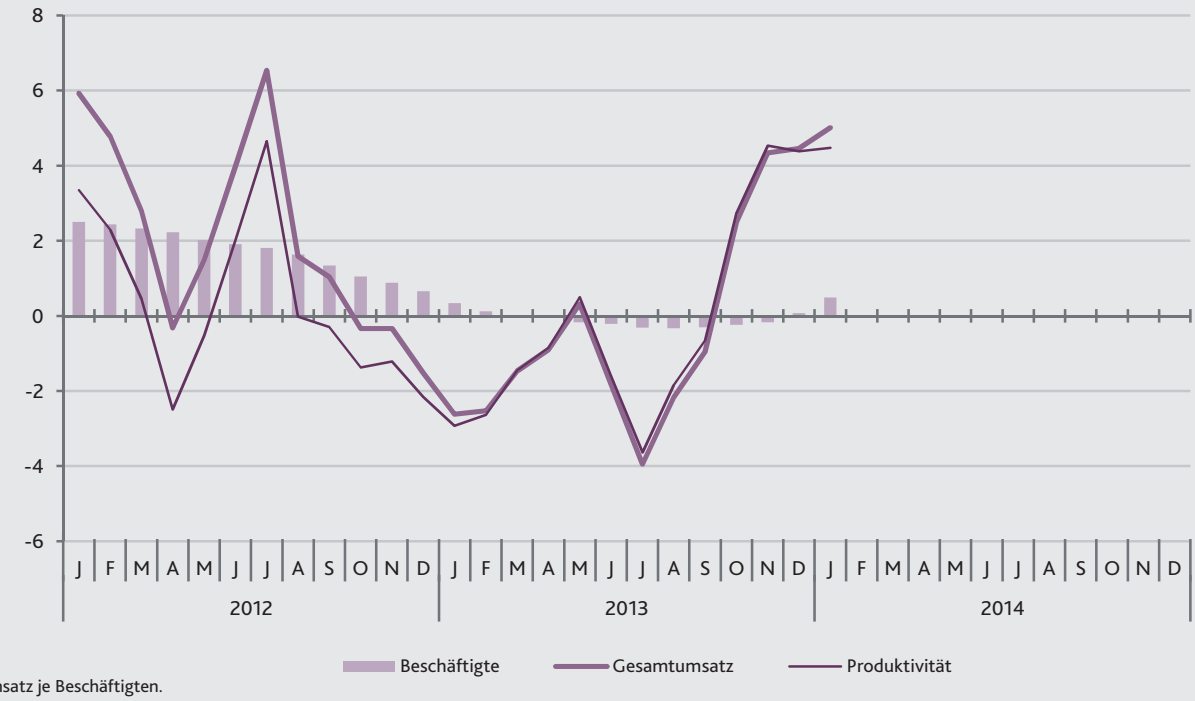
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

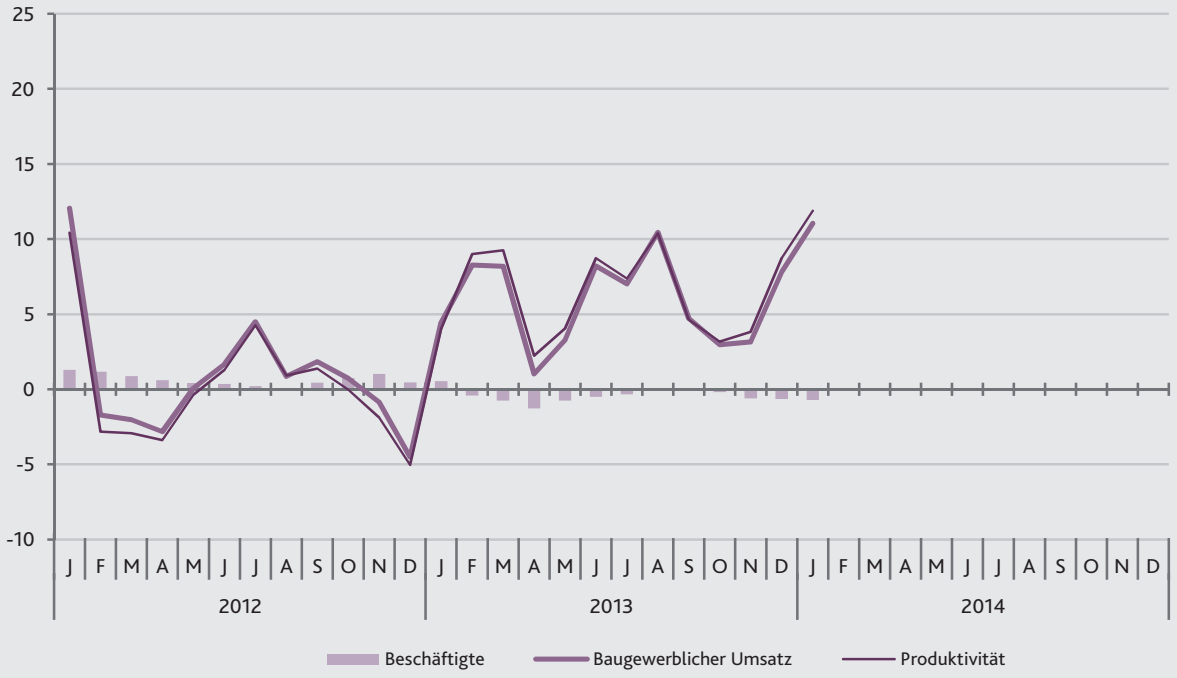
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

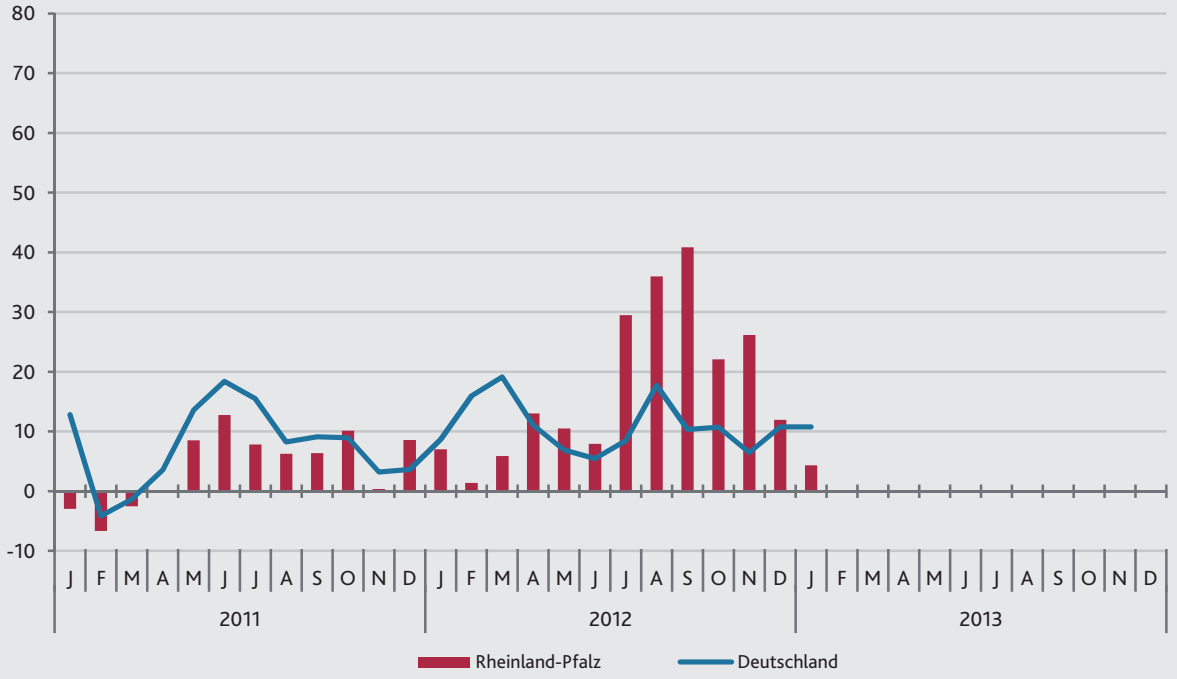
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

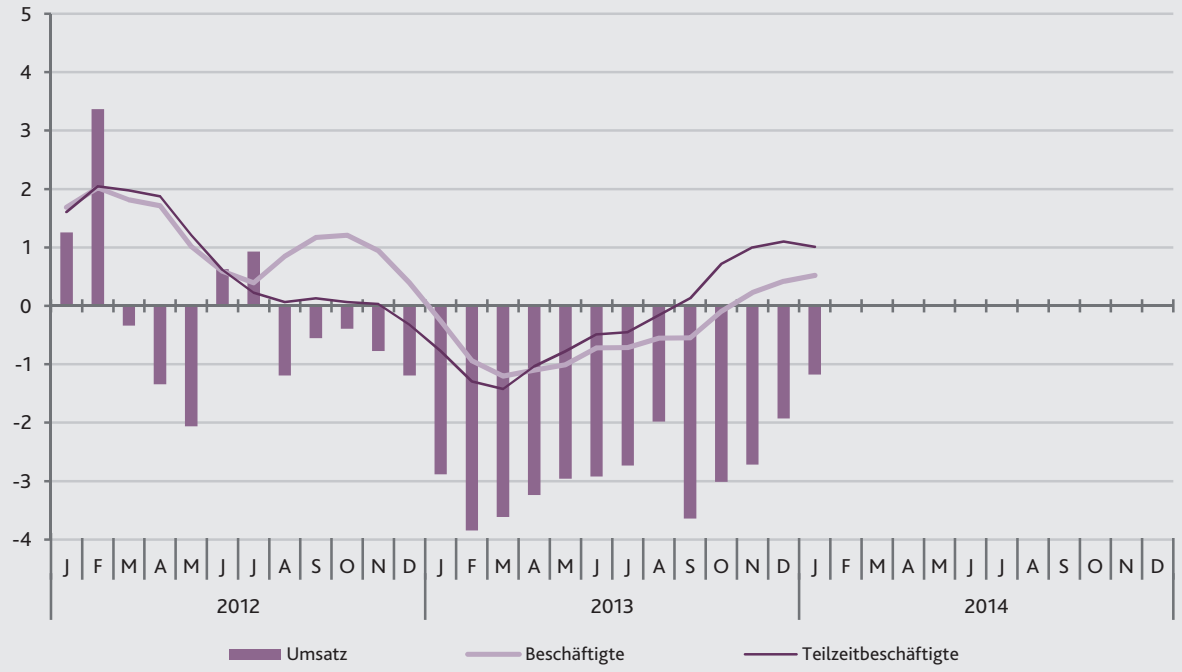
Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

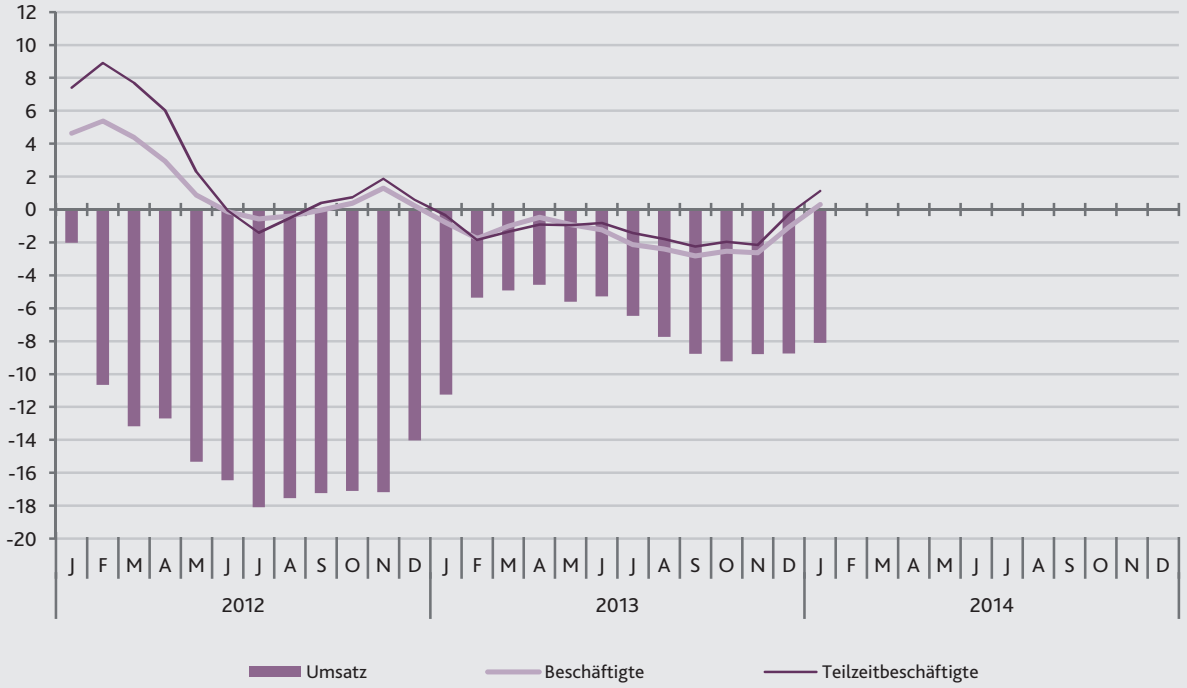
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1 2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

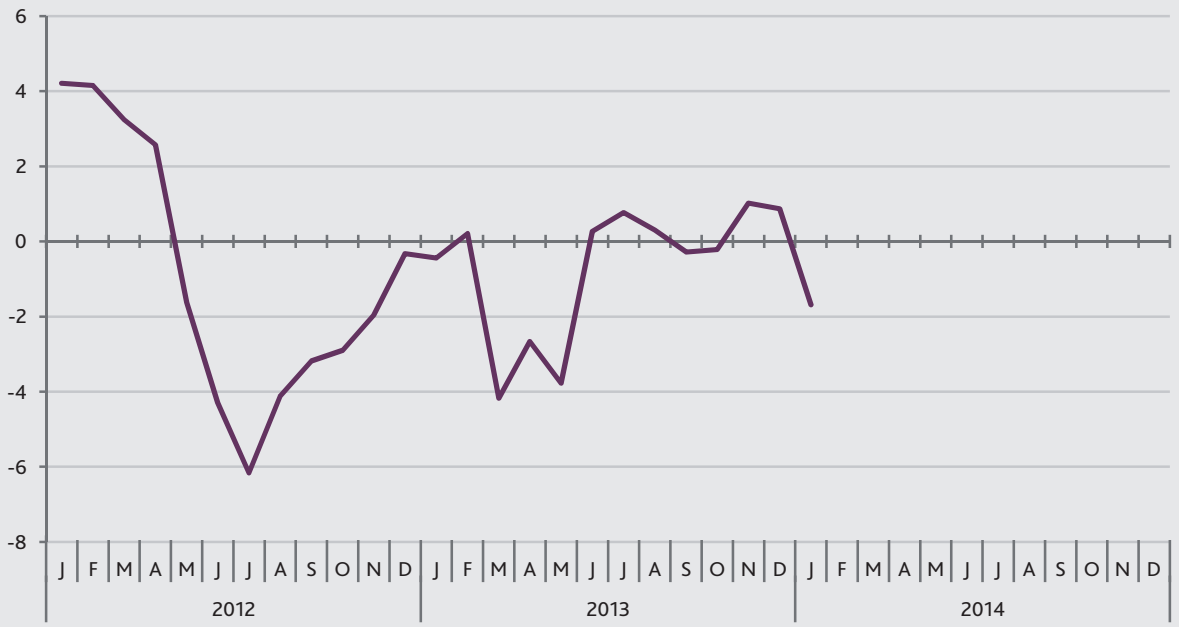


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

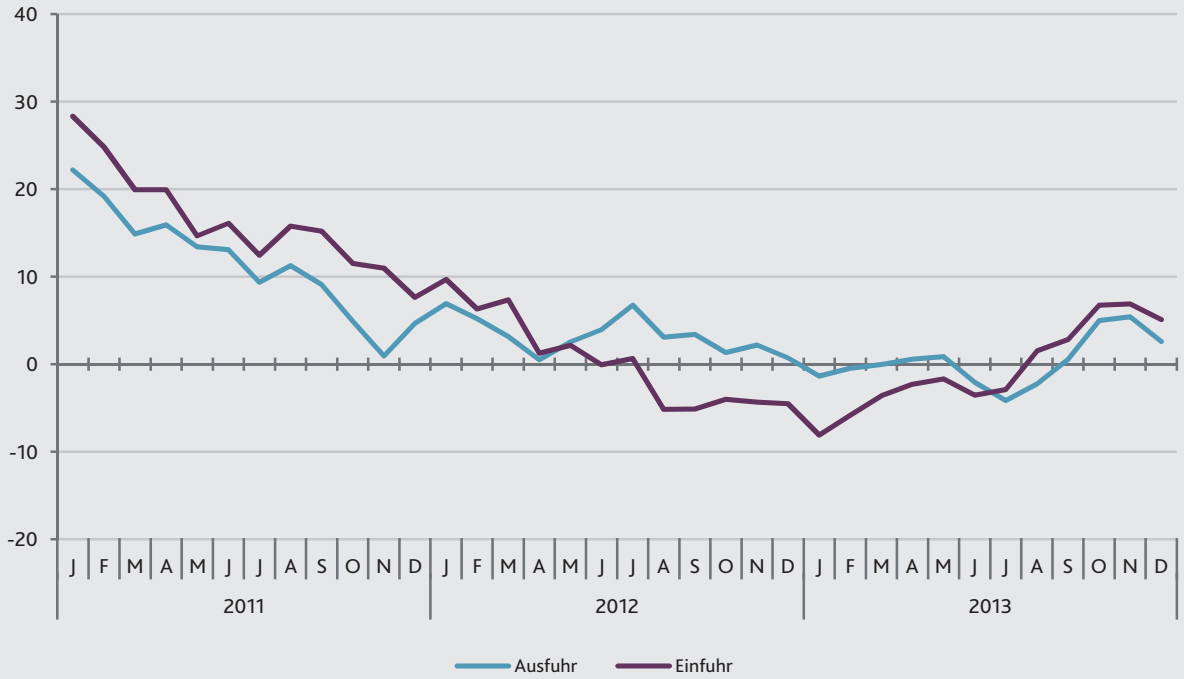


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

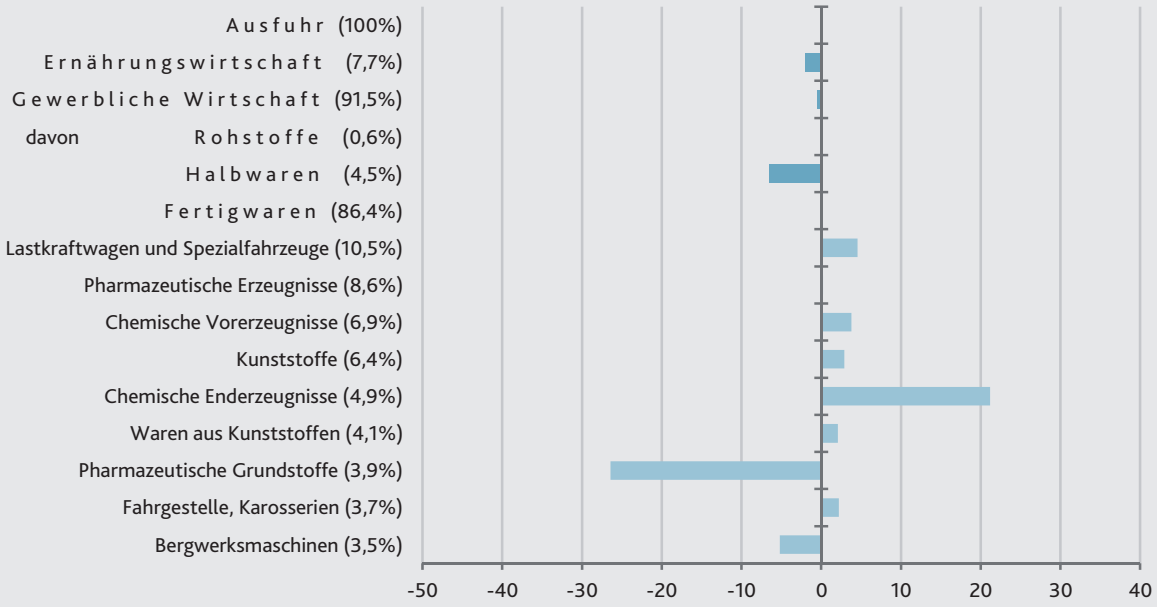
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

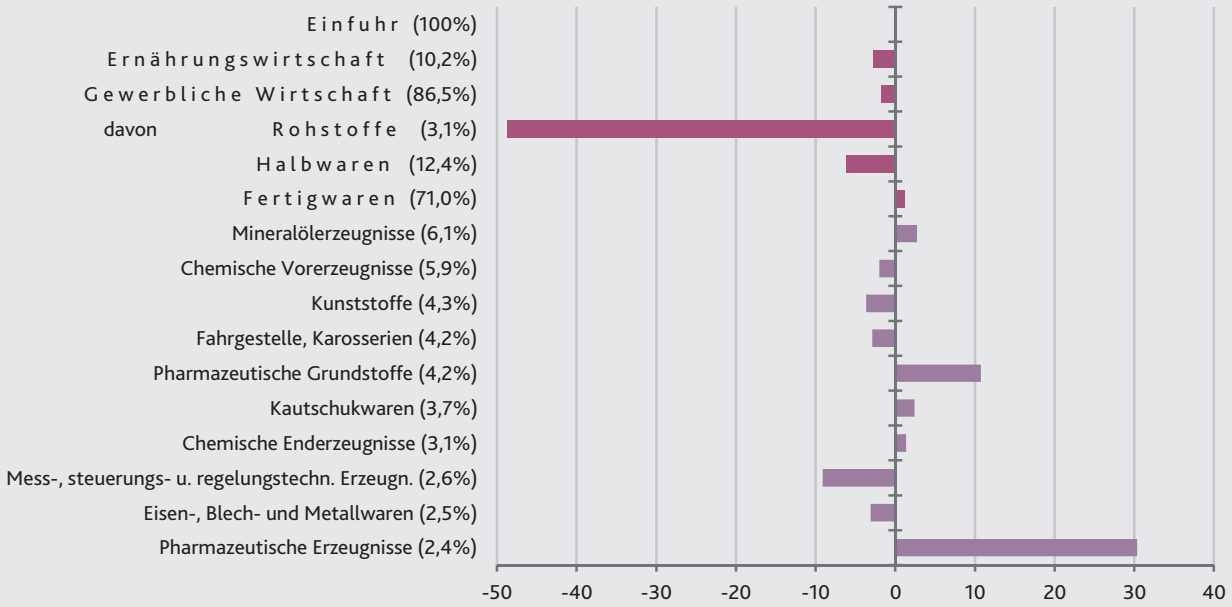
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2013 - Januar 2014 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

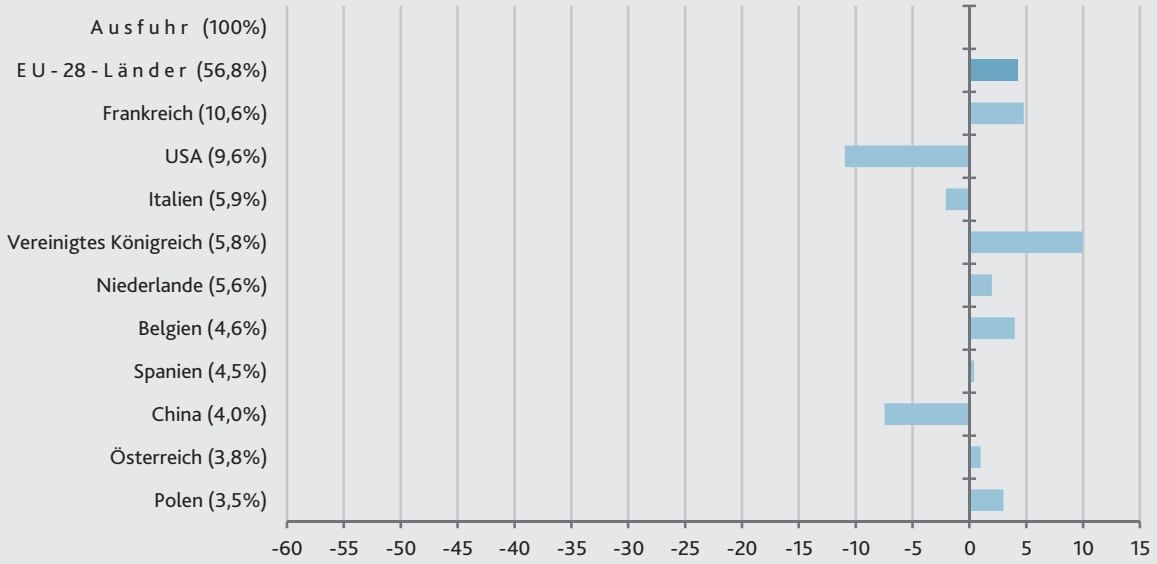
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2013 - Januar 2014 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

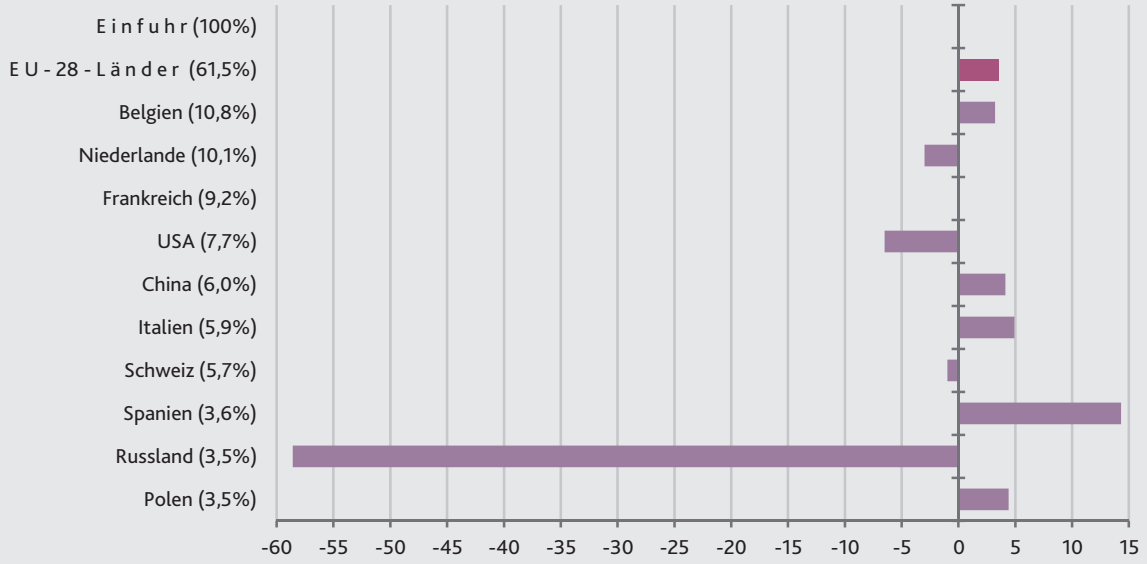
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2013 - Januar 2014 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

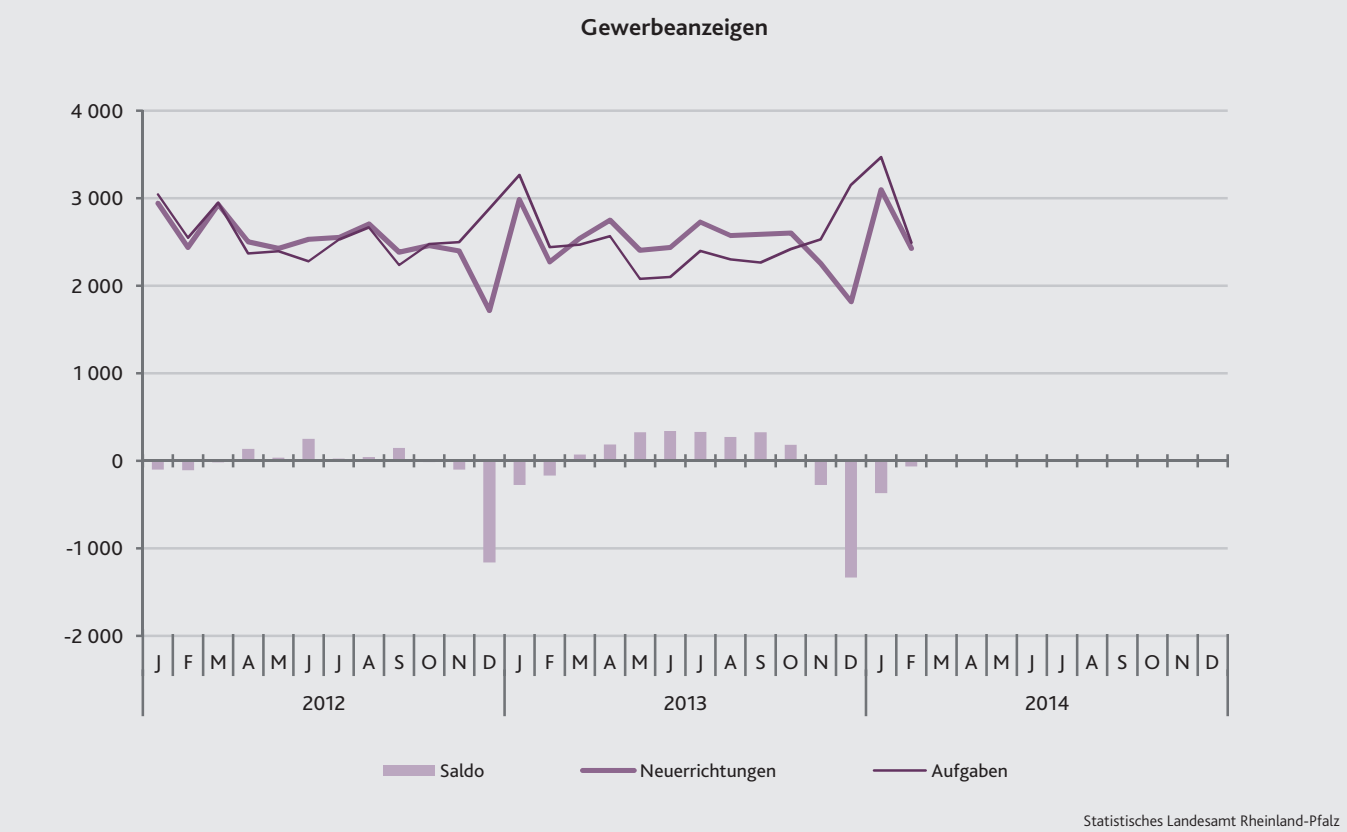
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2013 - Januar 2014 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



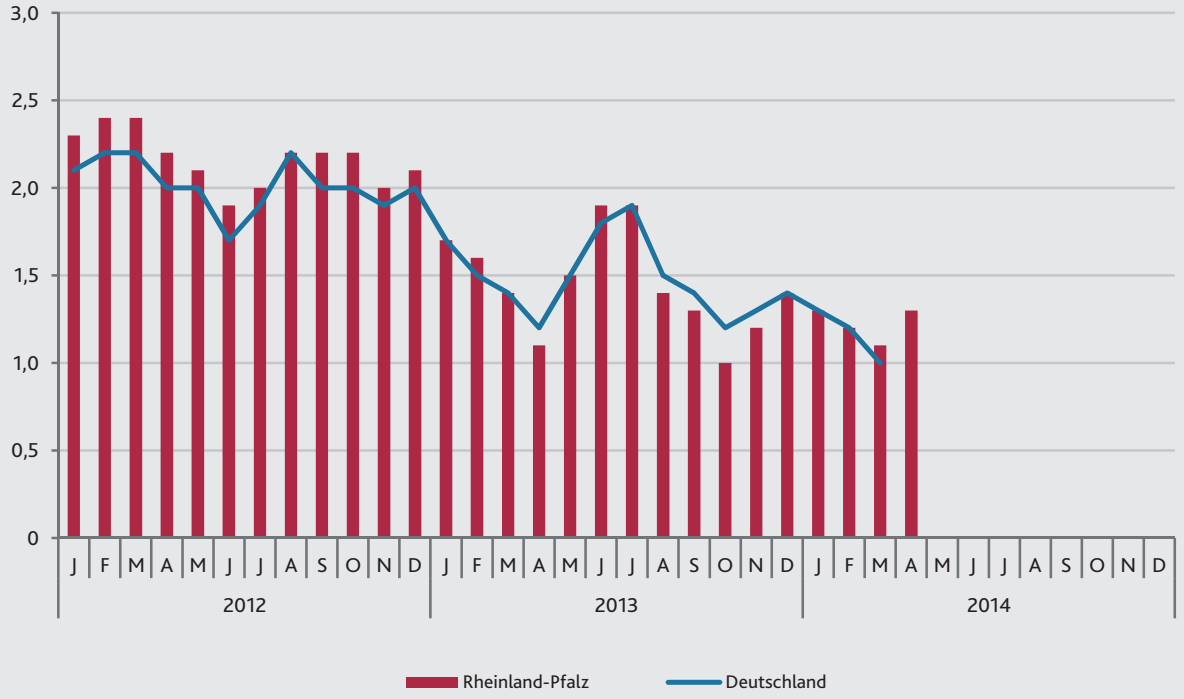
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2012
2013
2014
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

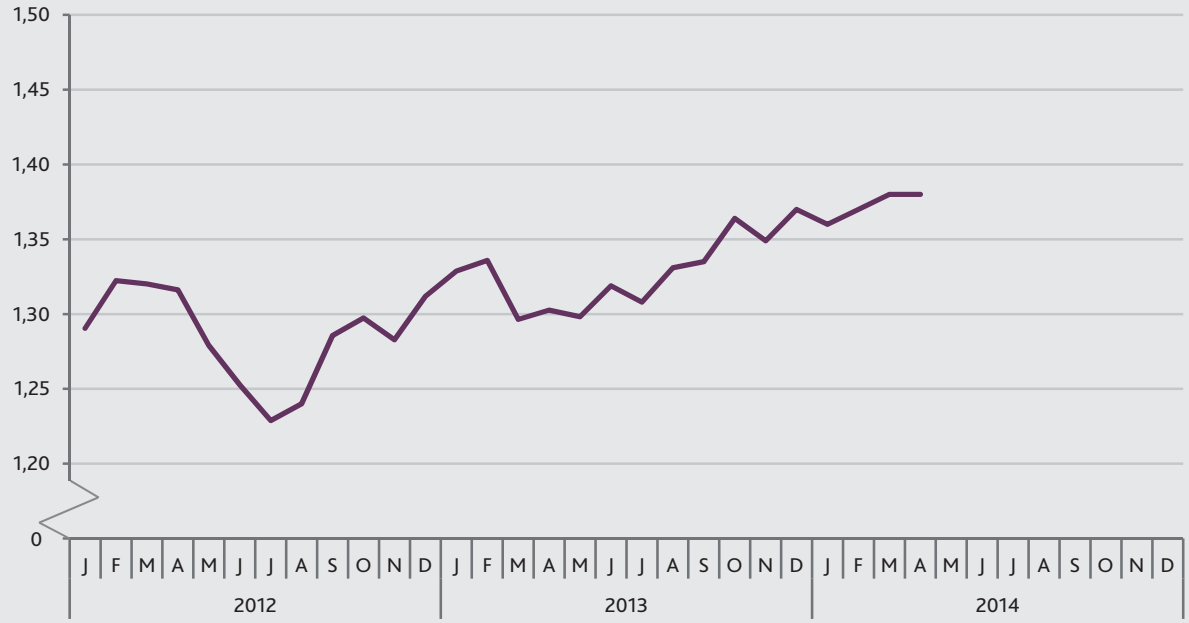
Unternehmensinsolvenzen
130
120
110
100
90
80
70
60
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2012
2013
2014
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

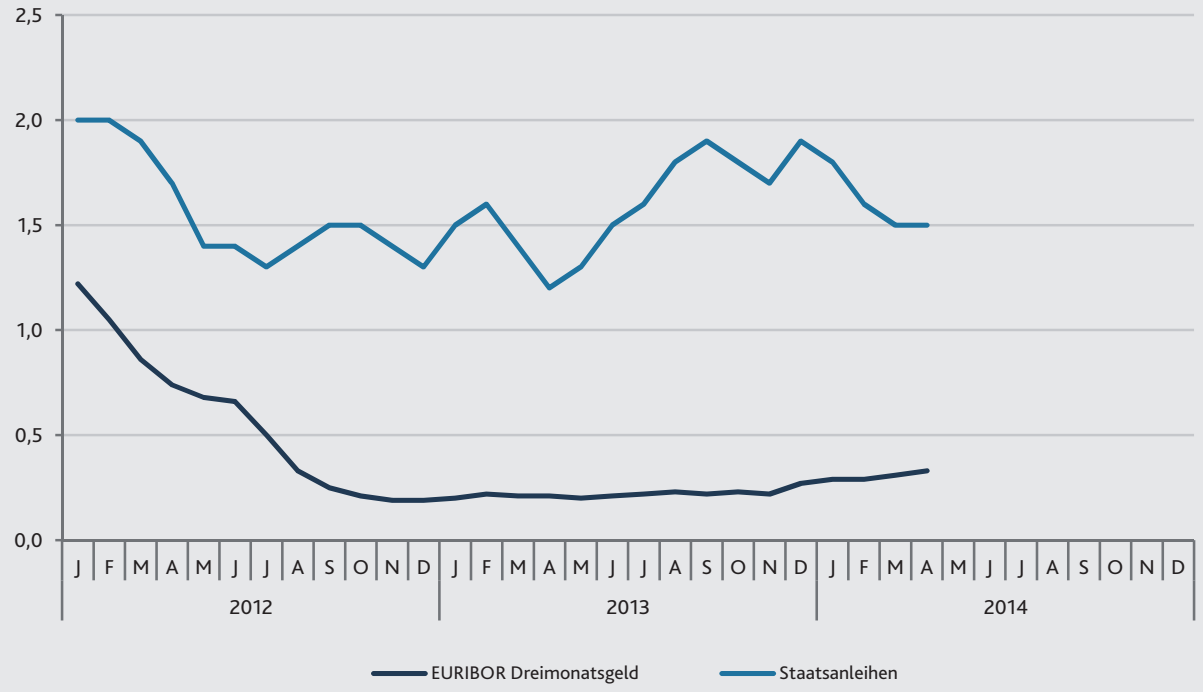
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

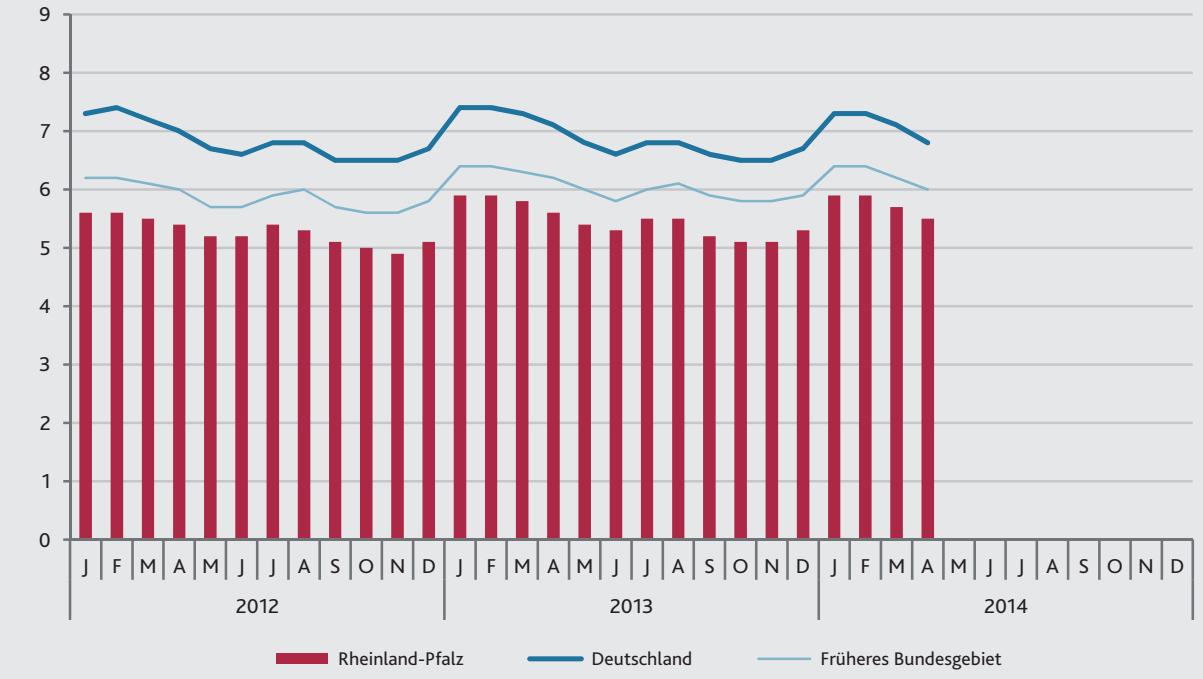
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

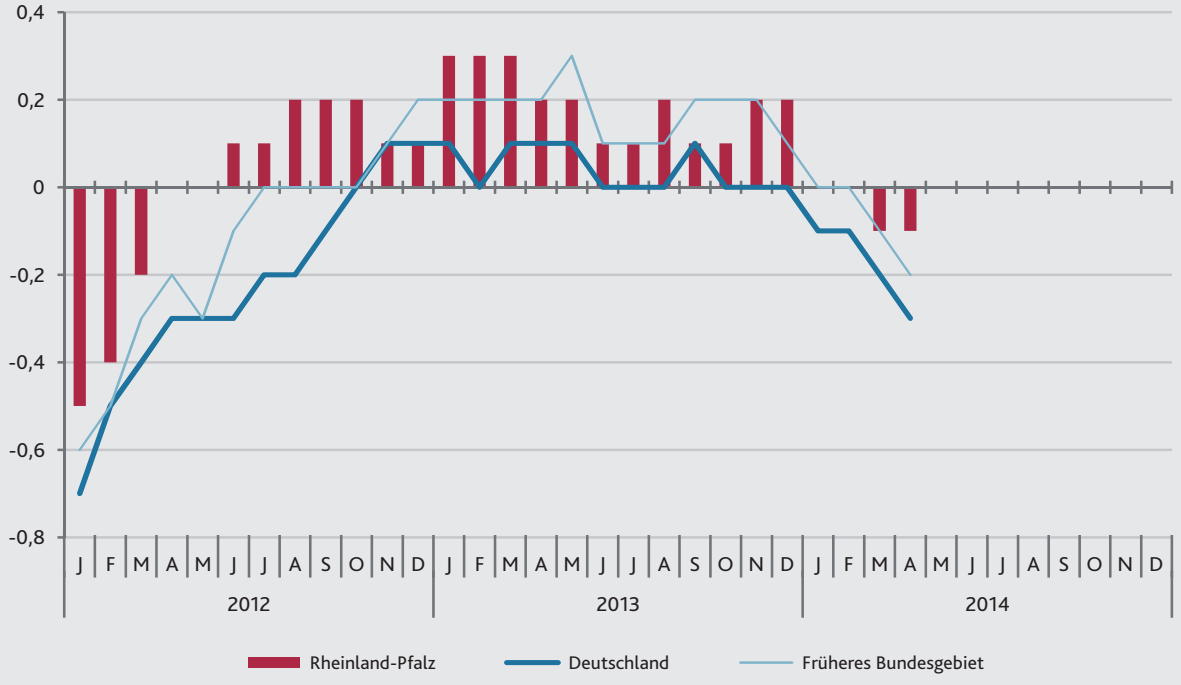
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

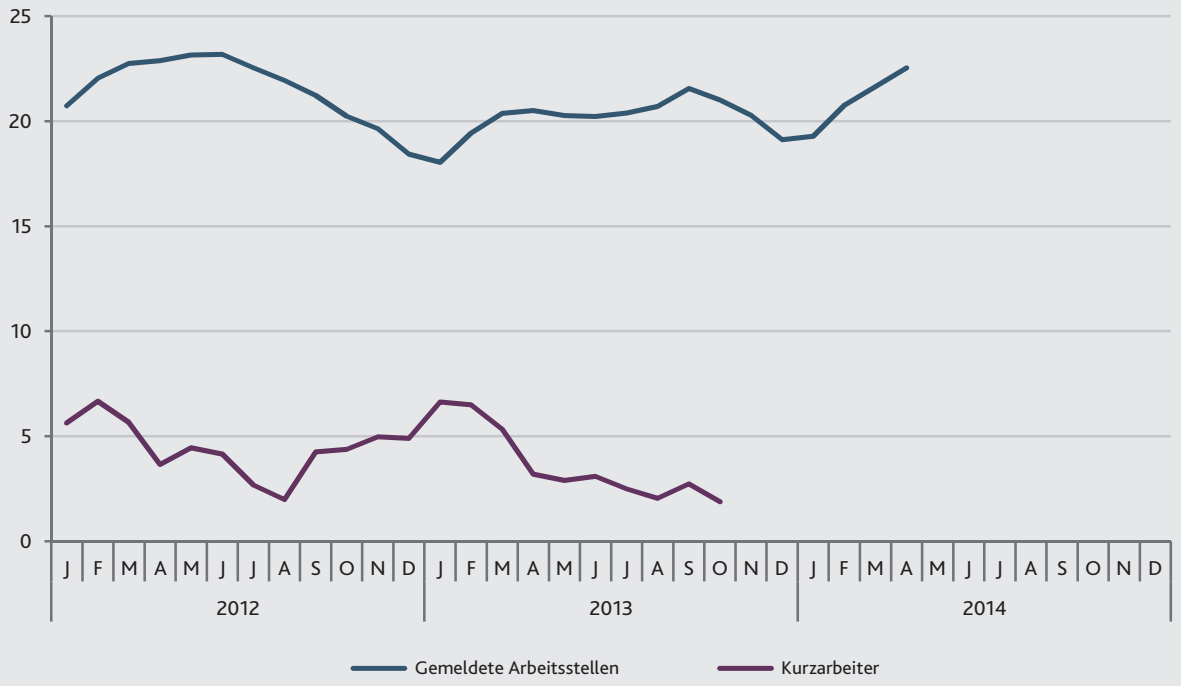
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

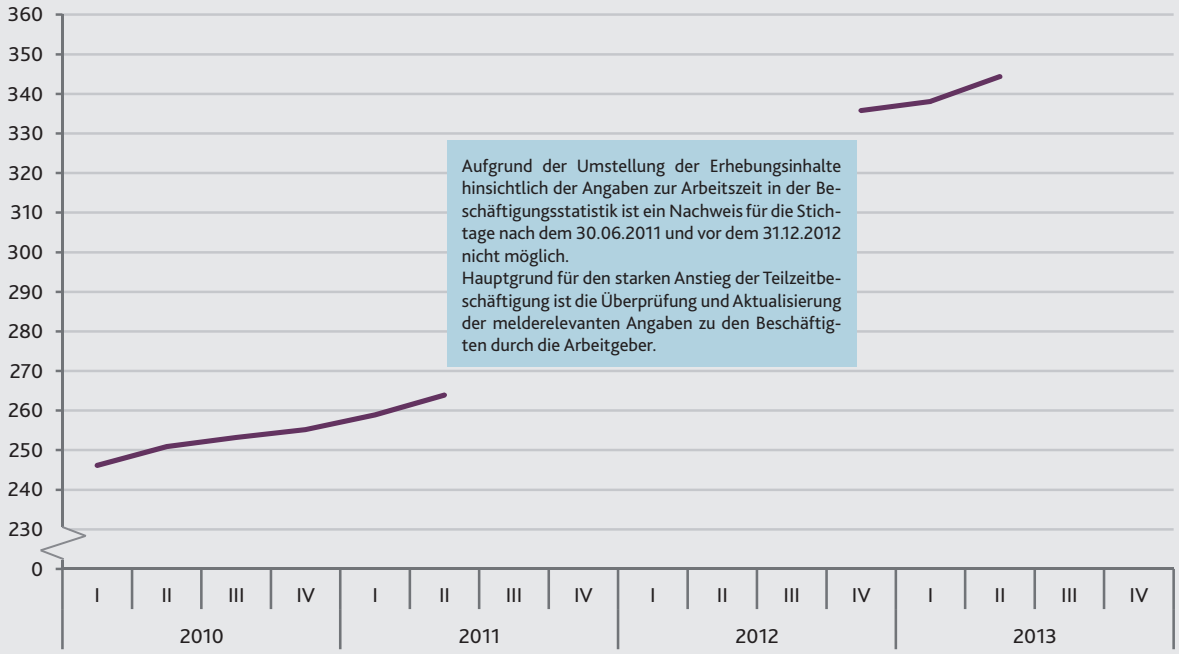
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

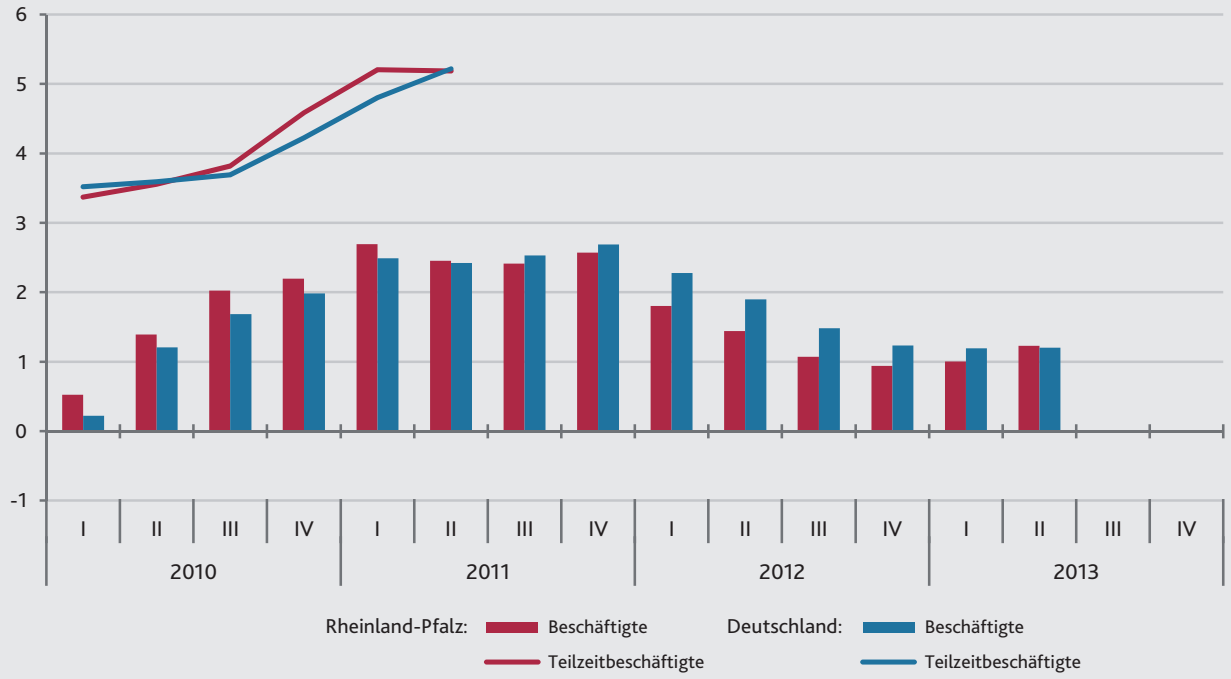
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

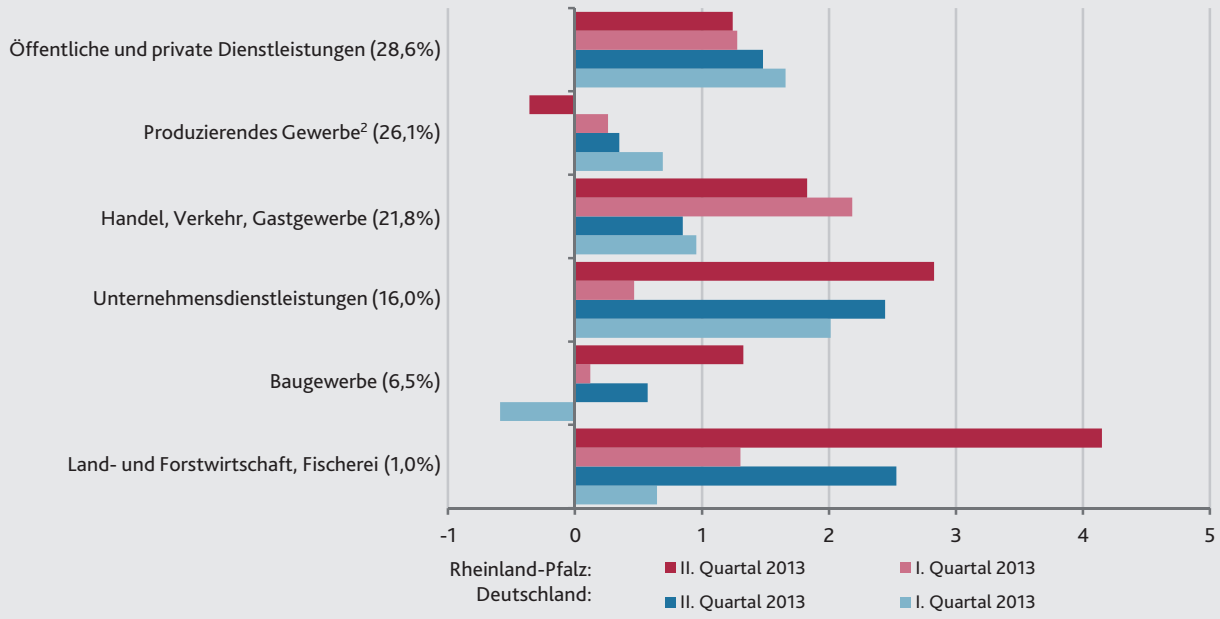
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

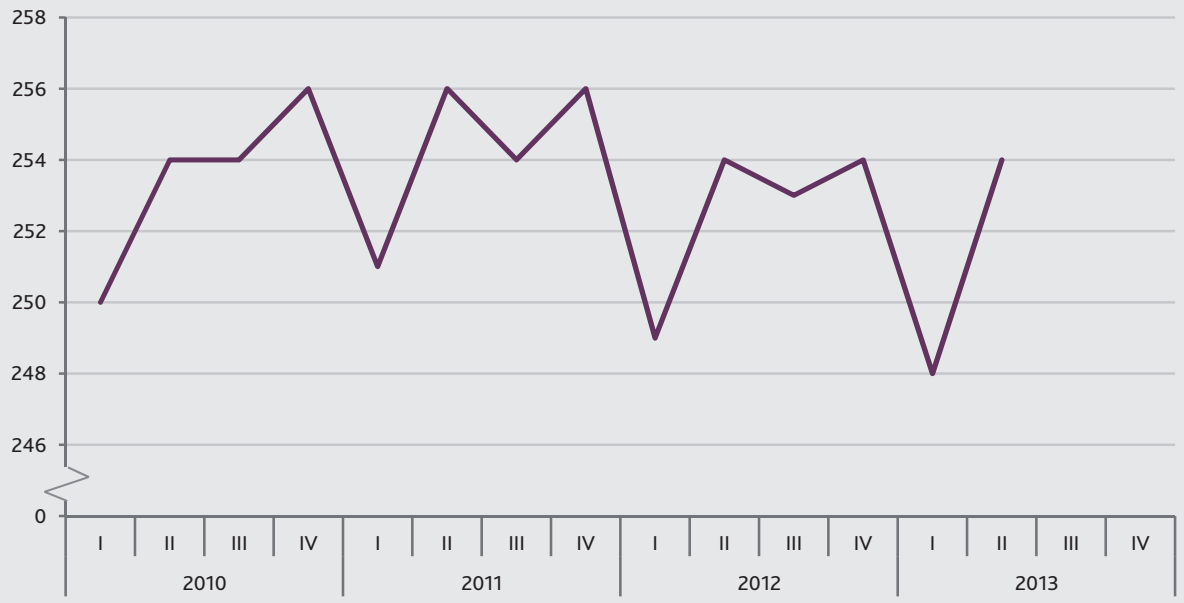
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

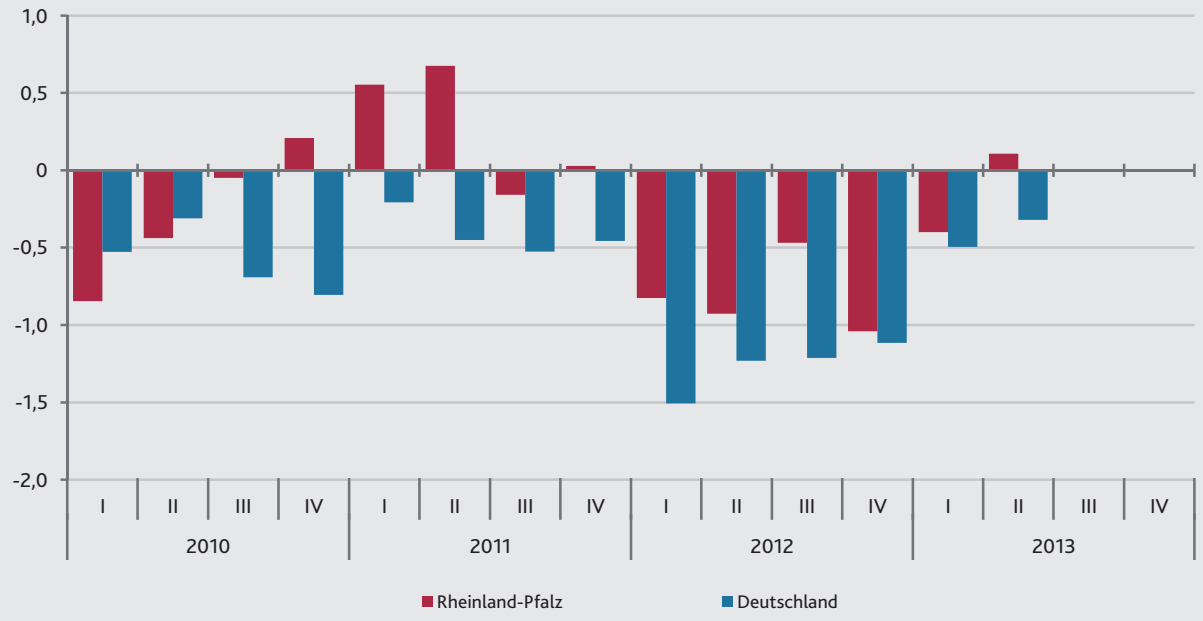
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

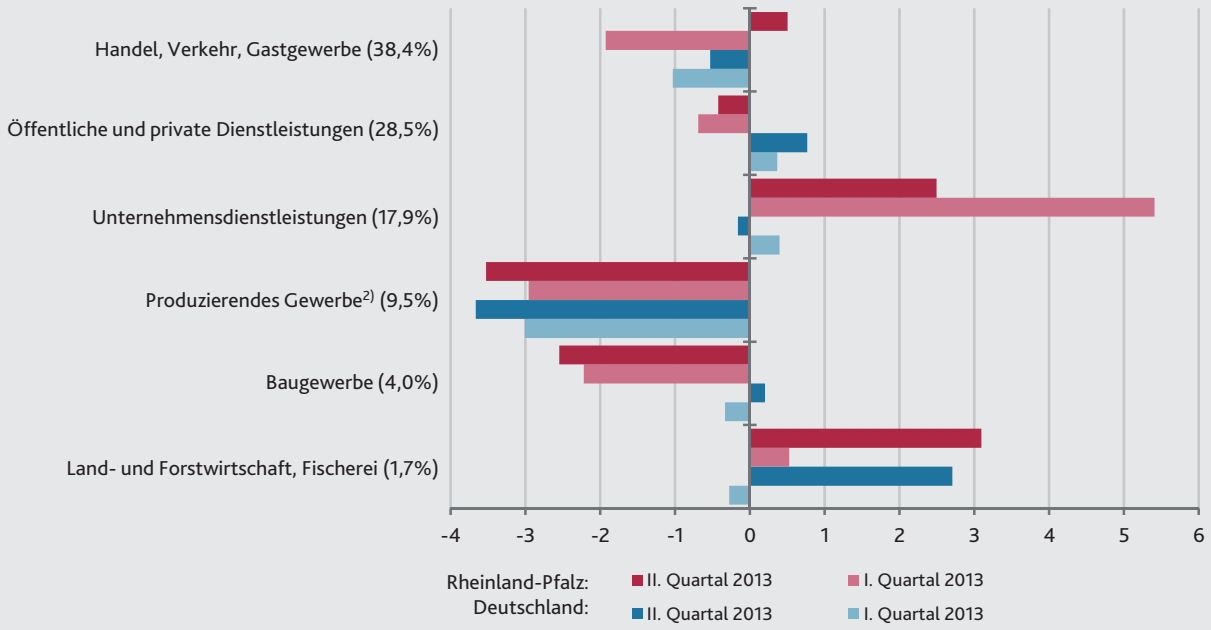
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 9. Mai 2014.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeförderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 [1,2]	3 990 [1,2]	3 992	3 992	3 990	3 993	3 995	3 995	...
darunter Ausländer[r3]	1 000	278 [1,2]	290 [1,2]	290	290	290	303	305	306	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 684	1 687	1 499	1 002	2 633	2 027	1 503	975	...
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	2 590	2 597	2 949	2 585	3 140	2 932	2 825	2 516	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	7,8	8,7	7,9	9,3	8,9	8,3	7,7	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 637	3 700	3 857	3 633	4 425	3 339	3 507	3 469	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	11,1	11,4	11,1	13,1	10,2	10,3	10,6	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	9	11	12	11	12	6	7	7	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	4,2	4,1	4,3	3,8	2,0	2,5	2,8	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 047	-1 103	- 908	-1 048	-1 285	- 407	- 682	- 953	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,1	- 3,3	- 2,7	- 3,2	- 3,8	- 1,2	- 2,0	- 2,9	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 807	9 262	13 003	8 673	5 965	12 867	13 324	9 220	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 307	3 739	5 073	3 427	1 945	6 107	5 410	4 072	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 153	8 197	10 609	8 014	6 451	10 195	11 018	8 116	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 325	2 430	2 691	2 484	2 361	3 048	2 972	2 755	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	654	1 065	2 394	659	- 486	2 672	2 306	1 104	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	12 938	13 154	15 537	12 891	10 095	14 711	16 008	12 831	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10]	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[11]	1 000	1 218	1 248	1 263	1 259	1 266	1 291	1 275	1 272	1 281
* Frauen	1 000	558	571	584	580	580	593	591	590	592

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	78	84	82	86	91	93	88	92	98
* Teilzeitbeschäftigte[3]	1 000	251	264	...	...	...	...	336	338	344
* darunter Frauen	1 000	214	224	...	...	...	...	282	284	287
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	11	12	9	11	12	12	10	11	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	402	411	414	415	417	425	416	415	417
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	265	270	274	272	274	281	280	278	279
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	187	195	197	198	199	203	199	198	205
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	353	359	369	365	363	370	370	370	367

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Arbeitslose	Anzahl	111 079	116 353	124 278	121 661	118 585	125 232	125 452	122 322	117 355
* Frauen	Anzahl	52 306	54 039	54 959	54 725	54 227	56 371	56 266	55 726	54 140
Männer	Anzahl	58 774	62 314	69 319	66 936	64 358	68 861	69 186	66 596	63 215
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	42 428	46 247	53 382	50 297	47 264	52 291	52 389	49 081	44 839
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	68 651	70 106	70 896	71 364	71 321	72 941	73 063	73 241	72 516
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,3	5,5	5,9	5,8	5,6	5,9	5,9	5,7	5,5
* Frauen	%	5,3	5,4	5,6	5,5	5,5	5,6	5,6	5,6	5,4
* Männer	%	5,2	5,5	6,2	6,0	5,7	6,1	6,1	5,9	5,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	5,1	5,4	5,2	5,0	5,0	5,3	5,1	4,8
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,2	3,0	3,0	3,1	2,9	3,0	2,9	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,7	5,8	6,3	6,2	6,1	6,2	6,2	6,1	5,9
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	6,4	6,9	6,8	6,6	6,8	6,7	6,6	6,5
* Ausländer/-innen	%	12,0	12,2	13,7	13,4	13,0	13,5	13,6	13,4	12,9
Deutsche	%	4,8	4,9	5,3	5,2	5,1	5,3	5,3	5,1	4,9
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	4 447	...	6 500	5 333	3 195	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	21 513	20 154	19 433	20 374	20 498	19 280	20 753	21 635	22 540

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	225 426	218 183	213 660	216 555	219 898	216 424	217 290	220 172	...
* darunter Frauen	Anzahl	115 815	122 591	110 454	111 869	113 363	111 967	112 368	113 786	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	160 240	154 825	151 263	153 480	156 013	152 898	153 520	155 793	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	65 186	63 359	62 397	63 075	63 885	63 526	63 770	64 379	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	62 785	60 950	60 058	60 723	61 528	61 111	61 362	61 946	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Die Ergebnisse ab dem 31.12.2012 sind wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren und damit einhergehender Aktualisierungen mit denen der früheren Stichtage nur bedingt vergleichbar. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. - 11 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	552	528	410	553	406	476	406	478	529
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	518	493	372	521	378	425	367	426	478
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	1	1	...	4	1	1	2
Unternehmen	Anzahl	66	48	85	80	48	37	78	62	84
private Haushalte	Anzahl	484	478	324	472	358	435	327	415	443
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	848	867	714	880	777	1 016	670	943	861
* Umbauter Raum	1 000 m^3	595	590	481	594	521	562	442	596	529
* Wohnfläche	1 000 m^2	112	110	91	114	97	108	85	115	109
Wohnräume	Anzahl	4 524	4 399	3 604	4 597	3 889	4 159	3 450	4 352	4 359
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	156	162	129	167	138	163	124	177	160
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	135	124	90	124	82	125	105	97	108
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	12	8	10	9	11	9	10	8
Unternehmen	Anzahl	116	102	65	98	69	101	77	68	83
private Haushalte	Anzahl	6	11	17	16	4	13	19	19	17
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	35	14	11	9	4	8	39	7	11
* Umbauter Raum	1 000 m^3	977	882	960	549	315	566	802	605	844
* Nutzfläche	1 000 m^2	127	117	118	82	48	96	102	78	114
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	90	93	61	35	77	97	74	111
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 008	979	790	1 034	841	1 195	916	1 029	1 031
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 236	5 006	3 944	6 165	4 276	4 869	4 231	4 692	5 039

Landwirtschaft

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 060	10 983	10 249	11 757	10 535	11 369	10 272	11 647	10 754
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 322	2 010	1 810	1 897	1 701	2 342	1 885	2 147	1 731
darunter										
* Kälber[2]	t	12	9	19	6	7	10	17	6	5
* Jungrinder	t	15	9	10	7	5	21	33	20	10
* Schweine	t	8 683	8 924	8 390	9 831	8 805	8 966	8 332	9 460	8 991
* Eiererzeugung[3]	1 000	13 472	14 494	14 951	15 383	16 055	13 045	10 126	11 694	15 755

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	996	1 004	1 007	979	986	984	984	966	978
* Beschäftigte[5]	Anzahl	244 658	248 907	249 174	247 171	246 798	249 730	248 880	248 506	249 375
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 436	31 600	28 052	32 750	30 692	32 495	28 191	32 745	31 996
* Entgelte	Mill. EUR	928	974	937	896	896	1 311	970	944	927
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 918	7 047	6 106	6 661	6 706	7 318	6 633	6 902	6 913
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[6]	Mill. EUR	3 888	3 981	3 093	3 972	3 874	4 036	3 407	4 148	4 071
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 778	1 769	1 760	1 409	1 638	1 970	1 975	1 501	1 680
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	98	83	88	85	91	72	76	81
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 148	1 199	1 169	1 192	1 109	1 222	1 179	1 176	1 081
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 208	2 340	1 912	2 384	2 360	2 409	2 134	2 517	2 473
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	912	901	892	673	833	1 108	1 057	730	830
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 658	3 798	3 307	3 610	3 674	3 987	3 568	3 712	3 695
Exportquote[7]	%	52,9	53,9	54,2	54,2	54,8	54,5	53,8	53,8	53,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	104,3	101,4	89,9	104,4	102,1	99,3	86,2	111,3	104,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	97,9	99,3	87,7	104,8	101,8	101,1	85,3	112,2	106,5
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	114,6	105,9	97,3	106,4	106,6	99,8	92,9	112,2	108,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]										
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	108,3	98,7	72,6	116,5	85,2	61,7	36,6	106,2	52,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	96,8	95,6	74,7	92,5	88,5	93,6	71,7	103,7	88,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	95,1	99,3	92,7	107,5	105,1	100,0	88,6	111,7	110,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,9	107,7	100,3	111,7	110,6	83,9	86,5	102,9	99,6
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	168	172	170	173	174	171	171	174	175
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 495	9 669	9 729	9 714	9 693	9 735	9 729	9 707	9 704
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 193	1 208	1 055	1 284	1 165	1 218	1 029	1 258	1 211
* Entgelte[3]	Mill. EUR	37	39	39	37	36	56	37	37	36
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	419	448	466	531	474	507	514	483	390
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	406	433	450	514	459	489	496	466	375
Baugewerbe[6]										
Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 263	38 505	38 267	37 404	37 585	38 473	37 965	37 282	37 197
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 933	3 816	2 741	2 291	3 179	4 112	3 093	3 101	3 307
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 565	1 610	1 273	1 064	1 378	1 660	1 306	1 369	1 471
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	934	906	684	606	790	982	781	790	822
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 434	1 300	784	621	1 011	1 470	1 006	942	1 014
darunter Straßenbau	1 000 h	717	626	323	234	459	740	494	390	470
* Entgelte	Mill. EUR	90	90	87	74	75	112	94	87	79

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	383	382	435	203	304	472	486	252	308
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	138	136	85	121	158	166	97	127
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	104	102	148	57	91	128	137	67	85
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	142	151	61	92	186	184	88	97
darunter Straßenbau	Mill. EUR	77	69	66	21	36	98	86	33	42

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	353	395	395	395	395	416	415	415	414
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	13 485	14 919	14 948	15 138	14 886	15 297	15 479	15 737	15 511
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 448	4 814	4 758	4 930	4 798	4 628	4 988	5 170	5 004
* Entgelte	Mill. EUR	99	111	110	112	118	114	117	118	126
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	375	446	459	453	530	327	390	425	507

Handel[6]

Großhandel[p, 7]

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2010=100	102,5	103,0	102,9	104,1	104,1	105,3	104,9	104,8	105,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	104,3	107,8	109,2	111,8	112,3	110,9	111,7	112,3	113,8
* Umsatz nominal[8]	2010=100	108,5	102,7	99,4	90,0	87,3	101,6	96,6	91,5	91,3
* Umsatz real[9]	2010=100	103,5	95,8	92,4	83,5	80,9	95,0	90,0	85,4	85,1

Einzelhandel[p, 9]

* Beschäftigte	2010=100	101,6	102,9	103,4	102,1	101,5	104,1	103,7	102,4	102,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	102,2	103,0	103,4	102,2	101,5	104,9	104,2	103,1	102,9
* Umsatz nominal[8]	2010=100	102,6	104,3	116,3	95,2	88,9	105,8	114,5	94,9	90,7
* Umsatz real[8]	2010=100	101,2	100,9	112,3	91,9	85,2	100,7	109,3	90,6	86,1

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2010=100	102,2	104,0	105,0	103,6	103,5	104,6	104,8	104,0	103,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,2	110,2	113,7	112,9	114,1	115,0	117,2	115,6	116,2
* Umsatz nominal[3]	2010=100	106,3	97,4	79,1	77,5	77,6	100,5	81,2	85,0	86,0
* Umsatz real[3]	2010=100	104,6	94,8	77,0	75,6	75,8	97,6	79,2	82,9	83,8

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2010=100	103,1	104,9	102,7	95,1	97,5	100,7	99,7	96,9	99,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,8	106,8	105,4	96,1	99,2	101,8	102,6	99,4	102,1
* Umsatz nominal[3]	2010=100	107,3	92,4	90,3	67,2	66,7	77,5	83,0	64,3	63,7
* Umsatz real[3]	2010=100	105,7	89,3	86,9	64,3	63,6	72,8	77,9	60,2	59,3

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	684	669	411	322	361	531	416	342	371
* darunter von Auslandsgästen	1 000	159	157	93	58	73	94	89	57	68
* Gästeübernachtungen	1 000	1 794	1 758	1 082	862	935	1 238	1 062	870	903
* darunter von Auslandsgästen	1 000	448	443	241	143	188	227	230	138	165

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 931	1 858	1 710	1 786	1 495	1 860	1 792	1 709	1 444
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 318	1 248	1 094	1 018	857	1 232	1 142	1 051	917
* Getötete Personen	Anzahl	16	17	17	11	11	10	15	18	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	9	12	5	7	5	6	10	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	2	1	-	2	3	-	-
Radfahrer	Anzahl	1	2	-	1	-	1	2	2	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	2	3	2	3	5	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 709	1 620	1 441	1 310	1 115	1 633	1 488	1 350	1 179

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
schwer verletzte Personen	Anzahl	320	302	255	226	188	302	267	206	229
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	136	159	137	108	157	157	121	128
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	75	72	23	10	15	63	30	17	23
Radfahrer	Anzahl	50	48	25	20	21	36	36	20	23
Fußgänger	Anzahl	34	32	37	43	33	34	34	40	41

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 789	12 263	9 204	9 321	9 417	11 221	10 079	9 691	10 260
darunter										
Krafträder	Anzahl	608	593	86	194	297	139	99	182	464
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 699	10 321	8 011	8 024	8 201	9 738	8 502	8 354	8 499
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 003	943	785	834	633	999	910	826	893
Zugmaschinen	Anzahl	403	334	247	226	226	271	438	254	304

Personenbeförderung

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 787	52 780	54 910	45 803	54 393	53 786	55 824	48 007	55 733
Personenkilometer[3]	Mill.	537	454	455	391	442	437	522	444	512

Binnenschifffahrt

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Güterempfang	1 000 t	1 064	1 058	1 149	958	1 016	1 251	1 143	910	1 002
* Güterversand	1 000 t	778	815	906	703	730	955	855	717	770

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 737	3 858	3 717	3 107	3 960	4 282	3 872	3 275	3 914
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	292	296	279	274	295	308	287	262	278
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 411	3 529	3 404	2 804	3 621	3 895	3 487	2 901	3 517

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	23	18	20	20	29	22	17	23
* Halbwaren	Mill. EUR	168	175	180	133	189	154	141	128	149
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 220	3 332	3 207	2 651	3 412	3 712	3 324	2 756	3 345
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	921	954	886	692	1 187	1 008	881	710	991
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 298	2 378	2 320	1 959	2 225	2 704	2 443	2 046	2 354
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 612	2 584	2 578	2 002	2 548	2 954	2 677	2 205	2 698
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	2 235	2 197	2 167	1 711	2 225	2 556	2 313	1 911	2 376
Belgien	Mill. EUR	184	179	161	133	181	213	182	164	204
Luxemburg	Mill. EUR	58	57	51	48	47	61	54	44	45
Dänemark	Mill. EUR	36	38	36	25	35	39	36	29	36
Finnland	Mill. EUR	29	31	27	30	29	32	28	34	34
Frankreich	Mill. EUR	428	407	372	336	439	458	423	364	453
Griechenland	Mill. EUR	29	35	45	20	45	43	33	22	47
Großbritannien	Mill. EUR	217	223	238	190	214	284	264	181	265
Irland	Mill. EUR	9	10	11	8	10	12	12	10	11
Italien	Mill. EUR	251	226	206	156	214	244	229	170	226
Niederlande	Mill. EUR	221	218	218	192	232	242	208	197	227
Österreich	Mill. EUR	150	146	145	111	138	166	150	134	156
Schweden	Mill. EUR	66	65	65	47	64	70	67	54	65
Spanien	Mill. EUR	183	173	167	124	181	195	173	153	201
Portugal	Mill. EUR	22	21	30	16	28	44	39	24	33
* Afrika	Mill. EUR	90	94	91	90	85	104	104	90	83
* Amerika	Mill. EUR	457	559	445	450	709	642	530	390	580
darunter nach USA	Mill. EUR	278	369	261	295	524	443	355	234	414
* Asien	Mill. EUR	538	572	560	506	585	549	531	563	521
darunter nach China	Mill. EUR	149	154	161	145	163	141	162	154	133
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	40	49	44	58	32	32	29	27	32

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 625	2 616	2 549	2 218	2 588	2 876	2 685	2 439	2 603
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	243	267	270	260	299	241	242	242	256
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 282	2 263	2 175	1 875	2 183	2 441	2 245	1 989	2 112
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	126	82	37	44	48	47	38	31	42
* Halbwaren	Mill. EUR	314	324	384	303	304	328	298	287	219
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 842	1 857	1 755	1 528	1 831	2 066	1 910	1 671	1 851

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	520	532	549	433	552	531	519	460	549
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 322	1 325	1 205	1 095	1 279	1 534	1 391	1 210	1 302
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 893	1 904	1 902	1 631	1 828	2 154	2 010	1 815	1 890
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 595	1 612	1 628	1 417	1 592	1 938	1 783	1 582	1 604
Belgien	Mill. EUR	275	284	291	258	280	355	302	269	256
Luxemburg	Mill. EUR	44	42	39	40	41	52	48	41	42
Dänemark	Mill. EUR	14	17	19	15	18	21	19	14	19
Finnland	Mill. EUR	12	11	10	7	6	8	7	5	6
Frankreich	Mill. EUR	253	241	239	205	221	301	249	233	225
Griechenland	Mill. EUR	8	7	8	7	7	18	6	11	7
Großbritannien	Mill. EUR	82	86	88	72	99	121	131	117	106
Irland	Mill. EUR	11	11	10	10	10	30	33	13	12
Italien	Mill. EUR	157	154	145	136	148	181	168	147	143
Niederlande	Mill. EUR	262	264	308	261	240	274	254	256	255
Österreich	Mill. EUR	86	89	81	77	82	93	90	92	76
Schweden	Mill. EUR	26	35	36	28	37	45	44	41	41
Spanien	Mill. EUR	96	95	106	84	100	127	133	92	106
Portugal	Mill. EUR	16	16	16	12	21	20	18	15	14
* Afrika	Mill. EUR	52	49	60	28	75	75	68	53	37
* Amerika	Mill. EUR	267	286	268	258	296	229	248	283	272
darunter aus USA	Mill. EUR	184	201	213	173	232	173	167	145	211
* Asien	Mill. EUR	409	371	312	296	385	413	353	284	400
darunter aus China	Mill. EUR	168	158	136	128	172	151	149	136	177
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	7	5	5	5	6	4	4

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 272	3 039	2 208	3 748	2 736	2 706	2 299	3 866	2 932
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	553	517	428	597	431	419	379	582	486
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 168	1 971	1 272	2 376	1 814	1 813	1 433	2 505	1 921
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 230	3 086	3 401	3 971	2 893	2 948	3 624	4 189	3 047
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	459	470	497	598	476	428	535	640	446
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 238	2 089	2 371	2 642	1 953	2 073	2 609	2 813	2 016

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Insgesamt	Anzahl	611	578	448	613	594	537	498	501	568
davon										
* Unternehmen	Anzahl	102	91	63	102	105	64	80	66	99
* Verbraucher	Anzahl	387	377	295	398	367	323	325	310	313
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	91	75	89	100	119	79	104	131
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	20	19	15	24	22	31	14	21	25
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	93	144	101	69	82	62	58	84	89

Handwerk[2]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,3	99,5	99,0	101,7	99,1	97,5	97,9	100,0	98,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	104,2	101,2	103,2	104,5	113,8	81,0	100,8	105,1	112,2

Preise

	Einheit	2012	2013			2014			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	104,3	105,8	105,4	105,7	105,2	106,1	106,7	106,9	106,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	102,1	103,4	102,8	102,9	103,0	104,3	104,4	104,5	104,5

Verdienste[7]

	Einheit	2012	2013	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 677	3 790	3 356	3 371	3 397	3 417	3 455	3 458	3 495
* Frauen	EUR	3 147	3 268	2 903	2 918	2 940	3 006	3 026	3 023	3 044
* Männer	EUR	3 891	4 003	3 538	3 551	3 584	3 585	3 631	3 635	3 681
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	6 509	6 925	5 769	5 786	5 831	5 986	6 113	6 125	6 166
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 209	4 352	3 869	3 893	3 927	3 956	4 005	4 023	4 058
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 165	3 183	2 893	2 917	2 927	2 878	2 919	2 929	2 963
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 653	2 641	2 455	2 481	2 493	2 400	2 444	2 462	2 496
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 026	2 047	1 915	1 928	1 958	1 911	1 935	1 951	1 975

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2012	2013	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 939	4 078	3 515	3 523	3 555	3 525	3 623	3 636	3 681
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 748	3 899	3 335	3 404	3 402	3 338	3 497	3 626	3 584
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 077	4 245	3 607	3 600	3 634	3 670	3 734	3 734	3 792
* Energieversorgung	EUR	4 963	4 955	4 330	4 312	4 418	4 239	4 380	4 374	4 433
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 138	3 207	2 900	2 959	2 954	2 956	3 003	2 988	2 989
* Baugewerbe	EUR	3 207	3 156	3 025	3 113	3 086	2 684	2 985	3 095	3 086
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 503	3 596	3 250	3 268	3 292	3 343	3 343	3 338	3 371
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 425	3 535	3 121	3 131	3 136	3 206	3 166	3 162	3 214
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 994	2 978	2 758	2 769	2 786	2 822	2 711	2 747	2 775
* Gastgewerbe	EUR	(1 955)	(2 026)	1 897	1 893	1 909	1 949	1 948	1 955	2 003
* Information und Kommunikation	EUR	4 742	4 870	4 290	4 313	4 341	4 342	4 465	4 452	4 553
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienst-leistungen	EUR	(4 771)	4 907	(4 049)	(4 086)	(4 087)	4 121	4 104	4 152	4 222
* Grundstücks- und Wohnungs-wesen	EUR	3 762	3 739	3 495	(3 562)	(3 575)	3 345	3 411	3 366	3 301
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 263	(4 670)	3 802	3 776	3 778	4 134	4 053	4 033	4 088
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst-leistungen	EUR	(2 064)	/	1 974	2 010	2 082	2 048	2 087	2 114	2 113
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial-versicherung	EUR	3 385	3 450	3 232	3 280	3 288	3 333	3 354	3 361	3 368
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 030	4 105	3 935	3 950	3 953	4 009	4 040	4 032	4 033
* Gesundheits- und Sozial-wesen	EUR	3 563	3 678	3 332	3 372	3 378	3 403	3 465	3 461	3 491
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 401	4 257	3 264	3 290	3 269	3 997	4 072	3 897	3 926
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 037	3 059	2 874	2 879	2 890	2 872	2 886	2 899	2 905

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 322	118 975	119 731	118 696	119 564	118 904	118 137	125 085	124 568
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 311	12 024	12 169	11 771	12 042	12 085	11 935	12 668	12 008

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 643	15 080	15 413	14 983	14 601	14 273	13 753	14 474	13 508
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 369	91 871	92 149	91 942	92 921	92 546	92 449	97 943	99 052
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 341	110 263	110 912	110 406	110 893	110 469	110 111	116 437	116 350
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 143	99 772	100 226	99 954	100 152	99 940	99 761	104 866	105 312
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 198	10 492	10 686	10 452	10 741	10 529	10 350	11 571	11 038
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 981	8 712	8 819	8 290	8 671	8 435	8 026	8 648	8 218
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	111 359	113 249	111 769	113 388	116 085	112 938	112 603	111 883	114 631
Sichteinlagen	Mill. EUR	43 847	46 913	45 313	47 540	50 320	50 117	50 925	51 526	53 576
Termineinlagen	Mill. EUR	30 198	29 481	29 377	29 346	29 382	27 314	26 702	25 866	26 426
Sparbriefe	Mill. EUR	7 672	7 744	7 870	7 596	7 548	6 985	6 710	6 445	6 414
Spareinlagen	Mill. EUR	29 642	29 112	29 209	28 906	28 835	28 522	28 266	28 046	28 215
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	108 983	110 671	109 216	110 892	113 330	110 206	109 800	109 433	112 081
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 437	107 602	106 499	108 148	108 998	107 236	107 139	106 814	108 780
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 546	3 069	2 717	2 744	4 332	2 970	2 661	2 619	3 301
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 376	2 578	2 553	2 496	2 755	2 732	2 803	2 450	2 550

Steuern

	Einheit	2012	2013				2014		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 533	3 515	2 831	3 727	3 547	4 241	2 846	3 750	3 657
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 088	1 104	841	1 040	1 410	1 767	779	1 125	1 332
Lohnsteuer	Mill. EUR	728	761	610	1 019	536	938	641	1 045	553
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	147	149	-	472	-	-	-	477	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	161	157	22	16	507	533	30	8	509
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	78	72	35	19	24	51	47	18	14

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2012	2013					2014		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	32	71	49	8	11	64	51	8
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	16	-	33	-	-	-	41	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	87	83	103	- 62	335	234	- 2	2	248
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 1	- 4	-	- 27	-	-	-	- 10	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 444	2 411	1 991	2 687	2 138	2 475	2 067	2 624	2 325
Umsatzsteuer	Mill. EUR	462	480	396	572	337	541	424	708	358
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 982	1 931	1 595	2 114	1 801	1 933	1 643	1 917	1 967
Zölle	Mill. EUR	193	184	148	208	177	172	156	213	196
Bundessteuern	Mill. EUR	111	113	106	78	138	171	113	86	119
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	13	18	24	48	21	14	25
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	52	31	41	31	55	40	25
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	45	46	41	29	74	92	37	32	68
Landessteuern	Mill. EUR	55	66	62	56	76	98	70	60	85
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	18	14	11	15	54	15	14	27
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	25	31	31	29	31	27	37	29	33
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	11	13	14	13	21	13	15	13	16
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	7	2	1	1	6
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	2	2	3	2	2

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	541	601	711	582	590	576	641	632	561
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	116	122	122	142	111	116	125	144	115
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	412	462	572	420	462	443	497	465	426
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	9	12	13	14	12	13	15	17	17

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	824	889	1 016	849	1 149	632	962	935	1 107
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	334	377	501	314	321	432	421	373	290
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	336	337	339	621	65	362	352	614
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	40	38	39	33	79	2	35	42	68

	Einheit	2012	2013				2014		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	809	851	706	782	852	1 241	692	908	859
Landessteuern	Mill. EUR	55	66	62	56	76	98	70	60	85
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	411	418	365	379	567	655	334	421	528
Lohnsteuer	Mill. EUR	249	262	260	374	171	285	273	387	179
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	68	67	9	7	215	227	13	4	216
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	34	13	8	10	22	22	6	5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	14	31	22	4	5	28	23	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	43	41	52	- 31	167	117	- 1	1	124
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	320	344	279	339	209	427	290	424	245
Umsatzsteuer	Mill. EUR	225	255	194	280	92	325	213	355	138
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	95	89	86	60	117	102	77	69	107
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	- 0	2	0	16	- 0	1	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	- 0	1	0	5	- 0	0	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	12	- 0	4	0	32	- 1	2	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	2	- 0	1	0	7	- 0	0	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 871	1 845	1 503	1 904	1 876	2 233	1 511	1 901	1 912
Bundessteuern	Mill. EUR	111	113	106	78	138	171	113	86	119
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	475	480	368	439	625	772	335	480	585
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 279	1 246	1 029	1 385	1 112	1 275	1 064	1 335	1 208
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	- 0	2	0	16	- 0	1	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im April 2014

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Menschen mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A1083 201200

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz 2013 – Deutschlandstipendium
Kennziffer: B3083 201300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2013
Kennziffer: C1053 201300

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Februar 2014
Kennziffer: D1023 201402

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Februar 2014 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201402

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Februar 2014
Kennziffer: E1033 201402

Bauhauptgewerbe im Februar 2014 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201402

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2014
Kennziffer: F2033 201402

Baufertigstellungen 2013
Kennziffer: F2053 201300

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Januar 2014
Kennziffer: G1023 201401

Aus- und Einfuhr im Januar 2014
Kennziffer: G3023 201401

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Februar 2014
Kennziffer: G4023 201402

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Januar 2014
Kennziffer: H1023 201401

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2012
Kennziffer: H1063 201200

Binnenschifffahrt 2013
Kennziffer: H2013 201300

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2013
Kennziffer: J1033 201344

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staatsfinanzen –
Jahresrechnungsergebnisse 2012
Kennziffer: L1023 201200

Gemeindefinanzen für das 4. Vierteljahr 2013 –
Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201344

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden
und Gemeindeverbände am 1. Januar 2011
Kennziffer: L3033 201100

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im März 2014
Kennziffer: M1013 201403

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im Februar 2014
Kennziffer: M1043 201441

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Januar 2014
Kennziffer: Z1013 201401

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe April 2014
Kennziffer: Z2201 201404

Faltblatt: Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: © European Union 2013 - European Parliament
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.